

**Willy Klages**

**Die Geheimorganisationen  
des globalen  
NWO-Terrorimperiums**

**Das  
weltweite  
NWO-Experiment:  
Bevölkerungsaustausch  
durch Migration**

**NWO-Sonderheft Nr. 13**



**Das  
weltweite  
NWO-Experiment:  
Bevölkerungsaustausch durch Migration**

**NWO-Sonderheft Nr. 13**

**NWO-Experiment: Massenmigration**

<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b>Seite</b>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über den Bevölkerungsaustausch durch Migration von 1981 bis 2018	2-93
Schlußbemerkungen	94
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	95-96

**Berichte und wissenschaftliche Publikationen über den Bevölkerungsaustausch durch Migration von 1981 bis 2018**

Es ist möglich, daß der Deutsche doch einmal von der Weltbühne verschwindet; denn er hat alle Eigenschaften, sich den Himmel zu erwerben, aber keine einzige, sich auf Erden zu behaupten und alle Nationen hassen ihn wie die Bösen den Guten. Wenn es ihnen aber wirklich einmal gelingt, den Deutschen zu verdrängen, wird ein Zustand entstehen, in dem sie ihn wieder mit den Nägeln, mit denen sie den Deutschen ans Kreuz geschlagen haben, aus dem Grabe wieder auskratzen möchten.

*Christian Friedrich Hebbel (1813-1863, deutscher Dichter)*

Bundeskanzler Helmut Schmidt warnte im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<

Otto Uhlitz (Staatsrechtler und ehemaliger enger Mitarbeiter Willy Brandts) kritisierte im Jahre 1987 die deutsche Ausländerpolitik (x268/193): >>Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland abschaffen will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt.

Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb im Jahre 1989 (x268/196): >>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.

Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<

Nach Ablauf eines Ultimatums des UN-Sicherheitsrates befreiten die USA und ihre Verbündeten vom 17. Januar 1991 bis zum 28. Februar 1991 die vom Irak besetzten kuwaitischen

Gebiete und griffen den Irak an (Militäraktion "Wüstensturm" bzw. 2. "Golfkrieg").

Die siegreichen Truppen verzichteten nach der irakischen Niederlage auf die Einnahme Bagdads.

Die USA wollten angeblich einen stabilen, demokratischen Irak begründen, destabilisierten danach jedoch in den folgenden Jahren fast den gesamten Nahen Osten durch militärische Angriffe oder versorgten regimfeindliche Gruppen mit Waffen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Irak (1991 und 2003), in Libyen (2011) und Syrien (seit 2011) förderten letzten Endes die angestrebte Massenmigration" von Muslimen aus dem Nahen Osten und aus Afrika nach Europa.

Die Münchener "Abendzeitung" berichtete am 21. Januar 1991 über eine Rede des CDU-Politikers Heiner Geißler während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing (x268/177): >>... Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1992 berichtete im Mai 1992 über das Buch "Die Invasion der Armen" des deutschen Autors Jan Werner (x853/...): >>**Gi-gantischer ruinöser Asylschwindel**

Das Problem der Asylanten und illegalen Einwanderer beschäftigt zusehends die Öffentlichkeit. Da kommt Jan Werners Buch wie gerufen. Gegenüber den selbsternannten Wortführern einer "multikulturellen Gesellschaft" hat es den Vorzug, sich nicht auf Ideologien zu versteifen, sondern mit Fakten aufzuwarten. Dr. Hans-Werner Müller, so sein eigentlicher Name, ist als Gefolgsmann Helmut Schmidts sicher unverdächtig. Jahrelang war er Sprecher des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Leiter der Innenpolitischen Abteilung des Bundespresseamtes.

Er weist überzeugend nach, daß die komplexe Thematik meist völlig einseitig behandelt wird, wobei die negativen Aspekte weitgehend verschwiegen werden. So kamen allein 1990 knapp 200.000 Asylbewerber, die pro Jahr 1,64 Milliarden DM kosten.

Die geringe Anerkennungsquote von 3-5 % macht deutlich, daß es sich um Armutsflüchtlinge oder auch bloße Wohlstandsschmarotzer handelt. Ähnlich wie in den USA, Frankreich und England stellen die ausländischen Jugendlichen ein besonders schwieriges Kapitel dar. Da sie häufig weder den Hauptschulabschluß noch eine berufliche Ausbildung schaffen, werden sie leicht zu "Gast-Arbeitslosen" und gleiten oft in die Kriminalität ab.

- Werner entlarvt die Idee einer "multikulturellen Gesellschaft" als ideologisches Geschwätz. Während es sich bei Ausländern aus der EG um nationale Ausprägungen einer umfassenden europäischen Kultur handelt, stammt die Masse der Asylanten aus der untersten, ungebildeten Unterschicht. Tatsächlich funktioniert die "multikulturelle Gesellschaft" nirgendwo in der Welt. Konkrete Beispiele sind z.B. die USA - die scharfen Gegensätze zwischen Weißen, Schwarzen, Lateinamerikanern -, England, Frankreich, Belgien, Jugoslawien, die ehemalige Sowjetunion usw. Zudem lehnen Moslems/Türken jegliche Integration scharf ab.

Sodann ist die Kriminalität der Ausländer viermal so hoch wie die der Deutschen. Tendenz steigend! Die zunehmende Straßenkriminalität ängstigt zusehends die Bürger. 1989 wurden 1.568.420 Fälle registriert. Nach dem Bericht des Verfassungsschutzes von 1989 sind knapp 100.000 Ausländer in der Bundesrepublik Mitglieder extremistischer Gruppen. Dagegen spielt die RAF keine Rolle. "Das Drogengeschäft ist voll in den Händen der Araber."

Jeder Asylbewerber kostet pro Jahr im Durchschnitt 16.000 DM ...

Mehr und mehr wehren sich die Bürger dagegen, daß die enormen Zahlungen von knapp 16 Milliarden pro Jahr an arbeitslose Ausländer andere Leistungen des Staates beeinträchtigen.

Dabei sind die Deutschen keineswegs hartherzig, vielmehr "Weltmeister im Spenden". So beträgt der jährliche Kulturretat insgesamt 7,7 Milliarden, das Kindergeld 11 Milliarden. Für

Berufsschulen stellt der Staat 7,7 Milliarden, für Kindergärten 2,8 Milliarden zur Verfügung. Die hohe Staatsverschuldung von 1,5 Billionen = 1.500 Milliarden im Jahr 1991 macht deutlich, daß die Finanzierungsmöglichkeiten im Grunde bereits weit überschritten sind. Die Zechen werden unsere Kinder und Enkel zahlen müssen.

- Immer wieder fordern gesellschaftliche Gruppen das Wahlrecht für Ausländer. Jedoch hätte dies verheerende Folgen. Inzwischen bestimmen schon wenige Stimmen knappe Mehrheiten. Geschlossen abstimmende Gruppen, etwa Moslems und Türken, könnten über die Zukunft unseres Landes entscheiden. Schon heute muß jeder Präsidentschaftskandidat in den USA ethnischen Minderheiten Zugeständnisse machen.

Fazit: "Wir werden früher oder später die Masse der hier lebenden Ausländer aus Nicht-EG-Staaten in ihre Heimatländer zurückschicken müssen." ... <<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger (x268/197): >>... Eine grundlegende Form des Sozialhilferechts würde auch den vermeintlichen Arbeitskräftemangel schnell beheben; denn seit 1992 haben sich Löhne und Sozialhilfe weitgehend angenähert.

Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums hatte ein repräsentativer Arbeitnehmerhaushalt mit zwei Kindern monatlich netto 2.738 DM zur Verfügung gegenüber 2.659 DM Sozialhilfe bei einem identischen Haushalt. In den östlichen Bundesländern hatten die Sozialhilfeempfänger sogar schon einen Vorsprung. Hier betrug die obige Relation 2.112 DM zu 2.279 DM.<<

Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärte am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnte im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlug im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise besser als rechtstreue Bürger in ihrem Heimatland. ...

Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns

anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen.<<  
Im Jahre 1998 betrug die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhielten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 29. Januar 2000 (x887/...): >>**Wenn die "Leitkultur" Schwäche zeigt ...**

Politiker beschwören in der Ausländerfrage ohne geistige Rückversicherung unverantwortliche Visionen

Mehr und mehr droht der Spendensumpf, in dem die Union und andere staatstragende Parteien zu versinken drohen, Fragen zu überlagern, die von schicksalhafter Bedeutung für die Zukunft unseres Volkes sind. Zu diesen Fragen gehört mit Sicherheit die Neufassung des Ausländergesetzes und des Staatsbürgerschaftsrechtes, die seit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft sind. Rund 3,7 Millionen der ca. 7,3 Millionen offiziell in Deutschland erfaßten Ausländer können aufgrund dieser Gesetzesänderung deutsche Staatsbürger werden.

Einen Einbürgerungsanspruch haben diejenigen Ausländer, die seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland leben. Darüber hinaus erhalten in Zukunft in Deutschland geborene Kinder von Ausländern automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sollten diese Kinder noch eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen, müssen sie sich mit 23 Jahren für einen Paß entscheiden.

Mit diesen Gesetzen sind Regelungen in Kraft getreten, die die konservativen Kräfte in Deutschland unter allen Umständen verhindern wollten. Um in diesem Zusammenhang nur den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zu nennen: Dieser erklärte Anfang des letzten Jahres, daß die Verhinderung der doppelten Staatsbürgerschaft das zweitwichtigste Ziel seiner Partei sei. Stoiber forderte, daß sich die in Deutschland lebenden Ausländer an der abendländischen Kultur als "Leitkultur" ausrichten müßten. Was Stoiber genau unter dieser "abendländischen Kultur" versteht, hat er nicht weiter konkretisiert.

Seine eigentliche geschichtliche Kontur hat der Begriff "Abendland" ("Okzident") als Gegenbegriff zum "Morgenland" ("Orient") gewonnen. "Orient" und "Okzident" bezeichneten zunächst nicht mehr als Verwaltungseinheiten des Römischen Reiches. Im Zuge der allmählichen theologischen Auseinanderentwicklung des griechischen Ostens und des lateinischen Westens entstand im 8. Jahrhundert der Kirchenstaat, der für die Geschichte des Abendlandes von entscheidender Bedeutung werden sollte.

Spätestens mit dem Untergang des Byzantinischen Reiches Ende des 15. Jahrhunderts trat schließlich der Islam als Herausforderung des christlichen Abendlandes immer deutlicher in Erscheinung. "Abendland" galt von nun als "christlich" geprägter geographischer Raum, dem das "Morgenland" als "islamisch" geprägter Raum gegenübersteht. Nur nebenbei sei an dieser Stelle vermerkt, daß die Idee des "Abendlandes" nach dem Ende des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" im Jahre 1806 zu einem primär deutschen Anliegen wurde.

Hier und da wurde die "Idee des Abendlandes" auf die Formel "Das Abendland ist christlich, oder es ist nicht" gebracht. Dazu mag man stehen, wie man will. Eines aber steht außer Zweifel: das Christentum ist konstitutiv für die "Idee des Abendlandes".

Heute hat die Bindekraft des Christentums allerdings in einem Maße abgenommen, daß die Forderungen Stoibers seltsam realitätsfern wirken. Es stellen sich aber noch andere Fragen: Wie kann von einem Ausländer die Ausrichtung an der abendländischen Kultur erwartet werden, wenn der Gottesbezug im Grundgesetz von rot-grünen Politikern offen in Frage gestellt wird? Politiker von SPD und Bündnisgrünen forderten bereits im Zuge der Wiedergewinnung der deutschen Einheit, den Begriff Gott aus dem Grundgesetz zu streichen.

Ihrer Auffassung nach sollte der Gottesbezug nicht in einer Verfassung stehen, die für alle Bürger geschrieben wurde. Konsequenterweise betrachten bündnisgrüne Politiker auch die staatliche Garantie des Religionsunterrichtes als "Relikt aus vordemokratischen Zeiten".

Wo der springende Punkt für die Bündnisgrünen und viele SPD-Politiker liegt, hat der grüne Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir ausgeführt: Ein Wertekonsens in Deutschland könne nur gemeinsam mit Nichtchristen geschaffen werden. Eine "Konstitutionalisierung des christlichen Gottes" führe zu Ausgrenzung und Intoleranz. Es spricht für sich, daß sich viele angeblich "fortschrittliche" deutsche Politiker genau diese Sichtweise zu eigen gemacht haben.

Vor diesem Hintergrund geht die Forderung Stoibers ins Leere. Wenn sich nicht einmal alle deutschen Politiker auf die "abendländische Kultur" verpflichten lassen wollen, dann kann dies auch nicht von einbürgerungswilligen Ausländern erwartet werden. Abzuwarten bleibt, ob diese Form geistiger Orientierungslosigkeit, wie sie bei Politikern aller Couleur zu beobachten ist, nicht genau zu dem führt, was der große Kulturkritiker Oswald Spengler in den 20er Jahren meinte prognostizieren zu müssen: zum Untergang des Abendlandes.<<

Nordamerikanische und britische Truppen griffen in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 den Irak an.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 26. Juli 2003 (x887/...): >>**Hintze: Duckt Euch!**

### **Kohls Ex-General fordert Kontinuität in der Mißachtung deutscher Interessen**

Eigentlich wäre die Diskussion bei Sabine Christiansen am vorletzten Sonntag belanglos gewesen - war doch aus dem Hickhack, aus der Pöbelei des sozialdemokratischen Europa-Abgeordneten Martin Schulz gegen den italienischen Ministerpräsidenten und dessen ebenso witz- wie niveauloser Replik, die Luft raus - wäre da nicht eine Bemerkung des ehemaligen CDU-Generalsekretärs, des Pfarrers Peter Hintze, gewesen.

Der fand zwar auch Berlusconi's Bemerkung unappetitlich, der Sozi solle sich in einem Film über KZs als Kapo-Darsteller bewerben, doch empörte es ihn noch viel mehr, daß Bundeskanzler Schröder daraufhin seinen Urlaub in Italien abgesagt hatte. Es habe bisher, so Hintze, allgemeine Übereinstimmung bei allen Bundesregierungen von Willy Brandt bis Helmut Kohl gegeben, im internationalen Verkehr nicht für Deutschland dessen Gewicht als größtes, volkreichstes und wirtschaftlich stärkstes Land Europas in die Wagschale zu werfen - "wegen unserer Vergangenheit".

Da geht der deutsche Wähler davon aus, daß seine Regierungen bei internationalen Verhandlungen die Interessen Deutschlands wahrnehmen, und nun müssen wir hören, daß tatsächlich alle Bundesregierungen stets alles geschluckt haben, was das Ausland von ihnen forderte. Denn nichts anderes bedeutet doch die Darstellung des Pfarrers Hintze, der auch niemand in der Christiansen-Runde widersprach - im Gegenteil nickten alle verständnisvoll mit dem Kopf.

Dann leuchtet es auch ein, warum die Bundesrepublik mit riesigem Abstand die höchsten Netto-Zahlungen an die Europäische Union zu leisten hat, nämlich in diesem Jahr beispielsweise 14,7 Milliarden Euro, das sind 22,7 Prozent des gesamten EU-Haushaltes. Davon versorgt sich zunächst einmal der EU-Verwaltungsapparat, um dann den Rest an andere Staaten zu verteilen, so zum Beispiel an Griechenland, an Portugal, an Spanien und an Irland (dem es inzwischen wirtschaftlich weitaus besser geht als Deutschland).

Dann wird auch verständlich, warum unser Land die dritthöchsten Beiträge an die Uno zu entrichten hat, warum Bundeswehrsoldaten nahezu in aller Welt die Köpfe bei internationalen Konflikten hinhalten müssen bei Einsätzen, deren Kosten inzwischen in die Milliarden gehen. Und so geht es beliebig weiter. Offenbar "wegen der deutschen Vergangenheit" schlossen wir mit allen möglichen Ländern Sozialabkommen, die zum Beispiel zur Folge haben, daß in Deutschland lebende Ausländer in der Krankenversicherung erhebliche Vorrechte gegenüber deutschen Versicherten haben.

Wenn Ausländer in Deutschland krankenversichert sind, gleichgültig ob sie arbeiten, ob sie arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger sind, dann sind automatisch kostenlos auch ihre Famili-

enangehörigen in den Heimatländern mitversichert, und der Begriff der Familie wird nach der jeweiligen ausländischen Rechtslage ausgelegt. In der Türkei gehören zur Familie auch die Eltern des in Deutschland Versicherten sowie dessen Geschwister. Deren Behandlung in der Türkei hat die deutsche Versicherung zu finanzieren!

"Die deutsche Vergangenheit" ist offenbar auch die Ursache für die unvergleichlich großzügige deutsche Asylregelung. In kein anderes Land sind, zumal wenn man es umrechnet auf die Bevölkerungsgröße, so viele Ausländer geströmt wie in die Bundesrepublik. Das hat dann zur Folge, daß etwa ein Viertel der Ausländer Sozialhilfe oder ähnliche staatliche Leistungen bezieht; das waren 2001 über 600.000. Und das bei einem Ausländeranteil, der nicht einmal neun Prozent ausmacht.

Wie Deutschland gemolken wird und mit welcher Großzügigkeit unsere Regierungen die Steuergelder "aufgrund unserer Vergangenheit" verschleudert, das mag etwa aus dem kürzlich zu Tage getretenen Wahnsinn hervorgehen, daß aus deutschen Steuergeldern alljährlich 25.000 Euro zur Finanzierung der Love Parade nach Mexiko-Stadt überwiesen werden.

Deutschland läßt sich permanent "mit unserer Vergangenheit" erpressen, und keine Regierung wagt Widerstand. Und wenn Kanzler Schröder das tut, was an seiner Stelle jeder andere Regierungschef auch getan hätte, nämlich seinen Urlaub absagt, nachdem sein Land massiv beleidigt worden war, dann deutet das Pfarrer Hintze als Bruch des Konsenses deutscher Katzbuckelei.

Der deutsche Wähler hat diesen Mechanismus noch nicht begriffen. Er mag sich zwar wundern, daß ein an sich wohlhabendes Land mit einer leistungsfähigen Wirtschaft pleite ist, doch führt er das auf undurchschaubare und nicht zu ändernde internationale Gesetzmäßigkeiten zurück. Nur in seltenen Fällen legt jemand den Finger in die Wunde wie am 18. dieses Monats in der FAZ der namhafte Volkswirtschaftler Prof. Dr. Franz-Ulrich Willeke.

Der Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Werke schreibt: "Die defizitäre Haushaltslage Deutschlands und die Schwächung der öffentlichen Investitionstätigkeit hängen bei allen sonstigen Problemen auch mit dem hohen Nettobeitrag zusammen" (den Deutschland an die EU zahlen muß). Und, so sei ergänzt, die exorbitanten Zahlungen wiederum werden begründet mit "der deutschen Vergangenheit."

Natürlich bekämpfen alle, die von der angeblichen Einmaligkeit der deutschen Verbrechen profitieren, jeden Versuch, die damaligen Ereignisse auf ihr wirkliches Ausmaß zurückzuführen, würde ihnen doch durch die Aufklärung die Waffe aus der Hand geschlagen, mit der sie uns erpressen. Das kann aber nicht hindern, die Bemühungen sachlich fortzusetzen.

Man stelle sich vor, daß etwa die Regierung der USA mit gebeugtem Haupt in internationale Verhandlungen ginge, weil das moderne Amerika nur entstehen konnte, nachdem man die Urbevölkerung ausgerottet hatte, oder daß die Briten von Reue über die Unmengen von Blut geschüttelt wären, die ihr gewaltiges Kolonialreich gekostet hat, oder daß Putin die Interessen Rußlands hintan stellt angesichts der 80 Millionen Toten, die sein Land zur Zeit der bolschewistischen Herrschaft verursacht hat. Niemand erwartet das von ihnen.

So mögen endlich auch die Deutschen wieder zur selbstbewußten Nation werden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete im Jahre 2004 über die vielfältigen Probleme der Einwanderung (x268/180-183): >>... Sachkenner wie der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, SPD, haben schon vor vielen Jahren erkannt: "Übersteigt der Ausländeranteil die Zehnprozentmarke, wird jedes Volk rebellisch."

Zählt man die offiziell eingereisten Ausländer und die illegalen zusammen, so stand Deutschland zur Zeit der Jahrtausendwende genau an dieser ominösen Marke, und schon Bundesinnenminister Schily, SPD, mußte zugeben: "Die Zuwanderung hat die Grenzen der Belastbarkeit überschritten." ...

Auch ohne Gewalttätigkeit ist die Entwicklung vorgezeichnet: Die Gastfreundschaft der neuen

Heimat wird sehr bald nicht mehr als Großzügigkeit angesehen, sondern als eine Verpflichtung der "Reichen" gegenüber den "Armen". Man verweigert die Assimilation; der Gastgeber möge sich gefälligst dem Gast anpassen.

Schon seit Jahren verlangen polnische Vereine für ihre Landsleute in Deutschland Anerkennung als offizielle Minderheit in Verkennung der Tatsache, daß der Minderheitenschutz des Völkerrechts die alteingesessene Bevölkerung vor Überfremdung durch Zuwanderer schützt und nicht umgekehrt und außerdem den Besitz der Staatsangehörigkeit des betreffenden Landes voraussetzt.

Ähnliche Bestrebungen zeichnen sich auch bei türkischen Organisationen ab.

Sehr deutlich wurde ein Afghane mit deutschem Paß ... am 19. September 2000 in der "Süddeutschen Zeitung": ... "Ihr könnt uns herabsetzen, beleidigen, demütigen oder verletzen, aber ihr werdet uns nicht los. Ein Leben ohne uns wird es für euch nicht mehr geben. Die Ibrahims, Stefanos, Marios, Laylas und Sorayas sind deutsche Realität. Ihr werdet es nicht verhindern können, daß bald ein türkischsprachiger Richter über euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament eure Gesetze mit verabschiedet und ein Bulgare der Bill Gates eurer New Economy wird.

Nicht ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, modernisieren, sondern wir werden es tun – für euch. Ihr seid bei diesem leidvollen Prozeß lediglich Zaungäste, lästige Gaffer. Wir werden die deutsche Gesellschaft in Ost und West verändern. Wir Ausländer." ...

Die Bürger von Marseille und Manchester, von Los Angeles und Johannesburg wissen Bescheid.

Aber bleiben wir in Deutschland, in Berlin. Dort hat sich in mehreren Bezirken seit Beginn der 80er Jahre ein türkischer Mikrokosmos herausgebildet, in dem Türken leben können, ohne auf Kontakte mit Deutschen angewiesen zu sein; sie haben ihre eigenen Gaststätten, Läden, Banken, Reisebüros, Anwälte, Videotheken. Zu Hause spricht man nur türkisch, und fast die Hälfte der türkischen Erstkläßler versteht kein Deutsch, obwohl sie der zweiten und dritten Einwanderergeneration angehören. ...

Die Berliner Schulverwaltung hat 2001 72 Grundschulen aufgelistet, in denen mehr als 50 Prozent der Kinder nichtdeutscher Herkunft sind. Ein Viertel aller türkischen Jugendlichen verläßt die Schule ohne Abschluß, etwas mehr als die Hälfte erreicht gerade den Hauptschulabschluß, nur 8 Prozent schaffen das Abitur. Was wiederum zur Folge hat, daß in Berlin 42 Prozent aller Türken in erwerbsfähigem Alter arbeitslos sind. Ein Teufelskreis: kein Deutsch, kein Schulabschluß, keine Arbeit.

Berlins Schulsenator und Bürgermeister Klaus Böger, SPD, betont: "Da tickt eine sozialpolitische Zeitbombe, zumal ganze Stadtteile umzukippen drohen. ... Bislang wurden die Probleme mit der Integration durch Schönreden vernebelt. ...

Diese Probleme sind nicht auf Berlin beschränkt; an Münchens Hauptschulen übertrifft der Ausländeranteil schon seit 1993 den der einheimischen Kinder.

Der beschriebene Teufelskreis endet aber noch nicht bei der Arbeitslosigkeit. Die natürliche Fortsetzung ist oft die Kriminalität.

1999 stand in der "Süddeutschen Zeitung", Nr. 17: "Hinter Gittern ist die multikulturelle Gesellschaft längst Realität. 40 Prozent oder 5.200 der 13.000 Häftlinge in Bayern sind Ausländer, die aus weit über 100 Nationen stammen. Auch die Hälfte der 4.000 Untersuchungshäftlinge hat einen anderen Paß."

In Hessen waren zur gleichen Zeit 50 Prozent der Knackis keine Deutschen.

Unübersehbar sind auch die internen Auseinandersetzungen der Ausländer, allein unter türkischen Staatsangehörigen die zwischen Rechts- und Linksradikalen, zwischen Kemalisten und Islamisten oder zwischen türkischen und kurdischen Nationalisten. ...<<



Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 18. Juli 2005: >>**Ströme von Blut**

Unter den britischen Konservativen der Nachkriegszeit war Enoch Powell eine der faszinierendsten Gestalten. Er hatte bereits zwei ganz unterschiedliche Karrieren hinter sich, eine als Professor für Klassische Philologie, die andere beim Militär, wo er es innerhalb kurzer Zeit zum Brigadegeneral gebracht hatte, als er in die Politik ging und sich den Tories anschloß. Auch da stieg er schnell und stetig auf, so lange, bis er im Jahre 1968 seine Birminghamer Rede hielt, in der er die britische Einwanderungspolitik als tödliche Gefahr für die Zukunft seines Landes beschrieb.

Die Folge war, daß ihn Edward Heath, damals Führer der Konservativen im Unterhaus, aus seinem Schattenkabinett verbannte. So wurde Powell, in dem viele schon den künftigen Premier gesehen hatten, zum Außenseiter der englischen Politik.

Seine Rede war ein Bekenntnis zu dem, was auch deutsche Politiker schwören, wenn sie ihren Amtseid leisten: zu der Verpflichtung, den Nutzen des Landes zu mehren und Schaden von ihm fernzuhalten. In der forcierten Zuwanderungspolitik erkannte Powell einen Verstoß gegen diese Pflicht. Durch simple Hochrechnung sagte er seinen Landsleuten eine Zeit voraus, in der sie nicht mehr Herren im Haus sein würden.

Den Multikulturalismus, der damals allerdings noch nicht so hieß, hielt er für einen gefährlichen Spleen, die Integration für gescheitert. Integriert zu sein bedeute, in allen Dingen des täglichen Lebens ununterscheidbar zu sein von seinen Mitbürgern: Wer von den Zuwanderern könne das schon, wolle das überhaupt, fragte Powell.

Der Tonfall seiner Rede war eher nüchtern; schließlich konnte er sich darauf verlassen, daß die Fakten, die er nannte, alarmierend genug wirken würden. Was sie dann ja auch taten, anders allerdings, als Powell sich das erhofft haben mochte. Am Ende griff er dann aber doch zu einem dramatischen Bild. Als guter Kenner der römischen Literatur zitierte er Virgil und bekannte, ähnlich wie dieser den Tiber "schäumend vom Blut" der Bürgerkriegsopfer vor Augen zu haben. Mit diesem politisch höchst unkorrekten Zitat ist Powell in die Geschichte eingegangen und seine Rede in Erinnerung geblieben.

Die Anschläge von London haben ihn mit unziemlicher Verspätung ins Recht gesetzt. Wenn die dortigen Bombenleger, ähnlich wie der Mörder Theo van Goghs, Angehörige der dritten Generation waren, im Lande selbst geboren und dort auch aufgewachsen, muß man die Integration als mißlungen ansehen.

Was angesichts der Mehrheitsverhältnisse, wie sie nicht nur in England, sondern auch hierzulande herrschen, aber nicht dazu führen wird, das Konzept aufzugeben. Im Gegenteil werden seine Anhänger fortfahren, statt von Bedrohung von Bereicherung zu reden, von einer Heimat Babylon zu fabulieren und jeden, der Vorbehalte äußert, als Fremdenfeind zu denunzieren.

Schon gar nicht werden sie sich fragen, ob Powell nicht recht hatte, als er die größte Gefahr nicht im Verlust an Sicherheit erkannte, sondern in dem unvermeidlichen Opfer an Freiheitlichkeit, an wechselseitigem Vertrauen und den zivilen Umgangsformen, die gerade den Engländern soviel bedeuten.

Die Schuld an diesen Opfern und Verlusten gab Powell aber nicht den Einwanderern, sondern denen, auf deren Einladung, mit deren Billigung, unter deren Schutz sie ins Land gekommen waren: den Leuten mit dem strahlenden Blick, die die Welt durch eine rosarote Brille betrachten und glauben, mit ein bißchen herrschaftsfreiem Dialog die Dinge schon in Ordnung zu kriegen. Sie werden nie verstehen, was Theo van Goghs Mörder während seines Prozesses den Richtern zurief: daß sie ihn nie verstehen werden. Nicht einmal das verstehen sie.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Dezember 2005 (x887/...): >>**Vom Wirtschaftswunderland zum Privilegienverwalter**

... In Deutschland wird das Problem der Arbeitslosigkeit durch die laxen Immigrationspolitik zusätzlich verschlimmert. Es wurden und werden genau solche Ausländer aus Osteuropa, der

Türkei, dem Nahen Osten und Afrika ins Land gelassen, die dank ihrer fehlenden Qualifikation keine Chance auf dem immer anspruchsvoller werdenden Arbeitsmarkt haben und bald der Sozialhilfe anheim fallen. ...

In Deutschland sind mittlerweile 42 Prozent der Erwachsenen Begünstigte des Sozialstaats: als Rentner, Pensionäre, Arbeitslose, Umschüler, Studenten, Sozialhilfe- und Wohngeldbezieher. In Mitteldeutschland ist es schon die Mehrheit. Berücksichtigt man noch den Anteil von zwölf Prozent Staatsdienern, deren Produktivität nicht meßbar ist, sowie Berufsstände wie die Landwirtschaft und den Kohlebergbau, deren Subventionierung ihre Wertschöpfung übertrifft, dann finanziert eine ständig weiter schrumpfende Minderheit von 30 bis 40 Prozent Leistungsträgern den gesamten Sozial- und Subventionstransfer.

Volksparteien, die eine Wählermehrheit ansprechen wollen, haben mittlerweile die unproduktiven Transferempfänger und die einflußreichen Wohlfahrtsverbände als Profiteure des Systems als Hauptklientel. Der letzte Bundestagswahlkampf und das aktuelle Regierungsprogramm der Steuererhöhungen beweisen dies nur allzu deutlich.

Dringend nötige Strukturreformen des Arbeitsmarktes wie eine Reduzierung der Sozialhilfen - die die weniger Qualifizierten wieder dem Arbeitsmarkt zuführen würde -, ... finden deshalb nicht statt.

Während die öffentliche Infrastruktur und die Städte verwahrlosen, werden die für ihre Sanierung nötigen Mittel dafür ausgegeben, daß Millionen Arbeitsfähige und potentiell Leistungswillige nichts tun. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. August 2009 (x887/...): >>**Auf Wiedersehen Deutschland**

2008 zogen mehr Menschen fort als zu, einige kommen wieder, doch die Besten bleiben häufig in der Ferne ...

In der Bilanz ist trotzdem ein klarer Trend erkennbar: Während 2008 738.000 Personen aus Deutschland fortzogen, wanderten nur 682.000 Menschen nach Deutschland ein. ...

Vor allem Ärzte und Banker galten in den letzten Jahren als besonders auswanderungswillig. Aber auch Naturwissenschaftler würde es in Länder mit besseren Forschungsbedingungen und vor allem Gehältern ziehen.

Zwar gibt es in keinem anderen Land ein so gutes soziales Netz wie in Deutschland, doch das hält eher die Leistungsunwilligen und -unfähigen beziehungsweise zieht sie an. Die Leistungsfähigen, die das soziale Netz ja finanzieren müssen, schreckt es eher ab, daß ihr Gehalt inklusive Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen zu fast 70 Prozent vom Staat vereinnahmt wird. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. März 2012 (x887/...): >>**Gezielt manipuliert**

**Wem die Auslöschung der Nationen dient**

Wer sich als Zeitgenosse versteht, der die Ereignisse in der Welt zunehmend mit ungläubigem Staunen verfolgt, dem sei das Buch "Neue Weltordnung" als praktischer Ratgeber empfohlen. Darin geht der Autor Manfred Kleine-Hartlage zielgerichtet und prägnant der Frage nach, ob es sich um einen Zukunftsplan oder eine weitere Verschwörungstheorie handelt. Und hebt hervor, welche Auswirkungen und Veränderungen dies auf Völker, Familie und Religionen zeitigt. Dabei wird deutlich, daß manches Ereignis einer diskreten "Regieanweisung" folgt.

Lesern, die dazu neigen, einer Verschwörung das Wort zu reden, ruft der Autor einen Satz von Angela Merkel in Erinnerung. Anlässlich der Festivitäten 2009 zum Fall der Mauer stimmte die deutsche Kanzlerin den aufmerksamen Zuhörer nachdenklich: "... sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es, was es wolle." Wo so eindeutig Klartext geredet wird, erübrigt sich der Verdacht im Verborgenen agierender dunkler Mächte. Aus dem Buch wird denn auch ersichtlich, wo die Vordenker der

"New World Order" angesiedelt sind. Der Leser erfährt unter anderem, welche Staaten die One-World-Apologeten ungeschoren davonkommen lassen beziehungsweise wer ihren Unwillen erregt und damit militärische Interventionen hervorruft.

Einen weiteren Erkenntnisgewinn beschert Kleine-Hartlage, indem er Roß und Reiter benennt, die die "Neue Weltordnung" quasi "alternativlos" unters Volk bringen. So erfährt man neben anderen Akteuren auch etwas über die Aktivität der damit befaßten Stiftungen, darunter auch die Atlantik-Brücke, die erfolgversprechende Nachwuchspolitik aus den USA und Deutschland zusammenführt.

Wer nun meint, da eröffne sich eine neue Ära im internationalen Beziehungsgeflecht, wird rasch eines Besseren belehrt. Erste Schritte zu dieser staatliche Grenzen überschreitenden Politik wurden vor mehr als 100 Jahren eingeleitet. Der aus dem Völkerbund hervorgegangenen Uno sollten weitere supranationale Organisationen folgen: IWF und Weltbank für das globale Finanzsystem sowie die Welthandelsorganisation zwecks Abbau lästiger Zollschränken. Aber auch EU, Nato und der Internationale Strafgerichtshof gehören in diese Kategorie.

Gemeinsam ist allen, daß sie es verstanden haben, die ihnen angehörenden Mitgliedsländer auf einen Wertekanon einzuschwören, und es parallel dazu fertigbrachten, die politische Klasse der einzelnen Staaten zu bewegen, ihre Rechte zu übertragen. Werden dort doch gebetsmühlenartig Begriffe postuliert wie Menschenrechte und friedliches Zusammenleben, mit denen sich ein jeder Weltbürger gern identifiziert. Aber führt all dies zu mehr individuellen Freiräumen?

Manfred Kleine-Hartlage: "Neue Weltordnung", edition Antaios, Kapplaken 2011 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Mai 2012 (x887/...):

#### >>**Eingekullt und passiv geworden**

Schuldenkrise als Folge des Wohlfahrtsstaates und schwacher Persönlichkeiten

Der Titel beinhaltet den Tenor des Buches "Die Pleite-Republik. Wie der Schuldenstaat uns entmündigt und wie wir uns befreien können": Die gegenwärtige Euro-Krise bringt zum Vorschein, daß der westliche Wohlfahrtsstaat schon lange über seine Verhältnisse lebt, daß er dabei gleichzeitig unsere individuelle Freiheit immer mehr eingeschränkt hat, weshalb ein Umdenken notwendig ist, um nicht die Fähigkeit zum Streben nach Glück, diese Überzeugung der europäischen Aufklärung, zu verlieren. Denn "das Pathos dieses Rationalismus läßt sich nicht so leicht entmachten und entmündigen".

Der Autor verschweigt nicht, daß solches Pathos eine einheitliche Persönlichkeitsstruktur voraussetzt, an der es nach den Erkenntnissen moderner Dichter, Denker und Wissenschaftler aber mittlerweile mangelt. Da liegt ein unaufgelöster Widerspruch. Vielleicht kann uns der Wohlfahrtsstaat auch deswegen so leicht entmündigen, weil unsere moderne Persönlichkeit in sich zerfallen ist.

Der erwähnte Tenor wird nun in den einzelnen Kapiteln näher untermauert. Die Einführung des Euro ist zwar nicht kausal für den hier und da in seiner Zone drohenden Staatsbankrott verantwortlich, hat ihn aber begünstigt, sofern die Wohlfahrtsstaaten seiner Zone mit erleichterten Kreditmöglichkeiten ihre "Partys feiern" konnten, wie der Autor sich ausdrückt. Dies und daß die Maastrichter Kriterien Makulatur sind, nachdem gerade Deutschland und Frankreich zu Beginn der 2.000er Jahre mit deren Mißachtung angefangen hatten, kann man, wie manche andere zwar skandalöse, aber unbestreitbare Einzelheit (etwa die rechtswidrige Übergehung der "no-bail-out-Klausel") und begründete Bankenschelte, auch anderswo schon länger lesen.

Auffallender ist schon die Auffassung, daß die Mehrheitsdemokratie schon ganz prinzipiell zur Aufblähung des Wohlfahrtsstaates und damit zur Pervertierung der ursprünglichen sozialstaatlichen Aufgabe der Absicherung gegen Risiken neige, mit den Ergebnissen, die uns die gegenwärtige Krise beschert. Denn die Politiker, die nach kurzer Zeit wiedergewählt werden

wollen, dienen sich ihren Wählern durch finanzielle Wohltaten an, die sie unter dem Deckmantel (der Autor ist ein leidenschaftlicher Liberaler, ohne deshalb FDP-Propaganda zu verbreiten) der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit auf den Weg bringen.

Zu diesem Zweck muß der Staat sich als finanzieller Umverteiler in großem Ausmaß engagieren, aber auch umfangreiche Schulden machen, die herzloserweise auf die nachfolgenden Generationen abgewälzt werden. Welchen konkreten Sinn diese Wohltaten haben, bleibt oft genug dahingestellt, da sie stets mit den Phrasen von Gerechtigkeit und Gleichheit begründet werden. Ein gutes Beispiel ist das Betreuungsgeld, dessen familienfreundliche Etikettierung nicht darüber hinwegtäuscht, daß die Geburtenraten deswegen so gut wie gar nicht steigen, weil das In-die-Welt-Setzen von Kindern nun einmal nicht "ökonomisiert" werden kann.

Angesichts dessen kann man unsere Form der Mehrheitsdemokratie als die zwar historisch siegreiche Staatsform, aber nicht unbedingt als die bewährteste betrachten. Denn sie hat zu dem vernichtenden Befund beigetragen (zitiert nach dem Nobelpreisträger 1995 für Ökonomie, Robert E. Lucas): "Der europäische Wohlfahrtsstaat ist inzwischen so teuer, daß die Brücke zwischen Arbeitserfolg und dem, was man davon haben will, dem Lebensstandard, nachhaltig zerstört ist." ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. November 2014: >>**Evangelische Lemminge**

Wer schon immer Zweifel am Geisteszustand der Führungsgremien der Evangelischen Kirche Deutschlands hegte, kann sich durch zwei Meldungen der vergangenen zwei Tage einmal mehr bestätigt sehen. Da verhaftet die Polizei nach einer Razzia eine Gruppe von Islamisten, die im Verdacht stehen, systematisch Kirchen und Schulen ausgeraubt zu haben, um mit dem Diebesgut die Reisekasse hier angeworbener Dschihadisten zu füllen, die sich in Syrien dem "Islamischen Staat" anzuschließen gedenken, um dortselbst Kirchen zu schänden und Christen zu massakrieren - und wie lautet die Antwort der evangelischen Amtskirche?

Genau: Die EKD-Synode in Dresden verlangt tags darauf von der Bundesregierung, die Mittel für den "Kampf gegen Rechtsextremismus" auf jährlich 70 Millionen zu verdoppeln, um unter anderem "islamfeindliche Hetze" besser bekämpfen zu können.

### **Der Wahnsinn hat Methode**

Absurd? Es kommt noch besser: Die 70 Millionen Euro jährlich aus der Staatskasse für die Pöppelung von allerlei "Berufs-Antifaschisten" sind nach Ansicht der EKD-Kirchenvertreter auch deshalb nötig, weil auf deutschen Straßen immer öfter "antisemitische Parolen" zu hören sind. Schon klar: Die fanatischen Jung-Muselmanen, die bei ihren Aufmärschen munter "Juden ins Gas" brüllen, sind wahrscheinlich mit dem deutschen Paß, den viele von ihnen ebenso wie die gerade in Köln verhafteten kirchenplündernden Salafisten in der Tasche haben dürfen, per Einbürgerung zu echten deutschen "Nazis" mutiert.

Wer nun folgert, die evangelische Amtskirche habe nicht mehr alle Glocken im Turm und werfe sich lustvoll wie die Lemminge dem eigenen Untergang in die Arme, indem sie ihren erklärten Feinden auch noch generöse Subsidien aus anderer Leute Geldbeutel zustecken will, macht es sich freilich immer noch zu einfach. Der Wahnsinn hat Methode. Mag sein, daß der einfältige Durchschnitts-Synodale es tatsächlich für seine Christenpflicht hält, jeden fremden Eroberer hemmungslos zu umarmen, selbst wenn der Dolch schon gezückt ist, und unterwürfig jede verfügbare Backe hinzuhalten. ...

Die Drahtzieher solcher Beschlüsse haben ganz anderes im Sinn. Nach Jahrzehnten erst roter und dann grüner Unterwanderung ist die EKD auf dem besten Weg, zur heillosen Polit-Sekte zu mutieren, die nicht dem Evangelium dient, sondern den ersatzreligiösen Götzen Schuld-kult, "Antifaschismus" und Multikulturalismus.

Auch Päpste und Konzilien können irren, formulierte Doktor Martinus einmal einen Grundpfeiler lutherischer Überzeugung. Die Zusammenkünfte seiner unwürdigen grünroten Erben

plagen solche Zweifel offenkundig nicht. Der ideologisch bornierte Unfehlbarkeitsglaube, mit dem sie die Realitäten ignoriert, die sie als Lobbyist dieses Zeitgeistes selbst mit geschaffen und verschuldet hat, trägt jedenfalls Züge des Wahnhaften. Wohl dem, der da nicht mittut.<<  
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 24. April 2015 (x1.000/...):

>>**Vermischung der Rassen ist gezielte Strategie der Neuen Weltordnung**

... Guten Abend, sehr verehrte Zuschauer Auch heute prägte die Flüchtlingsproblematik die Nachrichtensendungen des Tages. Dreimal so viel Geld wie bisher, um Flüchtlinge aus ihrer Seenot zu retten - mit diesem Beschluß reagiert die EU auf die Situation im Mittelmeer. Doch keiner spricht davon, das Problem an der Wurzel anzugehen und der Frage nachzugehen, wie es denn kommt, daß überhaupt so viele Flüchtlinge den Weg nach Europa suchen.

Unser Medienkommentar von gestern zeigte Hintergründe dazu auf. In der heutigen Sendung nun ergänzen und bestätigen wir diese, indem wir Roß und Reiter der tatsächlichen Ursachen der Flüchtlingsproblematik beim Namen nennen. So gehört z.B. Thomas P. M. Barnett zu den gefährlichsten Befürwortern einer offensiven Völkervermischung.

Er war früher Strategieberater des US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld und ist heute Chef von Wikistrat. Wikistrat ist eine geostrategische Denkfabrik, die im Dienste des US-African Command tätig ist. Das US-African Command wiederum ist ein Oberkommando für US-amerikanische Militäroperationen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent - mit Ausnahme von Ägypten. In seinen Büchern "The Pentagon's New Map" - zu deutsch "Die neue Weltkarte des Pentagon", meint also "Die neue Weltkarte des US-Verteidigungsministeriums" und in "Blueprint for Action" - zu deutsch "Bauplan für den Krieg" erweist sich Barnett als zynischer Befürworter der Globalisierung.

Deren Endziel sei - ich zitiere - "die Gleichschaltung aller Länder der Erde". Erreicht werden soll dies - ich zitiere wieder - "durch eine Vermischung der Rassen". In Europa würde - laut Barnett - auf diese Weise eine hellbraune Rasse mit einem durchschnittlichen Intelligenzquotienten von 90 entstehen - die idealen Arbeitssklaven.

Zur Information: Derzeit beträgt der durchschnittliche IQ 100. Barnett warnt in seinen Büchern vor "irrationalen Leuten, die diese "Vermischung der Rassen" bekämpfen werden." Im Weiteren droht er: "Jawohl, ich nehme die vernunftwidrigen Argumente unserer Gegner zur Kenntnis. Doch sollten sie Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, fordere ich: Tötet sie!" ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Mai 2015 (x887/...):

>>**Dschihad auf dem Mittelmeer**

Der Massenmord an afrikanischen Christen auf einem Asylbewerberboot war kein Einzelfall Das Mittelmeer wird nach dem nun bekannt gewordenen Massenmord an afrikanischen Christen durch Islamisten auf einem Asylbewerberboot immer mehr zum Kampfgebiet des "Heiligen Krieges".

In der Straße von Messina, in Sichtweite der ersten Kirchtürme Italiens, haben muslimische Bootsasylbewerber kurz vor ihrer Rettung durch die italienische Marine zwölf christliche Mitreisende unter dem Schlachtruf der Dschihadisten "Allahu Akbar" über Bord geworfen. Die Polizei in Palermo nahm 15 Dschihadisten in Gewahrsam. Die mutmaßlichen Täter stammen aus Mali, Senegal und der Elfenbeinküste; auch ein Minderjähriger war unter ihnen. Ihre christlichen Opfer stammten aus Nigeria und Ghana. 105 Passagiere seien auf dem Schlauchboot gewesen, das in Libyen in See gestochen sei, das nach dem Zerfall seiner staatlichen Strukturen mehrheitlich von den Islamisten beherrscht wird.

Unterwegs hätten ein gutes Dutzend Muslime Drohungen gegen christliche Mitreisende ausgestoßen, die in ihrer Angst begonnen hätten christliche Gebete zu sprechen, und zwölf von ihnen über Bord geworfen. Die andern Christen hätten nur überlebt, weil sie eine Menschenkette gebildet hätten.

Der Religionskrieg ist auf den Asylbewerberbooten und damit an den Küsten Europas angekommen. Nachdem man bislang davon ausgegangen war, daß Bootsasylbewerber ausschließlich wegen eines mangelndem Rettungswesens der europäischen Staaten, der Profitgier der Schleuser, des schlechten technischen Zustands der Schiffe oder der Witterungsverhältnisse ums Leben gekommen seien, wird nun offenbar, daß die Hauptursache der weltweiten Asylbewerberströme, die religiöse Gewalt in Afrika und dem Nahen Osten, nun auch auf den Asylbewerberbooten des Mittelmeeres angekommen ist.

Entsetzt sind Kirchen- und Regierungsvertreter nur in Maßen. Man hat sich an das tausendfache Sterben auf dem Mittelmeer gewöhnt. 3.500 Tote wurden letztes Jahr gezählt, in diesem Jahr sind es schon fast 2.000, 700 davon auf einem einzigen Schiff. In Libyen sollen noch etwa eine Million Menschen auf eine Überfahrt warten. Sofern sie Christen sind, leben sie in der ständigen Angst durch den Islamischen Staat (IS) ermordet zu werden. 28 Christen aus Äthiopien wurden am Wochenende in Libyen vom IS exekutiert.

Jetzt tauchen vermehrt Kenner der Immigration auf, wie die Bürgermeisterin von Lampedusa, die berichten, daß es auch in der Vergangenheit sehr oft zu solch islamistischer Gewalt auf Asylbewerberschiffen gekommen ist. Die Dunkelziffer wird äußerst hoch geschätzt. Über die Gewalt wird jedoch nicht berichtet, weil entweder keine Christen auf den Booten überlebten, niemand diese Morde bekannt gemacht hat und/oder die Medien und die Politik kein Interesse daran hatten.

Für die Aufnahmebereitschaft der Bürger in den EU-Staaten sind solche Morde eine harte Probe, zeigen sie doch mehr als deutlich, daß sich auch unter den Asylbewerbern massenhaft Islamisten befinden, für die religiöse Gewalt, ganz gleich wo, legitim ist. Immer mehr Menschen fürchten auch, daß die islamistischen Terrororganisationen, die ja weite Küstenstreifen Libyens kontrollieren, auch ihre eigenen Leute in diese Boote schleusen und bewußt solche Gewaltausbrüche nicht nur auf den Booten, sondern später auch in europäischen Städten provozieren könnten.

Auch in Asylbewerberheimen in Deutschland berichten vermehrt Christen über Übergriffe durch muslimische Asylbewerber. In den saarländischen Asylbewerberzentren werden deshalb schon Christen von Muslimen getrennt untergebracht. Es ist traurig und unfafßbar: Verfolgte Christen fliehen vor islamistischer Gewalt, werden aber auf dem Weg oder in christlich geprägten Ländern, wo sie sich sicher glauben, durch dieselben weiter attackiert.

So grausam, ignorant und unmenschlich die Tat der 15 Mörder in der Straße von Messina war, ist dennoch ein Funke Hoffnung in der Geschichte. Daß es Menschen gibt, die sich gegen diese Unmenschlichkeit gestellt haben, die verhindert haben, daß es weitere Opfer gab, und die dann nach der Rettung in Italien dafür gesorgt haben, daß die Mörder verhaftet wurden. Solche mutigen Menschen werden auch in der europäischen Politik gebraucht.

Eine Politik, die sich angesichts weltweit steigender dschihadistischer Gewalt nicht selbst aufgibt, muß Konsequenzen ziehen. Sie muß angesichts der Tatsache, daß der Anteil religiöser Extremisten unter den Asylbewerbern immer größer wird, Asylbewerberlager in den Herkunftslagern selbst organisieren, dort die Spreu vom Weizen zu trennen versuchen und das Asylrecht für gewaltbereite Islamisten auf den Prüfstand stellen.<<

Der deutsche Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN) erklärte in einem Online-Video vom 24. Mai 2015 (x354/82): >>... Jedes Jahr sterben mehr Deutsche, als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, daß die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen und deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. August 2015 (x887/...): >>**Blutiger Wahnsinn**

Einwanderungsgesetz: Was die Protagonisten in Wahrheit anstreben

Nun unterstützt auch CDU-Chefin Merkel ein Gesetz zur Einwanderung. Was damit bezweckt wird, führt geradewegs ins Chaos. ...

Vordergründig geht es um die Bündelung der bislang in zahllosen Gesetzen und Verordnungen zersplitterten Zuwanderungsregelungen, die es Ausländern ermöglichen, sich dauerhaft in Deutschland niederzulassen. In der Tat hat sich hier ein gesetzlicher Dschungel ausgebreitet, der nicht selten zu Ergebnissen führt, die dem gesunden Menschenverstand widersprechen. Warum sollte hier nicht endlich Klarheit geschaffen werden?

Doch die Kritiker in der Union sind nicht etwa gegen Klarheit, sie ahnen vielmehr, daß es in Wahrheit um etwas anderes geht. Protagonisten von SPD, Grünen und Linkspartei sagen offen, was sie wirklich anstreben: Auf keinen Fall solle so ein Gesetz das bisherige Ausmaß von Zuwanderung begrenzen. Das Wichtigste sei, daß es nicht weniger, sondern mehr Einwanderung gebe, schallt es aus den Reihen von Sozialdemokraten, Grünen und Linkspartei.

Erst vor diesem Hintergrund wird der Widerstand in Teilen der Union verständlich. Allerdings ist es ein Widerstand auf verlorenem Posten, da er die Kanzlerin nun offen gegen sich hat, nachdem diese den politischen Wind mit Hilfe ihres Versuchsballons Tauber ausgiebig studieren konnte.

Strenge Auswahlkriterien, die nur solche Ausländer ins Land lassen, die Deutschland benötigt, die integrationswillig und -fähig sind, werden gerade von den Befürwortern eines Einwanderungsgesetzes verbissen bekämpft. Also dürfte ein Gesetz entstehen, das die deutschen Belange ganz hinten anstellt.

Dies in einem Land, in dem die Integration vieler schon hier lebender Einwanderer krachend gescheitert ist. Dieser Tage erst tauchte ein internes Polizei-Papier aus Nordrhein-Westfalen auf, das Dramatisches enthüllt:

In etlichen Städten habe die Polizei die Kontrolle über ganze Straßenzüge an arabische, türkische, rumänische und bulgarische Clans verloren. Sie herrschen jetzt dort, Anwohner und Geschäftsleute werden eingeschüchtert, schweigen aus Angst.

Dies ist nur eine Meldung von Tausenden, die zeigen: Wenn Einwanderung nicht endlich klar gesteuert und begrenzt wird, droht ein blutiges Desaster. Die Antwort der Politikermehrheit darauf aber lautet: "Mehr Einwanderung!" Das Resultat einer solchen Politik heißt Bürgerkrieg.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. August 2015: >>Asylkrawalle in Suhl als Vorboten: CIA sagt für 2020 europäische Bürgerkriege voraus

Alles eine Frage der Quantität: Zuwanderung kann belebend sein, und Asyl als Menschenrecht von Verfolgten ist nicht verhandelbar. Aber was geschieht, wenn JEDES Auswahlkriterium wegfällt, wenn die Tore bedingungslos geöffnet werden? Dann zerbricht die Logistik, die Organisationskapazität eines Staates früher oder später. Keine Versorgungs- und Integrationsstruktur läßt sich mehr halten: Zum Nachteil der Einheimischen und der Flüchtlinge! Das erleben wir jetzt, nicht nur in Suhl.

Eine solche Belastung staatlicher Kapazität hatte CIA-Chef Michael Hayden im Mai 2008 in der Washington Post prognostiziert. Zuvor hatte eine CIA-Studie gewarnt: Europa könne um 2020 unregierbar und in Bürgerkriege verwickelt sein. Dafür Sorge die sinkende Geburtenrate bei gleichzeitigem Anstieg der Migrationszahlen. Einbrechende Staatsstrukturen hätten zur Folge, daß "rechtsfreie ethnisch weitgehend homogene Räume" entstehen würden.

Hayden verwies auf die Gefahr eines steigenden Extremismus-Potentials. Dem läßt sich hinzufügen, daß in solchem Falle auch dumpfe Fremdenfeinde hierzulande ihre Chance wittern, Wort und Macht ergreifen könnten, während es für rationale Regulierung dann womöglich zu spät ist.

Laut CIA gelten folgende Länder und Ortschaften als besonders Bürgerkriegs-gefährdet: "In Deutschland fallen darunter angeblich: Teile des Ruhrgebietes - namentlich erwähnt werden

etwa Dortmund und Duisburg -, Teile der Bundeshauptstadt Berlin, das Rhein-Main-Gebiet, Teile Stuttgarts, Stadtteile von Ulm sowie Vororte Hamburgs. Ähnliche Entwicklungen sieht die CIA für den gleichen Zeitraum in den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Italien."

Deutschland hat in Sachen integrativer Leitkultur ein zusätzliches Problem: Ist es doch bereits in Splittergruppen zerfallen, die sich gegenseitig zerfleischen: Linke gegen Rechte, Demokraten gegen angebliche Antidemokraten, Reiche gegen Arme, Gender contra Familie, Rechtsstaat gegen EU-Diktatur und baldigem TTIP-Terror, kriegslüsterne Politisch-Korrekte, z.B. "Die Grünen", gegen friedenswillige Putin-Versteher, usw. Sie alle führen bereits publizistischen Bürgerkrieg gegeneinander. Kann aber eine Gesellschaft, deren Mitglieder sich untereinander nicht mehr leiden mögen, einen Integrationskonsens für unbegrenzte Einwanderung erstellen? Das Szenario von Suhl vor wenigen Tagen läßt verzweifeln:

Ein Religionsstreit im Asylantenheim sorgte für Krawall, bei dem auch eine Polizeistation verwüstet, Beamte sowie ein TV-Team attackiert wurden. Und die Reaktion der Politik: Anstatt den Aggressoren unter den Flüchtlingen klarzumachen, daß religiöse Toleranz hier zur Leitkultur gehört, und von ihnen - wenn sie hier leben möchten - gefälligst respektiert werden muß, schlägt Ministerpräsident Bodo Ramelow, Linke, getrennte Flüchtlingsunterkünfte für verschiedene Ethnien vor, so das künftiger Zoff verhindert werde.

Geht's noch kriecherischer?!! Denn so "werden die Gewalttäter ja noch belohnt: Indem man schönere Unterkünfte für sie organisiert, wo sie unter sich sind - anstatt zu lernen, wie man tolerant mit Andersgläubigen und Andersdenkenden umgeht, wie es unser Grundgesetz vorschreibt!". Wenn Deutschland nicht untergehen will, darf es solche Schleimer nicht mehr in den Ministersessel wählen.

Ähnliches gilt für die Stadt Essen sowie das Rhein-Gebiet, in dem zunehmend No-go-Areale entstehen, beherrscht von arabischen Straßenbanden. Polizisten, die in Konflikte eingreifen, müssen von Gang-Mitgliedern hören: "Das ist unser Bereich. Wir sind zuständig. Die deutsche Polizei hat uns hier überhaupt nichts zu sagen. Fahrt ihr mal schön wieder, wir klären das untereinander." ...

Das hat zur Konsequenz, daß die verbliebenen Beamten keine Einsätze mehr riskieren: Nicht nur, daß ihnen Prügel drohen. Zeigt sie nämlich jemand an, können sie ihre Beförderung vergessen. Also hält man sich lieber raus. Politiker, die Schweigen und Rückzug jener fördern, die zur Einhaltung des Rechtsstaats aufgestellt wurden, wollen dessen Untergang. Aber verwundert das? Auf EU-Ebene ist man ja auch schon kräftig dabei. ...<<

Der deutsche Autor Thilo Sarrazin, Volkswirt und ehemaliger SPD-Politiker, von 2002-2009 Finanzsenator im Berliner Senat, berichtete am 2. September 2015 in der schweizerischen Wochenzeitung "DIE WELTWOCHEN" über die kulturelle und ethnische Umwandlung Europas (x884/...): >>Europa schafft sich ab

Als vor fünf Jahren mein Buch "**Deutschland schafft sich ab**" erschien, waren die Analysen und Schlußfolgerungen darin für viele Politiker und Journalisten ein Skandal. Ich mußte viele persönliche, auch ehrverletzende Angriffe erdulden. Die in dem Buch beschriebenen Fakten und Zusammenhänge wurden jedoch konkret nie widerlegt. Die meisten Kritiker scheuten davor zurück, sich mit ihnen näher zu befassen. Die Fakten und Trends, die ich beschrieb, waren nicht neu. Neu war der Zusammenhang, in den ich sie stellte. ...

Vor fünf Jahren hatte ich in meinen Berechnungen nur sehr vorsichtige Annahmen für die künftige Einwanderung aus dem islamischen Kulturkreis unterstellt. Ich nahm an, daß durchschnittlich jährlich 100.000 Muslime nach Deutschland einwandern würden. Zusammen mit dem veränderten Altersaufbau - mehr Junge - und der höheren Geburtenrate der bereits in Deutschland lebenden Muslime reicht das aber aus, um die deutsche Bevölkerungsstruktur innerhalb weniger Generationen zum Kippen zu bringen. Hätte ich Einwanderungszahlen un-



terstellt, wie wir sie gegenwärtig erleben, wäre ich der Fantasterei und der unseriösen Schwarzmalerei bezichtigt worden.

In allen europäischen Ländern mit muslimischen Minderheiten beobachten wir parallele Entwicklungen. Es ist offenbar gleichgültig, ob die Muslime vor allem aus der Türkei und Nahost stammen wie in Deutschland, aus Nordafrika wie in Frankreich oder aus Pakistan und Bangladesch wie in Großbritannien. Unterschiedlich sind die Reaktionen der nationalen Politik.

- Sehr früh - angestoßen durch die Morde an Theo van Gogh und Pim Fortuyn - ist die Stimmung in den Niederlanden umgeschlagen. Die etablierten Parteien versuchen, durch eine robuste Politik möglichst viele Wähler von einer Unterstützung des fremdenfeindlichen Geert Wilders abzuhalten. Die jüngsten Manöver Angela Merkels wurden in den Niederlanden besonders kritisch kommentiert. ...

- Angela Merkel versucht gegenwärtig offenbar, Deutschland in der Einwanderungsfrage zu einem großen Schweden zu machen. Mich beängstigt es, daß ich in ihrer Einwanderungspolitik keine Ratio erkenne. Und ich weiß gar nicht, was ich schlimmer finden soll: daß sie vielleicht gar nicht weiß, was sie da tut, oder daß sie es mit Wissen und Bedacht gegen die Interessen des deutschen Volkes tut. Angela Merkel scheint hier in einer ganz eigenen Welt zu leben. Vor einigen Tagen wies sie in einer Podiumsdiskussion die Mitverantwortung für den Terror des IS den Deutschen zu, weil von deutschem Boden so viele islamistische Terroristen nach Syrien aufgebrochen seien.

Die naheliegende Folgerung, daß es ohne vorherige muslimische Einwanderung nach Deutschland auch keine muslimischen Terroristen aus Deutschland geben könnte, kam ihr offenbar nicht in den Sinn. ...

- Das an der Außengrenze des Schengenraums gelegene Ungarn versucht die Kontrolle über seine Grenzen wiederzugewinnen. Es rollt zu diesem Zweck Stacheldraht aus und setzt Wasserwerfer ein. Dafür muß sich sein Regierungschef Viktor Orbán viele Beschimpfungen anhören. Aber er gehört in der Flüchtlings- und Einwanderungsfrage gegenwärtig zu den wenigen europäischen Politikern, die sich nicht scheuen, logisch zu denken und gemäß ihren Einsichten auch zu handeln.

Zur Einordnung der derzeitigen Situation und zur Frage der künftig richtigen Politik scheinen mir vier Gedanken zentral zu sein.

1. Spontane Hilfsbereitschaft, Empathie und Barmherzigkeit sind grundsätzlich positive Antriebe. Menschen, die ihnen folgen, sollten stets gelobt und dürfen nie getadelt werden. Das bringt aber jene, die vernünftige und begründete Einwände erheben und eine andere, restriktivere Politik wollen, von Anfang an in eine moralische Schieflage.

Man muß es leider so sagen: Die emotionale Macht der Bilder erstickt die Betätigung der kritischen Vernunft, und dagegen ist offenbar kein Kraut gewachsen. Die einzige denkbare Heilung davon mag ich mir gar nicht wünschen: nämlich daß negative Erlebnisse und Erfahrungen mit den Folgen der Hilfsbereitschaft diese in ihr Gegenteil umschlagen lassen. Das wäre mit sehr unschönen Begleiterscheinungen verbunden, niemand kann das ernsthaft wollen.

2. Spontan finden die vielen guten Menschen mit der Bundeskanzlerin an der Spitze den Gedanken abscheulich, Menschen durch Mauern und Zäune von ihrem Streben nach Glück abzuhalten. Darum sollen grundsätzlich alle nach Europa kommen dürfen, die einen Asylgrund haben, also achtzig Prozent der Menschheit. Der einzige legitime Weg, sie davon abzuhalten, besteht aus dieser Sicht darin, in ihren Heimatländern die Gründe für ihren Wunsch zur Flucht und zur Auswanderung zu beseitigen.

Dies aber wiederum ist unreal: Politische, soziale und wirtschaftliche Probleme können immer nur in den betreffenden Ländern selbst, niemals aber von außerhalb gelöst werden. Für Europa ist es aussichtslos, überall in der Welt die Ursachen von Flucht- und Auswanderungswünschen zu bekämpfen. Aussichtsreich ist es allein, sich vor den Folgen dieser Wünsche durch

Abschirmung zu schützen. ...

Deshalb müssen die Grenzen Europas umfassend gesichert sein, nur so bleiben Einwanderungsströme beherrschbar. Deren Potential ist übrigens ungeheuerlich, wenn die Grenzen offen sind: Allein in Subsahara-Afrika wächst die Bevölkerung jedes Jahr um 29 Millionen. Sie hat sich dort seit dem Ende des Kolonialzeitalters vor fünfzig Jahren auf knapp eine Milliarde vervierfacht und wird sich gemäß der Uno-Prognose bis zum Ende des Jahrhunderts erneut auf dann zumal vier Milliarden vervierfachen.

3. Die Zuwanderung im Rahmen der jetzigen Flüchtlingswelle hat einen ganz anderen Charakter als die erste Zuwanderungswelle im Rahmen des Gastarbeiterzuzugs: Damals wanderten ausgewählte Arbeitskräfte auf sichere Arbeitsplätze ein - für vorwiegend einfache Tätigkeiten in der Industrie, die es heute so gar nicht mehr gibt.

Die Probleme entstanden, als die meisten dieser Arbeitsplätze durch den Strukturwandel entfielen, und sie entstanden durch den Familiennachzug. So wurden aus 700.000 türkischen Gastarbeitern in Deutschland nach dem Anwerbestopp 3,5 Millionen türkischstämmige Einwohner in Deutschland. Und aus höchstens 100.000 Arabern in Deutschland in den siebziger Jahren wurden bis heute eine Million.

Jeder junge Mann aus Nahost und Afrika, der jetzt einwandert, bedeutet über Kettenwanderung, Familiennachzug und natürliche Fruchtbarkeit mindestens fünf Einwohner dieser ethnischen und religiösen Gruppe in zwanzig Jahren. Die eine Million, die voraussichtlich in diesem Jahr nach Deutschland aus dem Nahen Osten und Afrika einwandert, ist also tatsächlich die Vorentscheidung für fünf Millionen. Und die 500.000 Einwanderer jährlich ab dem nächsten Jahr, über die Sigmar Gabriel so leichtsinnig sprach, bedeuteten nach dieser Formel tatsächlich 2,5 Millionen.

Die Prognosen aus "Deutschland schafft sich ab" werden sich so um Jahrzehnte eher erfüllen, als ich das vorausgesehen hatte, und sie werden analog für alle europäischen Länder gelten, die eine ähnliche Einwanderung zulassen.

Das würde in nur wenigen Jahrzehnten eine kulturelle und ethnische Transformation des abendländischen Europa bedeuten, die seinem Untergang gleichkommt - ähnlich, wie das Ost-römische Reich im Osmanischen Reich unterging -.

4. Der größte Teil der Zuwanderer aus der Flüchtlingswelle und ihres Familiennachzugs wird für lange Zeit auf Transferzahlungen angewiesen sein und als Gruppe - genau wie die heute bei uns lebenden Türken und Araber - Jahr für Jahr weitaus mehr staatliche Leistungen kosten, als er für die öffentlichen Kassen erbringt. Die aufnehmenden Gesellschaften werden dadurch ärmer und nicht reicher. Die Bewältigung künftiger demografischer Lasten aus der europäischen Geburtenarmut wird dadurch erschwert und nicht erleichtert.

Die offene Debatte über diese Fragen wird überall in Europa von den politischen Parteien der sogenannten Mitte mit Bedacht verweigert und verschleppt. Durch Problemlögnung will man verhindern, daß Parteien rechts von der Mitte oder am sogenannten rechten Rand Auftrieb bekommen und den traditionellen Machthabern das Wasser abgraben. Es ist sehr zu hoffen, daß zumindest diese Taktik bald an der durch krasse Fehlentscheidungen geschaffenen kruden Wirklichkeit zerbricht.<<

Am 4. September 2015 ordnet die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel die Öffnung der Grenzen nach Deutschland an.

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. September 2015 (x892/...): >>Masseneinwanderung: Wird die Demokratie abgeschafft?

Unabhängig davon, wie man zu der derzeitigen islamischen Masseneinwanderung von geschätzten 800.000 bis eine Millionen Menschen aus dem arabischen Raum denken mag, fällt in den Medien und der sogenannten "Öffentlichkeit" ein erschreckendes Verhalten auf: Jede Art einer offenen Debatte über diese Einwanderung wird in Deutschland bereits im Kern

erstickt. Wer nicht jubelt, spendet oder andere gutmenschliche Aktivitäten betreibt, wer Fragen stellt, gilt zumindest als "rechtsradikal" meist aber als "Nazi". Dabei betrifft die völlig unkontrollierte Masseneinwanderung inzwischen fast alle Menschen, die in Deutschland leben, und sie wird unser Land vollständig verändern, denn bei einer Million bleibt es nicht: bis 2020 werden für Deutschland 4,5 Millionen Zuwanderer erwartet.

Da die überwiegende Mehrheit dieser Einwanderer aus islamischen Staaten kommt und in einer vollkommen anderen Kultur aufgewachsen ist, werden diese Massen unser Land in nur wenigen Jahren vollständig verändern. Schon jetzt halten sie sich nicht an Gesetze und europäische Regeln, sondern setzen mit Gewalt ihren Willen durch. Bereits heute leben etwa 4-5 Millionen Moslems in Deutschland. Mit der Zuwanderung werden es bis 2020 dann etwa acht Millionen!!! sein. Das sind 10 Prozent der deutschen Bevölkerung. Wollen wir das?

Über die Folgen der Einwanderung aus einem fremden Kulturkreis, der dem Christentum feindlich gesinnt ist, muß offen gesprochen werden. Die Sorgen und Nöte der Menschen, die jetzt nur unter vorgehaltener Hand geäußert werden, müssen ernst genommen und bei den politischen Planungen und Entscheidungen berücksichtigt werden, damit es nicht zu Gewalttätigkeiten beider Seiten kommt. Darauf beruht die Demokratie, daß Probleme, die alle betreffen, auch von allen gemeinsam gelöst werden. In Deutschland ist das nicht der Fall, im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern, die deshalb auch kaum noch "Flüchtlinge" aufnehmen. Die Slowakei hat sich bereit erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen, aber nur Christen, da diese sich integrieren lassen. Eine weise Entscheidung.

Doch Länder, wie Tschechien, Ungarn, die Slowakei oder Slowenien, die sich weigern, ihr Gemeinwohl zugunsten einer Ideologie zu ignorieren, werden in den Medien beschimpft und mit Verachtung bestraft.

Daß die Roten aus Linkspartei, "Grünen" und SPD diese Masseneinwanderung begrüßen, ist nachvollziehbar, denn aus diesen Reihen kommt der Propagandaspruch "Nie wieder Deutschland!". Sie sehen hier die Möglichkeit, die deutsche Kultur zu vernichten. Doch warum laufen ganz normale Menschen diesen Gesellschaftszerstörern hinterher?

Zum Teil ist das durch die "Schweigespirale" zu erklären und durch die massiven unterschwelligeren Drohungen in den Medien, von seiten der Politik und von Angela Merkel gegen jede Kritik.

Es gibt eine Menge Fragen der Menschen, die sich auf irgendeine Weise Luft verschaffen werden:

Warum kommen auf einmal so viele Menschen zu uns? Woher haben diese Menschen das Geld für die Schlepper? - der Preis für die Einreise in die EU soll durchschnittlich 11.000 Euro kosten -. Woher haben nahezu alle "Flüchtlinge" Smartphones? Warum sind es fast 90 Prozent junge, kräftige und starke Männer, die zu uns kommen? Warum werden gleichzeitig in den Medien überwiegend Mütter und Kinder gezeigt? Warum sind unter den Flüchtlingen kaum Christen, obwohl diese zu den wirklich Verfolgten gehören? In welchen Haushaltsbereichen soll künftig gespart werden, um die Milliardenbeträge für die "Flüchtlinge" zu bezahlen? Wann kommt die nächste Steuererhöhung zur Finanzierung der Masseneinwanderung?

Es gibt viele solcher Fragen. Warum darf darüber nicht öffentlich gesprochen und gestritten werden? Warum ist jeder rechtsradikal oder Nazi, der solche Fragen stellt? Sind in Deutschland nur noch Linke gesellschaftsfähig?<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 11. September 2015: >>**Die Blitzwende der Flüchtlingskanzlerin**

Der Entschluß der Kanzlerin, Tausende Syrer aus Ungarn einreisen zu lassen, wirkte wie eine Ad-hoc-Entscheidung. Aber ihre Haltung in der Flüchtlingsfrage ist das Ergebnis jahrelanger Planspiele.

In der Generaldebatte im Bundestag war die Flüchtlingskrise das große Thema. Linken-Fraktionschef Gysi gab der Bundesregierung eine Mitschuld an der Lage. Merkel verteidigte die Politik der großen Koalition.

Angela Merkel hat am Mittwoch im Bundestag Sätze gesagt, die auf sie selber gemünzt zu sein schienen. "Wir erleben immer wieder, daß es in Europa Herausforderungen gibt, bei denen es ganz besonders auf uns ankommt, auf Deutschland, auf Deutschlands Kraft und auf Deutschlands Stärke", sagte sie.

Und: "Wir wissen: Auch in der Euro-Krise haben wir nicht immer alle zusammengestanden, sondern da stand Deutschland manchmal ganz schön alleine da, so jedenfalls meine Erinnerung. Aber was wir immer wieder erlebt haben – das sollte uns Mut machen –, ist, daß es genau diese Bereitschaft und diese Kraft Deutschlands sein kann, die schließlich den Weg für eine europäische Lösung freimacht."

Im Kern erhob Merkel einen deutschen, genau gesagt sogar ihren eigenen Alleingang zum Führungsprinzip. Sie selbst würde das vehement bestreiten und stets sagen, es gehe um den gemeinsam verabredeten Weg zu Entscheidungen, die von allen getragen werden. Aber die Kraft und Stärke Deutschlands als Schlüsselfaktor für derartige Entscheidungen zu bezeichnen – das hat sich in ihrem Amt lange niemand mehr getraut.

### **Applaus von allen Seiten**

Es war ein Auftritt, bei dem Merkel vier Mal Applaus aus allen Fraktionen des Bundestages bekam – Union, SPD, Grüne, Linkspartei. In ähnlich angespannten Situationen, zum Beispiel bei Merkels Regierungserklärungen zur Bankenkrise oder zur Energiewende, gab es kein einziges Mal beziehungsweise nur einmal einen so breiten Beifall.

Angela Merkel hat es geschafft, das Wirken ihrer angeblich so undemokratisch großen Regierungskoalition als einen Segen für Deutschland darzustellen. Das muß ihr erst einmal jemand nachmachen – besonders bei einem so brisanten Thema wie der Zuwanderung.

Merkels Entschluß, zusammen mit Österreich die EU-Abreden über das Weiterreiseverbot von Flüchtlingen außer Kraft zu setzen, war eine ähnliche Blitzwende wie nach dem Reaktorunfall von Fukushima. Wieder einmal zeigte die Bundeskanzlerin, daß sie dem Satz folgt, Gesetze seien für Menschen da und nicht umgekehrt. So hatte es auch schon Helmut Schmidt 1962 bei der Hamburger Flutkatastrophe gehalten, als er kurzerhand das Verbot inländischer Bundeswehreinmärsche ignorierte.

Es gibt immer Kritiker, die solche Flexibilität für den Präzedenzfall gesetzloser Zustände halten, und so ist es auch diesmal. Die Reiseerlaubnis für die in Ungarn gestrandeten, nach Deutschland drängenden Flüchtlinge sei reine Gefühlspolitik. Die Bundesregierung habe sich von Aufsässigen erpressen lassen. Auch bei vielen anderen Themen gewinne künftig, wer genügend eindrucksvolle Fernsehbilder produziert. Solche Gedanken sind oft zu hören.

Die CSU nimmt diese Stimmungen mit ihrer scharfen Kritik an Merkels Entscheidung auf. Sie habe die CSU mit der Aufenthaltserlaubnis einfach überrollt, sagen CSU-Politiker – ein schmerzhafter Beweis dafür, daß die Schwesterpartei in Berlin derzeit nur wenig zu melden hat, wenn es darauf ankommt.

Die Stimmungen vermischen sich mit der Angst von SPD, Linkspartei, CSU (und genauso auch französischer, polnischer oder dänischer Parteien), die massenhafte Einwanderung könne den Arbeitsmarkt ins Chaos stürzen. Sie vermischen sich mit der Angst, der Islamische Staat könne in den Flüchtlingszügen Attentäter nach Deutschland schleusen.

### **Schröders Kalkül in der Serbienkrise 1999**

In die seelische Gemengelage hinein wirkt auch das Trauma des ganzen historischen Europas, die unterschwellige Erinnerung an die Invasionen der Hunnen, Araber, Mongolen und Türken. Ungarns Grenzzaun, Frankreichs Abwehrhaltung, Polens Wunsch nur nach christlichen Flüchtlingen entspringen nicht zuletzt dieser Gedächtniswelt. Deutschland ist das Gefühl nicht

fremd.

Gerhard Schröder drängte 1999 auf das militärische Vorgehen der Nato gegen Belgrad, weil er ohne den Regimewandel in Slobodan Milosevics Serbien eine Flüchtlingswelle aus dem Balkan fürchtete. Und nun öffnet Angela Merkel aus einer Eingebung heraus Europas Tore?

Der Eindruck täuscht. Die Flüchtlingswelle kam plötzlich, aber keineswegs überraschend. Seit Jahren schaut Merkel argwöhnisch auf manche nur äußerlich stabile Mittelmeeranrainer. Da lauert Potential für noch viel mehr Flüchtlingsströme. Der Einsatz für eine diplomatische Lösung in der Ukraine entspringt derselben Sorge.

### **Ruhe in die Aufregung bringen**

Merkels scheinbare Ad-hoc-Entscheidungen sind oft das Ergebnis jahrelanger stiller Planspiele. Das ist keine Verklärung von Fehlentscheidungen, die es selbstverständlich gibt; es ist in diesem Fall aber der Grund für die Entschlossenheit, mit der sie das Ruder herumreißt. Ihr Satz gegenüber der "Rheinischen Post", für das Grundrecht auf Asyl gebe es keine Obergrenze, ist nicht einfach dahergesagt.

Ein Zuwanderungssturm auf ein mental unvorbereitetes Europa bringt die ganze Konstruktion der EU in ungutes Schwingen, so wie 1989 die DDR-Flüchtlingswelle. Wie damals Helmut Kohl, so will Merkel heute Führungsstärke zeigen, und zwar nicht durch Krieg, sondern dadurch, daß mit Selbstvertrauen Ruhe in die Aufregung kommt.

Merkels simple Botschaft "Wir schaffen das" ist an ganz Europa gerichtet. Ihr öffentliches Vertrauen in Deutschlands Stärke soll in der EU dieselbe Wirkung erzielen wie eine Zusicherung Barack Obamas in der Nato. Gleichzeitig soll die Bevölkerung nicht glauben, sie müsse mit ihrer Hilfsbereitschaft ein Staatsversagen kompensieren.

### **Noch ist die Finanzierung gesichert**

Im Gegenteil. Staat und Wähler sollen eine Einheit sein. Ob das funktioniert, ist völlig offen. Bei den Lichterketten gegen Übergriffe hat das vor zehn Jahren geklappt. Die Sorge, Herostraten würden das politische Establishment nun von Anschlagort zu Anschlagort hetzen, war grundlos. Statt dessen wandelte sich Deutschland weiter zur positiven Weltoffenheit.

Ob das diesmal auch so ist? Auf die Notlage antwortet Merkel nicht mit dem Drängen nach mehr Luftangriffen auf den Islamischen Staat, sondern mit Häusern und Lehrern für Flüchtlinge. Das kostet Milliarden. Noch ist die Finanzierung gesichert. Wenn die Flüchtlingszahl aber weiter zunimmt, werden eines Tages vielleicht Steuererhöhungen denkbar.

Sie würde nur Merkel durchsetzen können, denn auf der linken Seite des politischen Spektrums gilt in Notlagen weithin der psychologisch verräterische Satz: Wir müssen die Reichen zur Kasse bitten. Im Klartext heißt das: Sollen doch andere helfen. Unbedingte Solidarität zum deutschen Markenzeichen machen – das kann derzeit nur Angela Merkel.<<

Der Däne Jens Kristian Bech Pedersen (pensionierter Oberstleutnant) schrieb wegen der Masseneinwanderung von Migranten am 12. September 2015 folgenden "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x856/...):

>>Liebe Frau Merkel, geehrte Kanzlerin von Deutschland!

Ich bin Däne, darum bin ich natürlich auch EU-Bürger. Als solcher muß es mir erlaubt sein, daß ich mich öffentlich an Sie wende.

Über Jahrzehnte habe ich Deutschlands Politik und Rolle in Europa seit dem 2. Weltkrieg verfolgt. Deutschland hat sich sehr stark für den politischen Frieden, Angleichung zwischen den Ländern und für die Entwicklung zur Zusammenarbeit in Europa eingesetzt. Darum war Deutschland immer die große Triebkraft für eine engere Integration und Union zwischen den Ländern Europas, für die freie Beweglichkeit, für die Aufhebung der nationalen Grenzen – ja, und für die stetige Minimierung der Bedeutung und Rolle der Nationen in Europa. Es ist deutlich, daß diese Politik von Deutschlands nationalem Trauma des Nationalsozialismus und Deutschlands eigener Aufarbeitung gesteuert wurde. ... Verzeihung!

In keiner Weise möchte ich die alte wohlbekannte und böse Nazi-Beschuldigung Deutschland und den Deutschen an den Kopf werfen; weit gefehlt! Das fürchterliche Schicksal, daß der Nationalsozialismus über die europäischen Völker und Deutschland selbst gebracht hat, hätte aus jedem Volk dieser Erde erwachsen können, die Geschichte kennt viele Beispiele solch religiöser Gewalt- und Machtausübung. Vielmehr preisen wir uns heute glücklich, Nachbar eines lebensstarken und sehr inspirierenden Deutschlands zu sein.

Die ganze europäische Geschichte hindurch und auch heute verdanken wir Deutschland so viel: Sprache, Kultur, Literatur, Kunst, Politik, industrielle Kraft, Handel und Marktmöglichkeiten. Hier sind Viele, die Deutschland bewundern. Hier sind Viele, die sich über Reisen in Deutschlands Landschaften und Städte freuen, und wir lieben es, deutsche Literatur und Zeitungen zu lesen.

Es ist wichtig, daß der Nationalsozialismus heute nicht in Form eines großen deutschen Schuldkomplexes existiert, sondern (nur) als wichtige historische Erfahrung, die uns lehrt, welch große Kraft die Nationalität ist und warum sie deshalb weder pervertiert, unterdrückt noch aufgehoben werden sollte. Zum großen Schaden für Europa ist das nicht so.

Deutschland fürchtet sich vor sich selbst und seiner eigenen Nationalität. Die ganze deutsche Politik in Europa ist eine ewige nationale Entschuldigungspolitik wegen der Pervertierung des Nationalen durch den Nationalsozialismus. Darum zwingt Deutschland allen anderen Ländern ständig den gleichen Schuldkomplex und die gleiche Unterwürfigkeit gegenüber dem Nationalen auf. Deutschland will sich als Nation abschaffen:

Deutschland schafft sich ab (auf deutsch geschrieben), weil Deutschland dieses verkrampfte, neurotische, unvernünftige, ja, gänzlich unreife Verhältnis zur Nationalität hat. So definiert Deutschland weiterhin seine Politik mit einer negativen Abhängigkeit zum Nationalsozialismus.

Das ist gefährlich; das ist heute Europas große politische und gesellschaftliche Tragödie. Und so ist es Deutschland, das wieder Europas Länder in schicksalhafte und vielleicht katastrophale Konflikte hineinzieht – selbst wenn Deutschland das Gute wollte.

Weder ein Mensch noch Volk kann sich ewige Buße oder Selbstzerstörung auferlegen, ohne daß es in Krankheit und Unnatürlichkeit endet und vielleicht mit einem selbstgerechten und gewaltsamen Versuch, anderen die gleiche Buße und schuldbewußte Haltung aufzuzwingen. Jeder Mensch oder jede bürgerliche Identität wird sich erheben und sollte das dürfen. Es ist gefährlich, die nationale Wirklichkeit zu ignorieren. Egal, ob man es mit Nationalsozialismus, durch eine negative Abhängigkeit des Nationalsozialismus oder wie heute über einen supranationalen internationalen Sozialismus macht.

Der Nationalsozialismus pervertierte das Nationale. Er machte das Nationale zu einer Religion, die den Überfall der so geheiligten deutschen Nationalität auf andere Nationen rechtfertigte. ... Ein Unglück war das! Aber es ist nicht die Nationalität selbst, die pervers ist, sondern die religiöse Pervertierung der Nationalität. Der Nationalsozialismus kann wahrlich die Nationalität als notwendig, gesund, glücklich, lebensstüchtig und unausrottbare Realität im Leben der Menschen und Nationen nicht aufheben. ...

Der Kommunismus und der internationale Sozialismus, der heute immer noch sein gefährliches Spiel treibt, war eine Pervertierung des Nationalen. Der internationale Sozialismus hat – als Fortsetzung des Sowjetkommunismus – das Internationale zu einer Religion gemacht, die den politischen Überfall auf das Nationale und auf Nationen als selbständige Faktoren der Politik rechtfertigen soll.

Dieser internationale Sozialismus, Internationalismus, sorgt noch heute für unnatürliche Beziehungen zwischen den Nationen Europas. Und Deutschland ist zusammen mit Frankreich die treibende Kraft. ... Das Nationale ist die Voraussetzung für das Internationale; man kann das Internationale nicht durch die Aufhebung des Nationalen fördern. ...

Wenn Sie und Deutschland jetzt so eifrig Europas Migrationsprobleme mit einer gemeinsamen europäischen Verteilungs-Vereinbarung lösen wollen, dann verbreitet Deutschland das Problem. ...

Man kann keinen Brand löschen, indem man ihn verbreitet. Sie können als deutsche Toppolitikerin und Bundeskanzlerin nicht umhin, die Größe und Bedeutung dieser Probleme zu sehen und zu hören, wie alle Gesellschaften in Europa verängstigt auf die Vorkommnisse reagieren. Wie können Sie so hartnäckig darauf bestehen und dagegen vorgehen, daß Europas Nationen dafür kämpfen, das zu verteidigen, was sie haben und das, was sie selbst sind?

Deutschland ist eine große, starke und einflußreiche Nation. Deutschland sollte vorangehen mit der Verteidigung der Menschen in Europa gegen die katastrophale Masseneinwanderung: Starke Überwachung und Schließung der Außengrenzen der EU – mit der Härte und dem Zynismus, die das erfordert.

Zum Beispiel mit einer starken maritimen Flotte im Mittelmeer. Stoppen Sie die Völkerwanderung über das Mittelmeer (Beispiel: Australien). Kontrolle und Bewachung von allen Binnengrenzen Europas und der EU. Rückführung von illegalen Flüchtlingen und Einwanderern. Aber zur gleichen Zeit Hilfe für die Länder außerhalb Europas, die unter den Flüchtlingsproblemen leiden, z.B. mit dem Aufbau und starker militärischer Bewachung der Flüchtlingsdörfer. ...

Aber wir können deutlich an der Politik die Deutschland in der EU und auch in der aktuellen Einwanderungsfrage verfolgt, merken, daß Deutschland die Länder Europas als Nationen, die etwas zu verteidigen haben, nicht respektiert. In der heutigen Situation ist Deutschland unsozialistisch.

Und die Ursache ist: Deutschland respektiert sich selbst nicht. Die Deutschen dürfen nicht sagen: Wir sind das Volk. Und die Deutschen dürfen sich nicht als Volk verstehen und verteidigen. Und Deutschland will offenbar auch nicht respektieren, daß Nachbarländer sich so verstehen und das sagen. Deutschland schafft Europa ab.

Es ist eine Tragödie, Zeuge sein zu müssen, daß Deutschland Europas Nationen nicht verteidigen kann und will, weil Deutschland sich selbst nicht verteidigen will. Wünscht sich Deutschland wieder, den größten Teil Europas gegen sich zu haben, weil deutsche Politiker nicht verstehen wollen, was Nationalität für die europäische Gesellschaft bedeutet?

Das Beste, das heute Europa geschehen könnte, wäre, wenn Deutschland seinen Selbstrespekt für seine eigene Nationalität und als Volk wiedergewinnen würde, und mit diesem Selbstbewußtsein anfangen würde, die Nationalitäten der übrigen europäischen Länder zu respektieren und ihnen bei der Verteidigung ihrer Nationalitäten unterstützen würde.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor) schrieb im September 2015 wegen der unregelmäßigen Masseneinwanderung von Migranten folgenden "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x854/...):

>>Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin ...

### **Falsche Prognosen**

Die Ströme von Migranten, die in diesem Jahr auf Deutschland zukommen, wurden erst auf 250.000, dann auf 450.000 und nun auf 800.000 prognostiziert. Wie wir alle "die Politik" kennen, wird jede unangenehme Entwicklung nur scheinbar zugegeben. Zum Jahresende ist eine Realität von einer Million Migranten nicht unwahrscheinlich.

Und in den kommenden Jahren ist nicht mit einem Abnehmen des Migranten-Stroms zu rechnen, weil die Bevölkerungsexplosion in Afrika und die Entfesselung von Bürgerkriegen rund um Kerneuropa kein Ende nehmen, und weil das überwiegend herzliche Willkommen in Deutschland und in Österreich einen unwiderstehlichen Sog auf weitere Millionen "Migranten in Warteposition" ausüben. Unablässig verbreitet sich die frohe Kunde der erfolgreich Ange-

kommenen per Handy in Windeseile innerhalb der Auswanderungsländer und setzt neue Wanderer in Marsch.

### **Anfang einer Völkerwanderung**

Der jetzige Strom an Zuwanderern ist kein einmaliges und mit unseren bisherigen Gewohnheiten und Mitteln zu lösendes europäisches Problem. Und die großzügigen Gesten der deutschen und der österreichischen Regierung, ein paar Tausend in Budapest "aufgestaute" Migranten ins Land zu lassen, um das dortige Elend zu beenden, sind nicht, wie einige deutsche Minister geäußert haben, ein einmaliger Akt.

Es wird ein Drama mit immer neuen Szenen geben. Das jetzige Drama ist der Anfang eines stets weiter anschwellenden Problems, der Anfang einer Völkerwanderung. Außerdem ist diese Völkerwanderung aus der Migrantensicht nicht in erster Linie ein europäisches Problem, weil die meisten Migranten ganz bewußt Deutschland und Österreich wegen ihrer Sozialsysteme und ihrer Ausländerfreundlichkeit ansteuern. Trotzdem können sich unsere Politiker bisher nicht zu einer grundsätzlichen und nachhaltigen Lösung des Problems durchringen. ...

### **Drei Migrantenströme**

Wir werden jetzt von drei Migrantenströmen überrollt, aus Afrika, aus Kriegsgebieten und aus den südlichen Balkanländern.

#### **Afrika**

Afrika hat einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 30 Millionen Menschen. Ein erheblicher Anteil dieser Menschen wird Jahr für Jahr nach Europa drängen. Je mehr Europa davon aufnimmt und je komfortabler der zeitweilige oder dauerhafte Aufenthalt in Europa erlebt wird, desto größer wird der Anreiz für immer neuen Migranten.

Inzwischen brauchen Migranten nur noch am Südufer des Mittelmeers in See zu stechen, dann werden sie von den NATO-Marinern abgeholt und auf die europäische Seite des Mittelmeers transportiert. Sie, die Politiker, die das veranlassen, machen unsere Marinesoldaten damit zu "Schleppern und Schleusern" entgegen deren guter Absicht. Außerdem muß zur Kenntnis genommen werden, daß die Systemwechsel-Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs in den Staaten des Süd- und des Ostrandes des Mittelmeers erst die Tore für die Migrantenströme aus dieser Richtung geöffnet hat.

Insbesondere der illegale und unnötige Sturz des Gaddafi-Regimes in Libyen hat das zuvor verschlossene Tor vor Afrika weit aufgerissen. Es ist bemerkenswert, daß sich unsere Verbündeten USA und Großbritannien an der Bewältigung des durch die Destabilisierung Libyens entstandenen Migrantenstroms nicht bzw. kaum beteiligen.

Je mehr Migranten wir über das Mittelmeer aufnehmen, desto größer werden der Anreiz für weitere Migranten, der Gewinn der Schlepper und die Zahl der Ertrinkenden. Die australische Regierung hat das gleiche Drama auf den Seegebieten vor ihrer Nordküste auf wirksame Weise beendet.

Sie hat 2013 in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und verkündet, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Und die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote seither "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück. Nach kurzer Zeit ist kein einziger Bootsflüchtling mehr vor Australiens Nordküste ertrunken.

Ich fordere Sie auf, auf ein derartiges Vorgehen aller EU Staaten im Mittelmeerraum zu drängen, Schiffe der Bundesmarine unverzüglich in dieser Weise einzusetzen und den anderen EU Staaten so voranzugehen. Und ich fordere Sie auf, die Asylanträge der afrikanischen Migranten, wie bereits vom Innenminister vorgeschlagen, in deren Heimatländern prüfen zu lassen.

#### **Kriegsgebiete**

Auch die Flüchtlinge aus Kriegsgebieten kommen derzeit aus Territorien, an deren Destabili-



sierung ein Teil unserer Verbündeten mit offenen Kriegshandlungen, Geheimdiensten, Söldnern und Geldzuwendungen einen wesentlichen Anteil hat. Kriegsflüchtlingen muß zwar zeitweise Schutz und Bleibe geboten werden, aber nach den Kriegen sollten sie ihre Länder wieder aufbauen und dazu repatriert werden. Jahrelanges Verbleiben in Deutschland, Asylanträge mit oft jahrelangen Gerichtsverfahren durch den Instanzenweg hindurch und sogenannte Abschiebehindernisse führen dazu, daß das für die Kriegsdauer gewährte Gastrecht von vielen Flüchtlingen zu einem Anspruch auf Dauerverbleib und ein leichteres Leben in Deutschland ausgenutzt wird.

Deutschland besitzt keinen Steuerungsmechanismus zur Auswahl dieser Zuwanderer, und unsere Politiker auf Länder- und Bundesebene besitzen offensichtlich nicht die Weitsicht für die Folgen dieses Zustroms für unser Sozialsystem und unseren sozialen Frieden und nicht den Mut, die Repatriierungen durchzusetzen. Schon eine Bürgerinitiative wohlmeinender und mitfühlender Flüchtlingsnachbarn gegen eine Abschiebung versetzt fast jeden Politiker in "Wähler-Angst".

So verbleiben bei etwa 97 % der abgelehnten Asylanträge 85 % der Antragsteller trotzdem in Deutschland. Sie werden entweder geduldet oder sie tauchen unverzüglich unter. So verbleiben im familiären Rand nicht repatriierter Bürgerkriegsflüchtlinge in Summa auch massenweise nicht integrierbare und sozialhilfeempfangende Ausländer in Deutschland.

### **Südliche Balkanländer**

Eine dritte Gruppe sind derzeit die Migranten aus den südlichen Balkanländern. Es sind in der Regel Menschen mit dem verständlichen Wunsch nach einem materiell besseren und sichereren Leben. Solange sie in geringen Zahlen kamen, konnte unser Volk sie materiell versorgen, und es bestand eine größere Chance, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Der jetzt auf Deutschland zurollende, ungebremste Migranten-Strom aus dieser Region sprengt zusammen mit den zwei vorgenannten Migranten-Bewegungen auf Dauer unsere Staats- und Kommunalfinanzen, zerstört den Bürgerfrieden in kleinen Städten, Ortschaften und in vielen Stadtteilen großer Städte und überfordert die Kapazitäten der Kommunalverwaltungen, der karitativen Einrichtungen und der freiwilligen deutschen Helfer.

### **Verpflichtungen**

So verständlich es ist, daß Menschen aus Überbevölkerungsgebieten, Kriegsgebieten, Katastrophengebieten und Herrschaftsgebieten mit eingeschränkten Bürgerfreiheiten bei uns in Nordeuropa Schutz, Asyl und bessere Lebensbedingungen suchen, so sehr gehört es zur selben Realität, daß sie auf Dauer von uns ernährt, untergebracht und versorgt werden wollen.

Wir, das deutsche Volk, sind aber genauso wenig moralisch oder anders verpflichtet, wie z.B. Dänen, Tschechen oder Polen, die Aufbau- und Lebensleistung von uns und unserer Vorfahren bis hin zur Selbsterstörung unseres Gemeinwesens und seiner politischen Kultur den Hoffnungen der Migranten zu opfern.

Wir sind nicht verpflichtet, unsere materielle und kulturelle Substanz und unsere auf numerischer Überlegenheit beruhende Selbstbestimmung im eigenen Land auf Dauer an fremdstämmige Migranten-Mehrheiten abzugeben. Dabei ist nicht nur an die direkte Zuwanderung zu denken. Im Haus neben mir z.B. wohnt eine Migranten-Familie (ohne Deutschkenntnisse). Das Familienoberhaupt hat 11 Kinder, und eine seiner Töchter hat bereits 12 Kinder. Fast alle jüngeren Migranten bekunden außerdem, daß sie ihre Familien nachzuholen gedenken. ...

### **Beschimpfungen und mangelhafte Berichterstattung**

Die Mehrheit der deutschen Politiker und Medienleute lenkt mit der Beschimpfung von Kritikern und den Klagen über Ausländerfeindlichkeit vom eigentlichen Problem, der außer Kontrolle geratenen Massen-Zuwanderung, ab. Ausländerfeindlichkeit ist häßlich, aber verglichen mit der derzeitigen Problem-Massierung nur ein sehr bedauerlicher "Kollateralschaden".

Zuwanderungskritik ist etwas anderes. Es fehlt das Reflektieren der Bedenken der Einwande-

rungskritiker. Sie werden in die rechtsradikale Ecke gestellt, "aus der Front der Demokraten" exkommuniziert, als "dumpfes" Pegida-Volk und "empathieloses Pack" beschimpft, des Populismus und des Rassismus bezichtigt, ihnen werden unberechtigte Ängste und Angstmache unterstellt, ihre Bedenken werden als "ideologischer Müll" bezeichnet oder sie werden anderweit verunglimpft und gemobbt. Es fehlt dagegen jegliche Berichterstattung über die nachbarschaftlichen Unverträglichkeiten, die oft in der Nähe größerer Migranten-Ansiedlungen bestehen.

Es gibt in den Medien keine Berichterstattung über die wirklichen Schwierigkeiten der Einfügung in die deutsche Gesellschaft. Es wird nicht über die Fälle von Angriffen und Beschimpfungen auf und von Polizei und Anwohner berichtet und nicht von Fällen von Vermüllung von Unterkünften und Straßen.

Es gibt statt dessen entweder Schuldzuweisungen gegen deutschstämmige Deutsche oder Berichte über lobenswerte Beispiele deutscher Integrationshilfen. Die Realitäten dazwischen werden unterschlagen.

Weiterhin wird manchmal falsch, manchmal manipuliert und nach meiner bisherigen Kenntnis nie richtig und umfassend über die Kosten informiert, die ein Migrant (vor seiner Anerkennung als Asylant oder bis zu seiner Ausweisung) pro Monat durchschnittlich den Steuerzahler kostet: an Lebensunterhalt, Unterkunfts-Sanierung, Miete, laufender Reinigung der Unterkünfte, medizinischer Versorgung, Fahrrad, Handy, Wäsche, Taschengeld, Sprachunterricht, Gerichtskosten, Übersetzer-Kosten, Betreuer-Kosten, Polizei-Einsatzkosten, zusätzlichen Planstellen für zusätzliche Lehrer und die Bearbeiter von Registrierungen und Asylanträgen sowie die Rückführungen usw.

In einer demokratischen Gesellschaft mit einer freien Presse hätte das längst offengelegt werden müssen. Daß dies nicht geschieht, erweckt den Anschein, daß alle Politiker Angst haben, Ihre Wähler darüber zu informieren und daß die Medien zu gewissen Themen über die Presse- und Fernsehräte gelenkt werden.

### **Zuwanderungskritik**

Die durch Beschimpfungen und Mediendruck nicht mehr öffentlich geäußerte Zuwanderungskritik entzündet sich vordergründig an dem zur Schau gestellten Verhalten etlicher Migranten. Sie hat aber auch eine grundsätzliche Dimension. Die vordergründige Kritik entzündet sich am unangemessenen Verhalten einiger Asylanten und in Deutschland verbleibender oder geduldeter Migranten.

Es mag nicht häufig vorkommen, aber es "verbreitet" sich schnell auf dem Erzählweg. Ich nenne aufdringliches Macho-Verhalten, Mißachtung von deutschen Frauen, z.B. Verhöhnung von Helferinnen, die den Toilettendreck der Migranten entfernen, Drogenhandel, Rempelen und Schlägereien, überzogene Anspruchshaltung bei Behörden und Ärzten, mangelhafte Hygiene in den Unterkünften, das Verdrängen anderer Ethnien bis hin zur Drangsalierung deutschstämmiger Kinder in mehrheitlich migrantenstämmigen Schulklassen u.a.m.

Die grundsätzliche Dimension ist dagegen bedeutender. Es geht um den Charakter unseres Landes, die Identität, die Sitten und die Rechtsordnung unseres Volkes, um unsere politische Kultur und um unsere Selbstbestimmung als Gastgeber im eigenen Land. Weite Teile unserer Bevölkerung, wahrscheinlich eine Mehrheit der deutschstämmigen Deutschen, wollen ihr Land, ihre Identität und das Sagen im eigenen Land behalten. Diese Mehrheit will keine Auflösung der deutschen Nation in einer europäisch-asiatisch-afrikanischen Mischbevölkerung und keine Auflösung unseres Staats in einem Europa-Staat.

Das haben wir Jahrzehnte lang so gesehen, und das ist uns genauso lang von unseren Spitzenpolitikern versichert worden. Es hieß lange Zeit, daß die Bundesrepublik ein föderatives Europa anstrebt; von einem europäischen Staatsvolk und einem Europa-Staat war nicht die Rede. Aber bereits 1990 gab Herr Lafontaine aus seiner damaligen Ablehnung der deutschen Wie-

dervereinigung und seiner Ablehnung der damit verbundenen Stärkung Deutschlands die Gegenrichtung vor. Er sagte in einem Vortrag: "Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Deshalb müssen wir uns von dem völkisch orientierten Nationenbegriff lösen."

Dahingegen bekundete der Vizepräsident der EU Kommission Sir Leon Brittan im Oktober 1996: "Der deutsche Bundeskanzler Kohl hat uns zugesagt, daß er keine Vereinigten Staaten von Europa anstrebt, und daß die Nationen erhalten bleiben."

Drei Jahre später Bundespräsident Rau: "Eine Europäische Föderation wäre nicht darauf angelegt, die Nationalstaaten verschwinden zu lassen." (4.11.1999).

Innenminister Schönbohm (Brandenburg): "Ich glaube, die Nation ist ein ganz wichtiger Identifikationsrahmen in der Geschichte, Schicksalsgemeinschaft, Staatsvolk, Kultur und gemeinsame Zukunftsgestaltung." (26.3.1999)

Die seit ein paar Jahren betriebene Vergemeinschaftung innerhalb der EU zielt aber eindeutig auf einen gemeinsamen Staat und auf eine Mischung der Landesbevölkerungen bis zum Verschwinden ihrer nationalen Eigenschaften und Identitäten.

Der 2014, wie von lenkender Hand gesteuert, einsetzende Migranten-Strom verändert nun auch das Staatsvolk Deutschlands in einer Geschwindigkeit, die keine Integration und Assimilation der Neubürger mehr zuläßt.

Nach ungefähren UNHCR-Prognosen und einer genaueren des Prof. für Militärdemographie, Heinsohn, am NATO Defense College (Rom) kommen bis 2050 etwa 950 Millionen Migranten aus Afrika und aus dem Nahen Osten auf Europa zu. Wenn sich ein Drittel davon in Deutschland ansiedelt, verändert das unser Staatsvolk von Grund auf. Pikanterweise erinnert dieser Prozeß an eines der amerikanischen Kriegsziele von 1945, "Der Abschaffung der Reinrassigkeit in Deutschland".

Sie, Frau Dr. Merkel, sagen heute: "Deutschland und Europa werden sich verändern". Sie sagten aber noch im November 2004: "Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert".

Ihre Anpassung in dieser Hinsicht zeugt von Resignation oder von Prinzipienlosigkeit. Bitte verstehen Sie, daß ein großer Teil der deutschstämmigen Deutschen Ihren Sinneswandel nicht mit vollziehen kann und will. Viele Bürger wollen, daß sie, ihre Kinder und Kindeskinde der dominierende Bevölkerungsteil im eigenen Lande bleiben. Sie sehen in der anrollenden Völkerwanderung eine kalte Eroberung. Viele sind überzeugt, daß die Worte unseres Altkanzlers Schmidt der nahenden Realität entsprechen: "Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag."

Es gibt keine Vertretung der konservativen, das Staatsvolk und die Rechtsordnung bewahrenden Deutschen mehr in den Volksparteien. Diese Wählergruppe ist heute ohne Stimme, und sie gehört inzwischen mehrheitlich zu den Wahlverweigerern. Die deutschen Politiker sollten diesen Umstand in ihrem Willkommens-Hype nicht übersehen, so wie die vielen Wiedervereinigungsgegner von vor 1998 und die Mehrzahl der Medien die tatsächliche Stimmung für eine Wiedervereinigung falsch eingeschätzt haben. (Ablehnend: Lafontaine, Schröder, Bahr, Hans Jochen Vogel, Brandt, Bölling, Glotz, Steinkühler, Joschka Fischer, Jürgen Schmude u.a.m.)

Bitte verkennen Sie auch nicht, daß die häßlichen Gewalttaten gegen Migranten-Wohnheime nur die unschöne Spitze eines unter Wasser großen Eisbergs seriöser Sorgen sind.

### **Belastungen contra Bereicherung**

Regierung und Medien bemühen sich, der deutschen Bevölkerung den Zuzug von Migranten in großer Zahl als kulturelle Bereicherung, als Hilfen für den Arbeitsmarkt und als Ausgleich für den derzeitigen Bevölkerungsschwund anzupreisen und eine "Veränderung Deutschlands und Europas" wie etwas Positives erscheinen zu lassen.

Es wird verschwiegen, daß diese Vorteile nur begrenzt zutreffen, und es wird vor allem völlig unterschlagen, daß der Zuzug von Migranten in großen Zahlen auch erhebliche Nachteile für

die deutsche Bevölkerung und den deutschen Staat mit sich bringt, dies vor allem, wenn der Migranten-Zulauf weiter unvermindert anhält. Es seien erwähnt:

- die Mißstimmung in einer großen Zahl anderer EU Staaten über Deutschlands Vorpreschen mit seiner Migranten-Aufnahme und über den von ihm ausgeübten Druck zur Übernahme von Migranten nach einer Quote,
- das Bilden weiterer Parallelgesellschaften durch nicht gelungene Integration (Hierauf hat Brandenburgs Innenminister Schönbohm schon 1999 hingewiesen.),
- das Abgleiten weiterer Stadtteile in Zonen außerhalb deutschen Rechts und deutscher Polizeigewalt,
- der überproportionale Zuzug von in den Arbeitsmarkt nicht vermittelbaren Migranten bei unterproportionalem Zuzug von arbeitsmarktauglichen Migranten,
- dadurch die Zunahme der Armen und der Armut in Deutschland,
- das Absenken der durchschnittlichen Pisa-Vergleichs-Ergebnisse für die Kinder der Wohnbevölkerung in Deutschland,
- die anwachsenden Sozialkosten und Transferleistungen in nicht abschätzbarem Ausmaß,
- dadurch zunehmende Belastungen für die öffentlichen Haushalte und deren erneute Verschuldung,
- die weitere Desintegration der deutschen Bevölkerung,
- das "Einwandern" von Antisemitismus und von ethnischen und religiösen Konflikten aus den Herkunftsländern,
- die Überlastung des Schulwesens,
- das Entstehen einer "Sozialblase" durch den weiter wachsenden Bedarf an Sozialarbeitern, Angestellten der Arbeitsämter und Sozialbehörden, Betreuern, Sonderlehrern, Kita-Mitarbeiterinnen, Gefängnispersonal usw.,
- das Bilden eines neuen Großstadtproletariats aus arbeits- und beschäftigungslosen, nicht integrierten Migranten und abgelehnten, abschiebebedrohten und untergetauchten Asylbewerbern, deren hohe Erwartungen an Deutschland sich trotz eines anfangs herzlichen Willkommens nicht erfüllt haben,
- die verdeckten und leichteren Einreisemöglichkeiten für Extremisten und Terroristen und
- die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte und von Akademikern aus "armen" Staaten, die aus Sicht der Herkunftsländer dort zu Fortschritt und Lebensstandard beitragen müßten. Dies wirkt der deutschen Entwicklungshilfe entgegen.

Zu der hier kritisierten Darstellung der Zuwanderungsfolgen durch Regierung und Medien muß man bemerken, daß die ganze Lüge bei der halben Wahrheit anfängt.

### **Asyl**

Nach Artikel 16a des GG genießen "politisch Verfolgte" Asylrecht in Deutschland und für abgelehnte Asylsuchende gibt es in bestimmten Fällen Abschiebeverbote. Soweit ergänzende Ausführungsbestimmungen, Gesetze und Urteile den Kreis der "politisch Verfolgten" erweitert haben, können diese Gesetze und Bestimmungen geändert werden und ergangenen Urteilen, auch des Bundesverfassungsgerichts, können in einer neuen Lage neue Urteile nachfolgen. Auch bei früheren, anderen Änderungen der politischen "Großwetterlagen" hat das Bundesverfassungsgericht das GG neu interpretiert und der Bundestag in Grundsatzfragen Kehrtwendungen gemacht, z.B. zu den Bundeswehreinräufen im Ausland. ...

Politiker-Aussagen wie, "Asyl hat keine Obergrenze" oder "Wir wollen Asylrecht nicht verschärfen. Wir wollen freiwillig zurückführen" sind angesichts der Lageentwicklung weltfremd. Das Asylrecht soll, wie im GG formuliert, Bestand haben, aber die deutsche Asyl- und Abschiebe-Praxis müssen der neuen Lage angepaßt werden. ...

### **Europäische Lösung**

Eine nachhaltige Lösung, die inzwischen nicht mehr beherrschbare Völkerwanderung nach

Kern-Europa zu beenden, muß eine europäische Lösung sein. Ein "Europäischer Verteilerschlüssel" für Migranten ist aber keine Dauerlösung für das eigentliche Problem. Er ist außerdem ein illegitimer Eingriff in die Souveränität der europäischen Staaten. Auch die bisherige, nachgiebige deutsche Haltung gegenüber der Migranten-Wanderung ist unter den 28 EU-Staaten, wie sich zeigt, nicht konsensfähig. ...

Der augenblickliche Beifall des amerikanischen Präsidenten und des englischen Ministerpräsidenten zur plötzlichen Grenzöffnung für die in Ungarn "aufgestaute" Migranten-Menge belegt nicht das Gegenteil. Beide Präsidenten haben ein Interesse an einer weiteren Durchmischung und Desintegration der deutschen Bevölkerung und damit an einer Schwächung Deutschlands gegenüber ihren eigenen Staaten. Deutschland muß in der EU eine Vorreiterrolle für ein Unterbinden der Völkerwanderung übernehmen und nicht weiter auf eine EU-Entscheidung warten.

### **Unzulängliche und ungeeignete Vorschläge**

Die augenblicklichen Bemühungen der Kommunen, Länder, des Bundes und der EU richten sich auf die Bewältigung der derzeitigen Migranten-Zuwanderung. Obwohl erkennbar ist, daß der heutige Migranten-Strom der Beginn eines Dauerzustands ist, ist nirgendwo in der Politik ein Ansatz zu einer nachhaltigen Lösung des Problems zu erkennen.

So gut wie kein Politiker zeigt bisher die Weitsicht und die Courage, unser neues Dauerproblem anzusprechen und nachhaltige Lösungen zur Beendigung der neuen Völkerwanderung vorzuschlagen und sie anzustreben. ...

### **Vorwurf und Bitte**

... Ich bitte sie, dringend zu erwirken,

- daß die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
- daß der Rechts-Instanzenweg im Asylverfahren abgeschafft wird, (In der Schweiz sind Asylverfahren in der Regel binnen 48 Stunden abgeschlossen.)
- daß die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
- daß die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird, (Australiens Regierung hat in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und bekannt gemacht, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück.)
- daß Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgeländen ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und daß Angehörige aus diesen Staaten und Gebieten ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriiert werden, und daß dies in den Herkunftsländern bekanntgemacht wird ...<<

### **Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 2. Oktober 2015: >>Finanzguru George Soros' Plan für Europas Flüchtlingskrise**

Von George Soros

Der Exodus aus Syrien hätte nie in eine Krise münden müssen. Jetzt muß Europa mit einer echten europäischen Asylpolitik reagieren. Sie muß die Panik und das unnötige menschliche Leiden beenden.

Die Europäische Union muß die Verantwortung für das Fehlen einer gemeinsamen Asylpolitik übernehmen. Dieser Mangel führte dazu, daß der wachsende Flüchtlingsstrom dieses Jahres von einem handhabbaren Problem zu einer politischen Krise eskaliert ist.

Jeder Mitgliedsstaat hat sich auf selbstsüchtige Weise nur um seine eigenen Interessen

gekümmert und oft gegen die Interessen anderer gehandelt. Dies hat unter den Asylsuchenden, der Öffentlichkeit sowie unter den Polizei- und Justizbehörden für Panik gesorgt.

Um auf die Krise reagieren zu können, braucht die EU einen gemeinsamen Plan. Dieser muß eine effektive Methode zur Handhabung der Asylantenströme beinhalten, damit diese auf sichere, geordnete Weise stattfinden können - und in einer Geschwindigkeit, die Europas Aufnahmefähigkeit entspricht.

Dieser Plan muß so umfassend sein, daß er auch über die Grenzen Europas hinausreicht. Es ist weniger zerstörerisch und viel weniger kostenaufwendig, wenn die potentiellen Asylanten in oder in der Nähe ihrer jeweiligen Umgebung bleiben.

### **Die EU muß jährlich eine Million Flüchtlinge aufnehmen**

Angesichts dessen, daß der Ursprung der aktuellen Krise in Syrien liegt, muß das Schicksal der syrischen Bevölkerung erste Priorität haben. Aber auch andere Asylbewerber und Migranten dürfen nicht vergessen werden.

Dementsprechend muß ein europäischer Plan von weltweiten Maßnahmen begleitet werden, die unter der Leitung der Vereinten Nationen stehen und deren Mitgliedsstaaten mit einbeziehen.

Dadurch werden die Lasten der syrischen Krise auf eine größere Anzahl von Staaten verteilt und gleichzeitig weltweite Standards für den Umgang mit dem Problem der erzwungenen Migration eingeführt.

Erstens muß die EU in absehbarer Zukunft mindestens eine Million Asylsuchende jährlich aufnehmen. Und um dies tun zu können, muß die Last fair verteilt werden.

### **Die EU zahlt 15.000 Euro für jeden Flüchtling**

Von entscheidender Bedeutung ist eine angemessene Finanzierung. Die EU muß während der ersten zwei Jahre jährlich 15.000 Euro pro Asylbewerber für Wohnen, Gesundheit und Ausbildung bereitstellen - und den Mitgliedsstaaten die Aufnahme von Flüchtlingen schmackhafter machen.

Diese Mittel können durch die Ausgabe langfristiger Anleihen aufgebracht werden, die sich den größtenteils ungenutzten AAA-Kreditstatus der EU zunutze machen. Dies hätte den zusätzlichen Vorteil eines moralisch gerechtfertigten Haushaltsstimulus für die europäische Wirtschaft.

Ebenso wichtig ist es, die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben. Die Flüchtlinge dort anzusiedeln, wo sie sein möchten und wo sie erwünscht sind, ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg.

Zweitens muß sich die EU an die Spitze der weltweiten Bemühungen stellen, Jordanien, dem Libanon und der Türkei genügend Mittel zur Unterstützung der vier Millionen Flüchtlinge zukommen zu lassen, die momentan in diesen Ländern leben.

### **20 Milliarden für die Lager in Nahost**

Bis jetzt wurde nur ein Bruchteil der Summe aufgebracht, die für die grundlegenden Bedürfnisse benötigt wird. Wenn man Ausbildung, Training und andere wichtige Maßnahmen mit einbezieht, liegen die jährlichen Kosten bei mindestens 5.000 Euro pro Flüchtling oder 20 Milliarden insgesamt.

Obwohl die EU-Hilfen für die Türkei gerade verdoppelt wurden, liegen sie immer noch bei nur einer Milliarde Euro. Zusätzlich sollte die EU in der Region und auch in Tunesien und Marokko zur Schaffung wirtschaftlicher Sonderzonen beitragen, um Investitionen anzuziehen und sowohl für die Lokalbevölkerung als auch für die Flüchtlinge Arbeitsplätze zu schaffen.

Die EU müßte den Frontstaaten jährlich mindestens acht bis zehn Milliarden Euro garantieren, und der Rest sollte von den Vereinigten Staaten und dem Rest der Welt aufgebracht werden. Auch diese Summe könnte durch die Art langfristiger Anleihen finanziert werden, deren

Erlöse bereits den Asylbewerbern in Europa zugute kommen.

Drittens muß die EU sofort damit beginnen, ein einheitliches Büro für Asyl und Migration zu gründen, und später auch eine einheitliche EU-weite Grenzsicherung. Das momentane Flickwerk von 28 unterschiedlichen Asylsystemen funktioniert nicht: Es ist teuer und ineffizient, und bei der Bestimmung, wer asylberechtigt ist, führt es zu völlig uneinheitlichen Ergebnissen.

Das neue Büro könnte die einzelnen Verfahren schrittweise aneinander angleichen, gemeinsame Regeln für Beschäftigung, Unternehmensgründung und Hilfszahlungen aufstellen und eine effektive und rechtlich einwandfreie Rückkehrpolitik für Migranten einführen, deren Asylanträge abgelehnt wurden.

#### **Der Türkei mehr helfen, sie ist Frontstaat**

Viertens müssen die Reiserouten der Asylbewerber gesichert werden, darunter zunächst der Weg von Griechenland und Italien in ihre Zielländer. Dies ist sehr wichtig, um die Panik zu beruhigen.

Der nächste logische Schritt wäre dann, sichere Verbindungsrouten zu den Frontregionen zu schaffen und damit die Anzahl der Migranten zu verringern, die sich auf die gefährliche Mittelmeerüberquerung begeben.

Haben Asylsuchende eine vernünftige Chance, letztlich Europa zu erreichen, ist es viel wahrscheinlicher, daß sie bleiben, wo sie sind. Dazu müssen in Zusammenarbeit mit dem EU-Flüchtlingsbüro Verhandlungen mit den Frontstaaten geführt werden, um dort Bearbeitungszentren zu gründen - in erster Linie in der Türkei.

Die durch die EU entwickelten operationalen und finanziellen Regelungen sollten dann dazu verwendet werden, für den Umgang mit Asylbewerbern und Migranten weltweite Standards einzuführen. Dies ist der fünfte Bestandteil des umfassenden Plans.

#### **Orbáns Plan droht die EU zu teilen und zu zerstören**

Und um schließlich über eine Million Asylsuchende und Migranten jährlich aufnehmen zu können, muß die EU den privaten Sektor - NGOs, Kirchengruppen und Unternehmen - dazu mobilisieren, als Sponsoren aufzutreten. Dazu ist nicht nur eine ausreichende Finanzierung erforderlich, sondern auch die menschlichen und computertechnischen Mittel, um zwischen Migranten und Sponsoren zu vermitteln.

Der Exodus aus dem kriegsgeschüttelten Syrien hätte nie zu einer Krise werden müssen. Er war schon seit Langem abzusehen, leicht prognostizierbar, und Europa sowie die internationale Gemeinschaft hätten ihn durchaus bewältigen können.

Auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat jetzt einen Sechspunkteplan zur Krisenbewältigung aufgestellt. Aber sein Plan, der die Menschenrechte der Asylsuchenden und Migranten auf Kosten der Sicherheit der Grenzen mißachtet, droht die EU zu teilen und zu zerstören, indem er ihre grundlegenden Werte leugnet und die Gesetze verletzt, mit denen diese geschützt werden sollen.

Die EU muß darauf mit einer echten europäischen Asylpolitik reagieren, die geeignet ist, die Panik und das unnötige menschliche Leiden zu beenden.

*Aus dem Englischen von Harald Eckhoff.<<*

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 8. Oktober 2015 (x892/...): >>Die Völkerwanderung

Unter dem Titel "Die Völkerwanderung" hat der Regens des Priesterseminars Herz-Jesu und geistliche Beirat des Civitas Instituts, Pater Franz Schmidberger, eine Analyse der derzeitigen Masseneinwanderung nach Europa und Deutschland veröffentlicht. Die Analyse nimmt besonders die religiöse Dimension in den Blick, denn die nahezu eine Millionen Einwanderer aus dem Nahen Osten sind in der Mehrzahl Moslems. Pater Schmidberger stellt die Frage: "Ist die gegenwärtige Masseninvasion Mitteleuropas ein Zufall?"

## DIE VÖLKERWANDERUNG

Ist die gegenwärtige Masseninvasion Mitteleuropas ein Zufall? Wir glauben es nicht. Sie hat vielmehr ihre mehr oder minder offenkundigen Gründe. Zählen wir einige davon auf.

1. Der westliche Liberalismus hat in Europa ein geistiges Vakuum geschaffen. Ein Vakuum bleibt aber nie als solches bestehen, es zieht außerhalb Liegendes an. So zieht der religiöse und moralische Verfall jene Völker an, die, wenn auch einem falschen und gefährlichen Glauben verpflichtet, diesen doch bis in die letzte Konsequenz leben, wie dies eben beim Islam der Fall ist.

2. An der Mittelmeerküste zwischen Genua und Nizza liegt die Geburtsrate pro Frau bei 0,6 Kindern, im gegenüberliegenden Marokko und Algerien bei 6 Kindern. In den Ländern Mitteleuropas insgesamt ist es nicht viel besser, so in Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien. Dabei sind in den entsprechenden statistischen Erhebungen die kinderreichen Einwandererfamilien aus Algerien in Frankreich und aus der Türkei in Deutschland schon mit eingerechnet.

3. Es gibt Kräfte, die an einer systematischen Zerstörung der letzten Reste des christlichen Erbes in Europa arbeiten. Was ist leichter, als durch einen solchen Zustrom von vor allem jungen islamischen Männern das Christentum auszuhebeln?

Hier und dort hört man, daß das Geld für die Schleuser aus den USA fließt und die französischen Behörden in den Ländern Nordafrikas die Massenflucht mit organisieren. Saudi-Arabien bietet der Bundesrepublik Deutschland wohl keine Flüchtlingshilfe an, wohl aber den Bau von 250 Moscheen. Menschen, die inmitten dieses Chaos zu Besonnenheit aufrufen, wie der ungarische Präsident Orban, werden als Rechtsradikale verschrien. Dabei sind die Massenmedien gleichgeschaltet.

4. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es diese nämlichen antichristlichen Kräfte sind, die Bürgerkriege im Irak und in Syrien entfesselt haben, welche jetzt einen Teil der heutigen Asylanten in die Flucht getrieben haben. Wer hat vor einigen Jahren den sogenannten "arabischen Frühling" inszeniert?

Wer hat den Irak unter Saddam Hussein mit dem Vorwand angegriffen, er besitze Massenvernichtungsmittel, was sich in der Folge als falsch, als Lüge entpuppt hat? Als dieser Tage Rußland in der UNO die Resolution einbrachte, die IS als terroristische Gruppe einzustufen, scheiterte der Antrag am Widerstand der USA Obamas.

Werfen wir noch kurz einen Blick auf die Folgen dieser Masseninvasion. Kurzfristig stehen die Asylanten, meist junge Männer, da ohne Arbeit, ohne Kenntnis unserer Sprache, ohne das geringste Interesse an einer Integration. Schwere soziale Unruhen kann man für die nahe Zukunft sich an der Hand abzählen. Längerfristig gesehen werden die angestammten Europäer sich in ein neues Europa mit der Scharia integrieren müssen.

Frau Aydan Özoguz (\*31.5.1967 in Hamburg, deutsche Politikerin, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit Dezember 2011 stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, seit Dezember 2014 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration) sagt unverblümt, daß die Europäer sich in Zukunft täglich ihre Rechte erstreiten müssen.

Beten wir darum mit der ganzen Kirche gegen deren Verfolger:

*"Wir bitten Dich, o Herr: Zermalme den Hochmut unserer Feinde und wirf nieder ihren Trotz mit Deiner mächtigen Hand. Durch Christus, unseren Herrn."*

P. Franz Schmidberger, Regens<<

Stefanie von Berg (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte am 11. November 2015 vor der Hamburgischen Bürgerschaft (x354/78): >>... Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, daß wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade hier in Richtung rechts: Das ist gut so.<<



Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 6. Januar 2016: >>So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland

- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.

- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.

- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.

Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. ...<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 1. Februar 2016 über die Flüchtlingskrise: >>Flüchtlinge kosten Deutschland 50 Milliarden Euro

Das Institut der deutschen Wirtschaft prognostiziert wegen der Flüchtlingskrise hohe Kosten für 2016 und 2017. Vor allem Unterkunft und Verpflegung seien teuer.

Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge werden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft 2016 und 2017 knapp 50 Milliarden Euro kosten.

Im laufenden Jahr fielen für Unterbringung und Verpflegung von rund 1,5 Millionen Asylbewerbern 17 Milliarden Euro an, berichtete die *Rheinische Post* unter Berufung auf eine IW-Studie. Hinzu kämen weitere fünf Milliarden Euro für Sprach- und Integrationskurse.

Im kommenden Jahr erhöhen sich die Unterbringungskosten dem Bericht zufolge auf 22,6 Milliarden Euro, wenn die Zahl der Migranten auf 2,2 Millionen steigt. Zusammen mit den Integrationskosten fielen 27,6 Milliarden Euro im Jahr 2017 an, zitierte das Blatt aus der Prognose des arbeitgebernahen Instituts.

Werden die Prognosen Realität, müßte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nach Ansicht des IW spätestens 2017 wieder neue Kredite aufnehmen. Zwar könne Schäuble in diesem Jahr auf eine Zwölf-Milliarden-Euro-Rücklage aus dem vergangenen Jahr zurückgreifen, allerdings handele es sich dabei um einen Einmaleffekt.

**Herausforderung für den Arbeitsmarkt**

Die Bundesagentur für Arbeit geht derweil davon aus, daß die Eingliederung von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt ein langwieriger Prozeß sein wird. "Wir sollten nicht zu hohe Erwartungen haben", sagte das neue BA-Vorstandsmitglied Detlef Scheele der *Süddeutschen Zeitung*. "Wenn es gut läuft, werden im ersten Jahr nach der Einreise vielleicht zehn Prozent eine Arbeit haben, nach fünf Jahren ist es die Hälfte, nach 15 Jahren 70 Prozent."

Die Bundesagentur für Arbeit kalkuliert nach Scheeles Angaben 2016 mit 350.000 Flüchtlingen, die auf die staatliche Grundsicherung, also Hartz IV, angewiesen sein werden. Die Kinder, die jetzt hier in die Schule kämen, hätten gute Perspektiven, die Fachkräfte von übermorgen zu werden. "Wer unter 35 ist, hat gute Chancen, sich für eine Arbeit zu qualifizieren. Für Menschen, die deutlich über 40 sind, wird es schwierig", sagte Scheele.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 5. März 2016 (x892/...): >>Moslemischer Terror gegen Christen in Flüchtlingsunterkünften

Sozialarbeiter, Flüchtlingshelfer, Politiker und Bischöfe verschließen aus ideologischen Gründen Augen und Ohren vor dem Terror, dem Christen in Flüchtlingsunterkünften ausgesetzt sind und zwar von Moslems, die hier in Deutschland wagen, einen Asylantrag zu stellen, obwohl sie offensichtlich selbst zu den Verfolgern gehören.

In einem Beitrag in der "Tagespost" berichtet ein protestantischer Pfarrer, was so abgeht in den sogenannten Flüchtlingsunterkünften. Handeln Sie jetzt. Unterstützen Sie die verfolgten

Christen in Deutschland und schreiben Sie an Ihren Bischof.

Das Ausmaß der Christenverfolgung ist wirklich unvorstellbar. Angefangen von permanentem Mobbing bis hin zu Messerattacken auf Christen ist alles dabei. Die Betreuer und der Wachdienst, der in Berlin selbst fast ausschließlich aus Moslems besteht, die Politiker und Bischöfe sprechen von Einzelfällen und natürlich hat das alles nichts mit der Religion zu tun, schließlich wissen doch alle "Islam ist Friede" bla bla bla, ... sondern nur mit den "beengten Wohnverhältnissen", langen Schlangen vor der Essensausgabe etc.

Hört man aber auch Leute, die vor Ort sind, die arabisch sprechen und die Situation kennen, dann sieht man die Wirklichkeit in den Unterkünften. Der Islam zeigt, was er von anderen Religionen hält und das in einem Land, wo er nichts verloren hat. Es braucht keine große Vorstellungskraft um sich auszumalen, wie es in einigen Jahren in Deutschland aussieht, wenn diese Moslems die Situation in Deutschland durchschaut haben: die Feigheit der Verantwortlichen in Politik, Kirche und Verantwortliche in der Sozialindustrie, die um des lieben Friedens Willen die Augen vor dem Terror gegen Christen verschließen.

Pfarrer Gottfried Martens bestätigt in dem TAGESPOST Interview, daß vor dem islamischen Terror geflüchtete Christen in Deutschland vom Regen in die Traufe kommen. "Sie sind hierher geflohen, weil sie gehofft haben, hier Religionsfreiheit zu erfahren, und müssen nun erfahren, daß im Bereich ihrer Unterkünfte diese Religionsfreiheit in keiner Weise gilt".

Ausdrücklich bestreitet der protestantische Pfarrer, daß es sich um Einzelfälle handelt. "Das hat sich seit dem Spätsommer letzten Jahres verändert, seit in sehr großen Zahlen streng konservative muslimische Flüchtlinge - und um die handelt es sich in einer größeren Zahl, als ich auch selber erwartet hatte (!!!!) - nach Deutschland kamen. Und seitdem haben sich in sehr vielen Heimen - ich sage nicht, in allen, aber doch in sehr vielen Heimen - geschlossene muslimische Communities gebildet, gegenüber denen die Christen eine winzige Minderheit darstellen. Sie sind genaugenommen in derselben Lage, in der sie vorher waren.

Wir haben da das gesamte Spektrum: es geht los - und das ist für unsere Leute aber oft mit das Belastendste - mit dem psychischen Druck, dem sie ausgesetzt sind". Der Pfarrer berichtet von ständigen Bedrohungen, alle möglichen Formen des Mobbing und der Schikanen. Wenn die Christen nicht in der Unterkunft sind, z.B. in der Kirche, dann werden ihre Zimmer verwüstet, Bibeln zerrissen. "Das geht bis hin zu körperlichen Übergriffen, Schlägen, Tritten und allem Möglichen, wenn sie denn als Christen identifiziert werden".

Weiter wird berichtet, daß der Sicherheitsdienst, der die Heime in Berlin betreut, vorwiegend aus Mohammedanern besteht, weil diese "interkulturelle Kompetenz" besitzen. "Das hängt damit zusammen, daß man jetzt, seit die vielen Heime in Berlin aus dem Boden sprießen, Wachschützer eingestellt hat, die einfach nur zwei Kompetenzen brauchen: erstens, sie sprechen Arabisch, zweitens, sie haben einen gewissen Bizepsumfang. Das wird dann "interkulturelle Kompetenz" genannt."

Die Beschwerden von Christen werden von niemandem ernst genommen. Die Verantwortlichen können sich nicht vorstellen - da sie selbst zumeist Agnostiker oder Atheisten sind - daß die Religion bei Konflikten eine Rolle spielen. Daher wird der alltägliche Terror gegen Christen heruntergespielt und auf etwas Anderes zurückgeführt. Auch die Bischöfe gehören zu diesen Verharmlosern, weil es ihrer Ideologie des interreligiösen Dialogs widerspricht. Anstatt ihrer Aufgabe als Hirten der Christen nachzukommen und zugleich alles dafür zu tun, die moslemischen Menschen für Jesus Christus zu gewinnen, blasen sie mit ins Horn der herrschenden linken Eliten.

#### **Das Civitas Institut fordert:**

- Sofortige getrennte Unterbringung von Christen und Moslems
- Sofortige Ausweisung von Moslems, die Christen schikaniert haben. Die so etwas tun handeln aus demselben Ungeist wie die Terroristen in den Ländern aus denen sie geflohen

sind und es könnte sich bei ihnen selbst um potentielle Terroristen handeln. Darum haben sie keinerlei Anspruch auf die Hilfe Deutschlands.

Daher bitten wir unsere Freunde und Leser:

- Schreiben Sie an Ihren Bischof und fordern Sie ihn auf, sich unverzüglich für diese beiden Forderungen einzusetzen. Drohen Sie den Bischöfen damit, daß Sie anderenfalls keine Kirchensteuer mehr zahlen werden. Das ist das Einzige, was für die deutschen Bischöfe noch von Bedeutung ist.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung der geflohenen Christen in Deutschland.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 6. April 2016: >>**Soros und die Menschenschlepper**

In einem Interview benannte der ungarische Premier (Viktor Orban) die treibenden Kräfte hinter der Flüchtlingsinvasion: Ein internationales Netzwerk aus Aktivisten, Ideologen und Geschäftemachern betreibt die Zerstörung der europäischen Nationalstaaten.

Schauen Sie es sich an, nicht nur die Völker Europas sind dabei, zu erwachen, sondern jetzt formulieren auch schon immer mehr Regierungen, daß die Grenze keine schlechte Sache ist, sie dürfe aber nicht offen sein, die Grenze müsse kontrolliert werden. Und es taucht auch eine andere Frage auf - im Laufe der Zeit erhält sie ein immer größeres Gewicht:

Wer hat die Führer Europas oder einige seiner Führer dazu ermächtigt, solch eine Politik zu betreiben? Wann ist das geschehen und wer hat es getan? Dies ist ein demokratischer Kontinent, wann hat man und wer hat darüber abgestimmt, daß hierher illegal millionenfach Menschen von außerhalb unseres Gebiets hereingelassen und diese dann verteilt werden? Wo haben wir hierüber entschieden? Weder im Rahmen nationaler Parlamentswahlen ist solch eine Entscheidung gefällt worden, noch ging es bei den Wahlen zum Europäischen Parlament um solch eine Frage.

Das, was heute geschieht, entbehrt der demokratischen Grundlage. Mag sein, daß es liberal ist - wie das in Brüssel viele glauben -, doch es ist keinesfalls demokratisch. Man kann die Meinung der Menschen nicht negieren, sie außer Acht lassen, man muß sie zu einem gewissen Maße - natürlich am besten so stark wie möglich -, man muß die Meinung der Menschen in die politische Entscheidungsfindung einbauen. Es gibt keine europäische Politik ohne den Respekt für die Meinung der Bürger in den Mitgliedstaaten. Heute geschieht dies aber, und hieraus können auch eine innere Spannung und eine Krise der Demokratie in Europa entstehen, was wir vermeiden sollten.

### **Sturz in die Anarchie**

Und es gibt noch eine Erscheinung, die man ansprechen muß, denn schließlich: Worauf war unser Kontinent stolz? Selbstverständlich war er stolz auf seine wissenschaftlichen Entdeckungen, auf seine Hochkultur, stolz auf seinen Wohlstand.

Wenn auch im Weltmaßstab im Wettbewerb die von unserer Wirtschaft eingenommene Position schwächer wird, so sind wir immer noch der Kontinent in der Welt, auf dem es sich am besten leben läßt. Es gibt einiges, auf das wir stolz sein können, doch worauf wir am meisten stolz waren, war, daß man hier frei sprechen konnte, daß hier Gedanken-, Meinungsfreiheit und die Freiheit der Rede herrschten. Jetzt schauen Sie sich nur an, wohin wir gekommen sind.

Das Wort "Zaun" kann man nicht mehr aussprechen. Nicht, weil der österreichische Bundeskanzler dieses Wort nicht kennt oder seine Lautbildungsorgane auf einmal gelähmt wären! Sondern es hat sich in Europa ein Meinungsklima, ein Hauptstrom, ein solcher Druck herausgebildet, eine derartige Meinungsunterdrückung, daß die Politiker es gar nicht wagen, im Zeichen einer anderen Konzeption, eines anderen Gedankenganges das Wort zu ergreifen. Grenze, Zaun, Kontrolle, Nationalstaat - dies sind heute in Europa für die gewählten führenden Politiker gefährliche Ausdrücke. Nun, so weit sind wir gekommen. ...

## **Gier und Ideologie**

Heute bewegen meiner Ansicht nach zwei Dinge den Flüchtlingsstrom, diese Migrantenflut, diese Invasion. Das eine ist das Business, das Geschäft. Heute ist also der größte Auftrieb nicht der Krieg und nicht das Elend und die Unsicherheit, denn sie kommen gar nicht mehr aus einer Kriegsregion. Aus der Kriegsregion sind die Menschen schon in Flüchtlingslager gegangen, wo sie heute in keiner unmittelbaren Lebensgefahr mehr sind. Es strömen also Menschen, die in keiner unmittelbaren Lebensgefahr sind, nach Europa hinein, und dies ist deshalb so, weil die Menschenschlepper ein Schleppernetz aufgebaut haben, das mehrere zehntausend Menschen beschäftigt.

In Deutschland sind auch Schätzungen über die Größenordnung der Summe veröffentlicht worden, die im Laufe eines Jahres auf der ganzen Welt und auch gesondert in Europa bewegt wird. Dies ist eine riesige Summe, und heute ist dies das Geschäft, so wie wir dies auch auf zahlreichen anderen Gebieten der Welt, das heißt auf anderen Gebieten des Lebens, sehen: Das Geschäft und das Geld bewegen diesen Strom. Die Menschen werden geradezu angeworben, damit sie kommen.

Und die zweite Sache sind die Aktivisten. Es gibt eine Denkweise in Amerika und in Europa, im Westen, sie verfügt über ein ausgebautes Netz von Aktivisten. György (George) Soros - nur damit auch wir Ungarn erwähnt werden - steckt da mit drin, sein Name symbolisiert vielleicht am stärksten jene, die alles unterstützen, was die Nationalstaaten schwächt, alles unterstützen, was die gewöhnliche europäische Lebensweise verändert, von den Fragen der Lebensweise bis hin zur Einwanderung.

Diese Aktivisten, die den Einwanderern helfen, werden im Grunde unwillentlich Teil dieses internationalen Menschenschleppernetzwerkes. Diese beiden Dinge schieben die Menschenmassen hoch nach Europa, während in Brüssel Menschen sitzen, die vorerst ratlos sind, Papiere fabrizieren und keine Entscheidungen fällen, und unter denen sich im Übrigen ebenfalls sehr viele Menschen befinden, die wie diese Aktivisten denken.

Nicht aus dem Blickwinkel der nationalen Verantwortung, der Verantwortung gegenüber der eigenen Nation, der Verantwortung für die kulturelle Identität Europas betrachten sie diesen Prozeß, sondern ganz anders: in einer abstrakten Menschenrechtsdenkweise. Die hat ihre eigenen Theorien, diese sind niedergeschrieben und veröffentlicht worden. Worüber ich spreche, ist keine Wahnidee, sondern ein publizierter, niedergeschriebener Gedanke, von sehr ernsthaften, sehr hochgeschätzten europäischen linken Philosophen und Gesellschaftswissenschaftlern.

Von dem aus gesehen ist das, was jetzt geschieht, diese Einwanderungsflut, keine schlechte Sache, sondern eine gute Sache, die ihnen dabei hilft, daß ein von ihnen erdachtes Europa entsteht. Wir verstehen dies nicht, denn es steht im Gegensatz zur Vernunft, wir denken ganz anders. Es ist schwer, einem ungarischen Menschen zu erklären, was jetzt geschieht: daß von außen, durch eine Invasion, gegen unseren Willen die kulturelle Identität unseres Kontinents und unserer Heimat verändert wird.

Was ist gut daran? Wir verstehen das nicht, aber es gibt Menschen, die davon leben, hierüber Theorien herzustellen, Bücher zu schreiben, Aktivisten auszubilden und diese dann in den verschiedenen Teilen der Welt zu stationieren und sie im Zeichen dieses Gedankens und dieses Geistes wirken zu lassen. Dies ist heute ein Bestandteil der modernen Welt.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Mai 2016 (x892/...): >>"**Monokulturelle Staaten ausradieren!**"

Erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für "Bessere Rechtssetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta", Frans Timmermans, hat die Katze aus dem Sack gelassen. Während einer Rede während des "Grundrechte-Kolloquiums der EU" hat er die Mitglieder des EU-Parlaments aufgefordert, ihre Anstren-

gungen zu verstärken, "monokulturelle Staaten auszuradieren" und den Prozeß der Umsetzung der "multikulturellen Diversität" bei jeder einzelnen Nation weltweit zu beschleunigen. Damit werden die Absichten der gesteuerten Masseneinwanderung nach Europa offengelegt. Im Hintergrund steht eine UN-Entschießung, die dasselbe Ziel weltweit verfolgt.

Die Zukunft der Menschheit, so Timmermans, beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. Die heutigen Konservativen, die ihre eigenen Traditionen wertschätzen und eine friedliche Zukunft für ihre eigenen Gemeinschaften wollen, berufen sich laut Timmermans auf eine "Vergangenheit, die nie existiert hat" und können deshalb nicht die Zukunft diktieren.

Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich soziale Konstrukte und jeder, der etwas anderes behauptet, sei engstirnig. Europa sei immer schon ein Kontinent von Migranten gewesen und europäische Werte bedeuteten, daß man multikulturelle Diversität zu akzeptieren habe. Wer dies nicht tue, stelle den Frieden in Europa in Frage.

Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollen die Zuwanderer veranlaßt werden, auch "die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, daß nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben."

Timmermans ist einer der ersten unter den EU-Führern, der die Maske fallen läßt und seine Vorstellungen so deutlich ausspricht.<<

Die schweizerische Informationsplattform "humanrights.ch" berichtete am 17. Mai 2016 (x898/...): >>**Islamisches Menschenrechtsverständnis**

Der Diskurs über das Verhältnis von Menschenrechten und islamischem Recht wird auch in muslimischen Kreisen auf vielfältige Weise geführt. Ausgangspunkt ist oft die Frage, ob der Islam mit den Menschenrechten vereinbar ist. Die Meinungen dazu gehen weit auseinander.

#### **Konservative Sichtweise**

In einer konservativen Perspektive werden der Koran und die Sunna als einzige legitime Quellen des Rechts im Allgemeinen und der Menschenrechte im Besonderen betrachtet. Dabei wird der Koran auf eine mehr oder weniger buchstäbliche Art interpretiert. Falls eine solche Sichtweise die Kategorie der Menschenrechte überhaupt anerkennt, werden sie als im Koran verankert aufgefaßt.

Im Ergebnis bedeutet dies, daß bei der Auslegung aller international geltenden Menschenrechte der Scharia ein Vorrang eingeräumt wird. Dabei wird die Scharia nicht in ihrem historischen Kontext betrachtet; eine historische Interpretation wird vielmehr abgelehnt.

#### **Pragmatische & reformerische Sichtweisen**

In der gesellschaftlichen Realität sind die reformerischen muslimischen Kräfte in den letzten 20 Jahren durch das Erstarken der konservativen und der islamistischen Kräfte klar in die Defensive geraten. Wer noch den Mut hat, sich offen als Reformierender zu äußern, wird heute in vielen muslimischen Gesellschaften sehr rasch zum Ziel von Einschüchterung, staatlicher Repression oder gar gewalttätiger Attacken.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 15. Juli 2016 (x892/...): >>**Der Nationalstaat unter Beschuß**

Während die Souveränität der Nationalstaaten von außen vor allem durch supranationale Organisationen wie die Europäische Union (EU) bzw. supranationale Gerichtshöfe wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGRM) eingeschränkt werden, werden die nationalen Werte durch die Masseneinwanderung von innen ausgehöhlt. Zudem beschränken sich die Nationalstaaten oft selber in ihrer Souveränität, indem sie Vorgaben von internationalen Organisationen wie der UNO unhinterfragt übernehmen.

**Der Nationalstaat unter Beschuß - Wie supranationale Institutionen und Masseneinwanderung die staatliche Souveränität angreifen**

Ein Gastbeitrag von Ralph Studer, Schweiz

Anhand einzelner aktueller Beispiele sollen nachfolgend die Angriffe auf die staatliche Souveränität aufgezeigt werden:

### **Die UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung**

Die UN-Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung wurde von der UN-Generalversammlung am 25. September 2015 beschlossen. Die Agenda 2030 soll nach offiziellen Aussagen "zur globalen Entwicklung beitragen, menschliches Wohlergehen fördern und die Umwelt schützen". Die Ziele dieser Agenda haben universelle Gültigkeit und fließen in die nationale Politik ein.

Zu den Zielen dieser Agenda 2030 gehört u.a. der allgemeine Zugang zu sexual- und reproduktionsmedizinischer Versorgung, einschließlich Familienplanung und Aufklärung, was in der allgemeinen Sprache von UNO (und EU) bedeutet, daß Verhütungsmittel und das Recht auf Abtreibung weiter vorangetrieben werden.

Weiter verfolgt diese Agenda das Ziel, die Chancengleichheit von Frauen und die Übernahme von Führungsrollen durch Frauen auf allen Ebenen im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben zu fördern, geschlechtliche Stereotype abzubauen und Gender Mainstreaming zu einem weltweiten staatlichen Prinzip zu erheben. Zudem sollen Mädchen und Jungen zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung Zugang erhalten.

Bei der Umsetzung dieser Agenda bzw. allgemein bei der nachhaltigen Entwicklung spielen die Nichtregierungsorganisationen (NGO), die über keine demokratische Legitimation verfügen, eine wesentliche Rolle. Diese sollen nach Aussagen der UNO z.B. Wissen und Fakten in leicht verständliche Informationen für die Bevölkerung umwandeln. Den Massenmedien kommt die Aufgabe zu, eine wichtige Kraft beim Lenken von Entscheidungen und des Lebensstils der Konsumenten, vor allem bei Kindern und Jugendlichen zu übernehmen.

Auch wenn dieser Beschluß der UNO-Generalversammlung zur Agenda 2030 keinen verbindlichen Charakter hat, daß bei Nichtumsetzung weder Sanktionen noch eine Klage gegen die Schweiz drohen, hat diese Agenda nach innen den Charakter eines Angriffs auf die staatliche Souveränität:

Die Schweiz z.B. übernimmt bereitwillig die Vorgaben dieser Agenda, indem sie sämtliche Politikbereiche wie Handels-, Finanzsektor- oder die Agrarpolitik oder auch die Gesundheits-Sozial oder Bildungspolitik im Hinblick auf diese Agenda ausrichtet. Sie unterwirft sich dieser Agenda in Form der nationalen Berichterstattung, welche einer Rechenschaftspflicht gegenüber der UNO gleichkommt, und wird - was zu erwarten ist - zukünftig die UNO-Empfehlungen und Kritiken in diesen Bereichen entsprechend umsetzen. Durch diese Überwachungsmechanismen wird der Nationalstaat geschwächt und gleichzeitig die Demokratie abgebaut.

### **Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)**

Auf nationaler Ebene kann das nationale Parlament mit einer Gesetzesrevision eingreifen, wenn das höchste Gericht des Landes seines Erachtens eine falsche Gesetzesauslegung vorgenommen hat. So besteht ein Machtausgleich zwischen Gesetzgeber und Richter und ein Gleichgewicht im Staat. Auf Ebene Europa ist dies nicht der Fall. Der EGMR in Straßburg trifft seine Urteile als supranationaler Gerichtshof mit Mehrheitsentscheidungen von Richtern aus den jeweiligen Mitgliedstaaten. Diese entscheiden je nach Fall für oder gegen einen Nationalstaat wie Deutschland, ohne daß Deutschland auf die Ernennung der Richter Einfluß nehmen könnte.

Problematisch ist beim EGMR zudem Folgendes: Bei seiner Einsetzung in den 1950er Jahren war die Meinung, daß der Gerichtshof nur in fundamentalen Angelegenheiten wie z.B. Folter und ethnischen Säuberungen Recht spricht.

Mittlerweile greift der Gerichtshof auch bei alltäglichen Themen wie bei Vorschriften für Hausdurchsuchungen und Polizeivernehmungen ein. Gleichzeitig befassen sich die Richter auch mit Fragen zur nationalen Sicherheit und Terrorismusbekämpfung. So betreiben die Richter nationale Politik und zwingen dem Rest Europas ihre Auffassungen auf. Die Richter stehen außerhalb der Kontrolle der nationalen Parlamente und erweitern ständig ihren Einflußbereich.

Dadurch werden die Kompetenzen der nationalen Politik, insbesondere der nationalen Parlamente ausgehebelt und die staatliche Souveränität eingedämmt. Dies um so mehr, als diese Urteile aus Straßburg in der Schweiz z.B. oft auch Präjudizcharakter haben bzw. vom Schweizerischen Bundesgericht zur Änderung seiner Praxis herangezogen werden. So wird die nationale Rechtsprechung allmählich von Straßburg durchdrungen.

### **Die Massenmigration ("Flüchtlingskrise")**

Die europäische Elite sieht im Verschwinden der nationalen Souveränität eine Verbesserung. Sie glaubt, daß die Nationen Europas von ihrer eigenen Souveränität bedroht sind und tritt deshalb für einen "Multikulturalismus" ein. Wofür steht dieser Begriff? Multikulturalismus bedeutet, daß es keine Leitkultur gibt im Sinne einer dominanten Kultur und somit ein geteilter und gemeinsamer Bereich fehlt.

Es sei nicht erstrebenswert, innerhalb einer Gesellschaft dieselben Gesetze und Bräuche zu teilen. Anhänger des Multikulturalismus glauben, daß die Idee einer nationalen Kultur nicht sinnvoll sei und daß das Streben nach kultureller Einigung, worauf viele Gesellschaften und Staaten in der Vergangenheit Wert legten, nicht mehr brauchbar sei.

Für eine solche Sichtweise ist es naheliegend, wenn Menschen von anderen Kulturen sich z.B. in Rechtsstreitigkeiten auf ihre Rechtstraditionen berufen (Scharia, Polygamie). Eine Vielfalt der Kulturen auf Kosten eines geteilten nationalen Zusammenhangs. Daraus folgt dann auch, daß keine einzige Gesellschaft das Recht hat, anderen Gruppen innerhalb des Territoriums kulturelle oder soziale Normen aufzuerlegen: Die Kraft künftiger Gesellschaften würde gerade darin liegen, daß eine geteilte Kultur und geteilte Kernwerte fehlen! Dadurch werden letztlich Unterschiede verstärkt und Integration verhindert.

Die aktuelle Massenmigration wird sowohl die ethnische als auch die gesellschaftlichen Verhältnisse in Europa grundlegend verändern. Dieses Vorgehen ist ein direkter Angriff auf die europäischen Nationalstaaten. Vaclav Klaus, ehemaliger Ministerpräsident Tschechiens, formuliert es pointiert:

*"Diese Leute (Elite) haben begriffen, daß die Nationalstaaten im Verein mit der parlamentarischen Demokratie zum absoluten Bremsklotz ihrer Visionen vom neuen Europa und zum Störfaktor ihrer globalen Machtansprüche geworden sind. Die entscheidenden, immer radikaleren Vertreter dieser Visionen haben begriffen, daß die Schaffung des NEUEN MENSCHEN, ewiger Traum aller europäischen Progressisten, in den Grenzen der alten Nationalstaaten niemals funktionieren wird."*

Deshalb sollen die nationalen Strukturen zersetzt und die Nationen mit jener fremden Welt konfrontiert werden, welche die Migranten - ohne Bezug zu Europa - mitbringen. Die Herausforderungen durch den Islam sind dabei nicht zu unterschätzen, stellt er doch einen großen Komplex von religiösen Vorstellungen und Gesetzen dar, die das gesellschaftliche Funktionieren und individuelle Verhalten regeln.

Dazu gehört auch die Scharia. Parallelgesellschaften werden wachsen, die Sicherheit kann nicht mehr gewährleistet werden und der Nationalstaat wird bis in seine Grundfeste erschüttert, abgesehen von den hohen finanziellen und gesellschaftlichen Kosten.

Dazu kommt, daß noch jedes Problem in Europa mit einer verstärkten Zentralisierung und politischen Integration der EU endete. Die nationalstaatliche Souveränität wird weiter unter Druck geraten (z.B. EU-Polizei, zentrales Krisenmanagement, Subventionspolitik als Druck-

mittel gegen ausscherende Regierungen, vermehrt Mehrheitsentscheidungen statt Einstimmigkeit) und die EU sich weiter vom Prinzip der Subsidiarität hin zu mehr Immigration-, Sicherheits- und Sozialpolitik entwickeln.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 13. September 2016 (x892/...): >>Immigration: eine einzigartige Gelegenheit, das auf Christentum und Nationen gegründete Europa zu zerstören

Der Außenminister des kleinsten europäischen Landes Luxemburg hat das souveräne Ungarn zu einem Kurswechsel seiner Politik aufgefordert, ansonsten werde es zeitlich begrenzt oder auf Dauer aus der EU ausgeschlossen. Wenig bekannt ist eine aktuelle Rede des Premierministers Viktor Orban zum Thema der Flut illegaler Immigranten nach Europa, die wohl den Zorn der EU-Mächtigen auf sich gezogen hat und die wir hier in den wichtigsten Auszügen wiedergeben.

"Wenn wir wirklich helfen wollen, dann müssen wir wirklich dort helfen, wo die Ursache für das Problem liegt. Wenn Europa das beste für sich selbst will und eine Gemeinschaftsarmee schaffen will, dann muß es auch das Mittelmeer kontrollieren und - so wie es auch die alten römischen Kaiser taten - leere und nicht berechnete Boote und Schiffe versenken.

Die Migration wird enorme Konsequenzen für Europa haben, und in dieser Situation haben wir, die Europäer, noch nicht einmal entschieden, was wir wirklich wollen. Unser tatsächliches Problem ist Brüssel, nicht die Einwanderer. Wir sollten entscheiden, ob wir einzelne Nationen oder ein vereinigtes Europa wollen.

Wenn wir die Einwanderer einladen, dann ist es ganz offensichtlich, daß sie auch kommen werden. Ich hoffe, daß wir mit dem ungarischen Referendum über die Aufnahme von Einwanderern dem restlichen Europa ein Beispiel geben und daß nach den Wahlen im nächsten Frühjahr eine neue Elite die EU führen wird statt der augenblicklichen Elite von Nihilisten, eingeschlossen Juncker, Verhofstadt und Schulz.

Der politische Krieg, der sich auf das Thema der Migration gründet, ist eine Gelegenheit, welche die beiden Parteien zufriedenstellt. Für sie ist es eine einmalige Gelegenheit, das auf das Christentum und die Nationen gegründete Europa zu zerstören, um die ethnischen Grundlagen Europas völlig zu verändern.

Sie wissen ganz genau, daß die Moslems niemals für eine Partei mit christlichen Wurzeln stimmen werden, und so werden die konservativen Parteien schon wegen der enormen Menge der anwesenden Moslems von der Macht verdrängt werden.

Es ist dieser Krieg aber auch eine ganz ausgezeichnete Möglichkeit für die Verfechter der Nationalstaaten mit christlichen Wurzeln. Unsere große Möglichkeit heute ist es, jede Diskussion über die Migrationskrise durch dieses obligatorische System zu verhindern."

Noch vor kurzem hatte Orban das Vorhaben bestätigt, einen zweiten Stacheldrahtzaun errichten zu lassen, um Ungarns Grenzen zu schützen - er habe keinerlei Vertrauen in die Absicht der EU-Führer, die Flut der Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika einzudämmen.

Der luxemburgische Außenminister Asselborn hatte öffentlich geäußert: "Wer wie Ungarn Zäune gegen Kriegsflüchtlinge baut oder wer die Pressefreiheit oder die Unabhängigkeit der Justiz verletzt, der sollte vorübergehend oder notfalls für immer aus der EU ausgeschlossen werden." -

Nun, das wäre - wie wir meinen - durchaus eine Chance für Ungarn. Und es bräuchte noch nicht einmal ein Referendum zu organisieren, wie Großbritannien das noch mußte. Deutlich reagierte auch Ungarns Außenminister ...: er nannte Asselborn "belehrend, arrogant und frustriert" und eine "unernste Figur", die "sich schon längst selbst aus der Reihe der ernst zu nehmenden Politiker ausgeschlossen" habe.

Daß Ungarn seine und damit die EU-Außengrenzen völlig rechtens und zu Recht sichert, sich



und uns gegen illegale Einwanderung schützt und im übrigen eben genau jene Verträge wie Dublin II respektiert, die ansonsten in bzw. von der EU massenhaft gebrochen werden, muß hier nicht wiederholt werden und wirft ein ganz bezeichnendes Licht auf die Gründe für die Reaktionen gewisser EU-Verantwortlicher.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Oktober 2016: >>**Abgehobener Größenwahn**

Angela, die Unfehlbare, rettet die Welt. Das "Wohl des deutschen Volkes", auf das sie irgendwann mal einen Amtseid geschworen hat, bläst die Menschheitskanzlerin zur globalen Rettungsmission auf. Für das Wohl Afrikas ist sie schon auch zuständig, mindestens. Die "Konzentration auf Deutschland" ist doch langweilig, Angela Merkel macht lieber Politik für den Rest der Welt.

Den professionellen Gesundheitsbetern und Schönrednern, die gehofft haben mochten, nach den jüngsten Wahlklatschen sei die Partei- und Regierungschefin endlich zu einer gesichtswahrend verpackten Kurskorrektur bereit, hat Angela Merkel mit ihrem jüngsten *Zeit*-Interview krachend vors Schienbein getreten. Das Schweigen der CSU, die vor zwei Wochen noch voll des Lobes für Merkels vermeintliches "Schuldeingeständnis" war, spricht Bände.

Fehler? Macht eine Angela Merkel doch nicht, machen nur die anderen. Die bösen Osteuropäer, die angesichts der nicht enden wollenden Flut von Asylsuchenden ihre Grenzen geschlossen und die Balkanroute dichtgemacht haben. Oder "das ganze System der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik", weil man nicht schon längst die Verteilung der zumeist illegal hereinströmenden Einwanderer-Millionen nach Quoten beschlossen hat.

#### **Blühende Landschaften für Afrika**

Als Zeugnis abgehobenen Größenwahns könnte dieses Merkel-Interview in die Geschichtsbücher eingehen: "Wenn ich als deutsche Bundeskanzlerin dafür sorgen will, daß es uns Deutschen gut geht, daß die Europäische Union zusammenhält, muß ich mich auch darum kümmern, daß es in Europas Nachbarschaft so zugeht, daß Menschen dort Heimat auch als Heimat empfinden können. Konkret heißt das in unserer Zeit, daß wir uns in neuer Weise mit Afrika befassen müssen."

An diesem Satzgeholper stimmt so gut wie gar nichts. Sollen die Ressourcen des alternden Deutschlands noch weiter ausgepreßt und an die sich potenzierenden Bevölkerungsüberschüsse Afrikas verteilt werden, um deren Auswandern zu verhindern? Selbst das wäre nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

#### **Eine Rückkehr zur Vernunft wird es mit Merkel nicht geben**

Und die EU wird gewiß nicht dadurch "zusammengehalten", daß die Kanzlerin die Anrainerstaaten der Balkanroute arrogant beschulmeister, weil diese die Notbremse gezogen haben. Auch nicht dadurch, daß sie ihr faules Abkommen mit der Türkei als unfehlbare Wunderwaffe anpreist, obwohl die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß der Kuhhandel nicht funktioniert und die Kontrolle über die Einwandererströme nach Europa einem skrupellosen Diktator überantwortet wurden.

Eine Rückkehr zur Vernunft wird es mit dieser Kanzlerin, die dem "Willkommensputsch" die Selbstermächtigung zur Retterin der Menschheit folgen läßt, die mal eben selbstherrlich ihren Amtseid auf das Wohl Afrikas überträgt, während im eigenen Land die Ordnung zerfällt, und die "deutsche Interessen" bis zur Unkenntlichkeit globalisiert, nicht mehr geben - das zumindest wäre jetzt eindeutig klargestellt. Nicht nur die EU-Partner, auch die deutschen Wähler werden daraus ihre Konsequenzen ziehen müssen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Oktober 2016 (x887/...): >>**Merkels Verachtung**

Wer Sorgen vor dem Islam hat, soll mehr singen und beten, rät die Kanzlerin

Was wie der Ausdruck von Naivität aussieht, ist kalte Berechnung. Merkel will ihren Bürgern

Sand in die Augen streuen.

Kanzlerin Merkel rät den Deutschen, die "Sorgen vor dem Islam" haben, sich zur Weihnachtszeit wieder verstärkt dem christlichen Liedgut zuzuwenden und die Blockflöte zur Hand zu nehmen, denn sonst ginge uns "ein Stück Heimat verloren". Die Empfehlung strotzt vor einer bemerkenswerten Naivität, die allerdings im Falle der intelligenten CDU-Chefin bloß vorge-täuscht ist.

Unlängst hatte Merkel Bürgern mit Sorgen vor dem Islam geraten, einfach öfter in die Kirche zu gehen. Der Autor Henryk M. Broder konterte damals: Das hätten die syrischen Christen auch getan. Heute seien viele von ihnen tot. Was die Kanzlerin als Antwort auf die Ausbreitung eines zunehmend aggressiven politischen Islam vorschlägt, ist eine bewußte Ablenkung der Deutschen von der wahren Herausforderung, vor die sie – insbesondere durch Merkels Politik selbst – gestellt werden.

Mit ihren Verweisen auf Kirchgänge und Weihnachtslieder gaukelt Merkel einen friedlichen, religiös-kulturellen Wettbewerb vor, dem mit Glaubensstärke und der Betonung der eigenen Wurzeln allein begegnet werden könne.

Dem politischen Islam aber geht es nicht um einen spirituellen Wettbewerb oder gar um "kulturelle Bereicherung". Dem politischen Islam geht es um politische Macht. Er will nicht Seelen und Herzen gewinnen, sondern Raum, in welchem er die Macht ausübt und alle Abweichler verfolgen und ausmerzen kann. Diesem Muster folgen auch der türkische Machthaber Erdogan und somit die in Deutschland tätigen religiös-politischen Strukturen der türkischen Regierung.

Die Antwort darauf kann nur in der konsequenten Bekämpfung aller politisch-islamischen Strukturen in Deutschland bestehen. Und in einer ebenso konsequenten Eindämmung der islamischen Zuwanderung, solange sich der politische Islam in der muslimischen Welt immer weiter ausbreitet und mit der islamischen Einwanderung dessen Ausbreitung in Deutschland befördert wird.

Genau dies aber will Angela Merkel mit allen Mitteln verhindern. Sie weigert sich mit aller Sturheit, der massenhaften islamischen Zuwanderung Einhalt zu gebieten und duldet politisch-islamische Frontorganisationen in der ominösen "Deutschen Islamkonferenz".

Daher streut sie den Deutschen mittels kitschiger Gefühlsappelle und lächerlicher Empfehlungen zum Singen und Beten Sand in die Augen. Dabei tritt zutage, daß sie ihre Bürger für bodenlos kindisch halten muß, für einen Haufen Einfaltspinsel, der sich selbst mit dem größten Blödsinn noch hinter die Fichte locken läßt. Nur auf der Basis einer solchermaßen ausgeprägten Verachtung des eigenen Volkes kann Merkel ernsthaft glauben, daß diese Irreführung nicht entdeckt und wütend zurückgewiesen wird.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. November 2016 (x887/...): >>>**Kniefall gen Mekka**

Martin Luther wäre entsetzt - Schwach und liebedienerisch begegnet die evangelische Amtskirche dem Islam

Das große Jubiläum steht an. 500 Jahre Reformation gilt es zu feiern. Feiern? Tatsächlich scheint sich hier eher eine Glaubensrichtung mit großem Aufwand von sich selbst zu verabschieden. Exemplarisch dafür steht der Umgang mit der wohl größten Herausforderung des europäischen Christentums seit Langem: Einem übergriffigen, expansiven Islam auf dem Vormarsch.

Die Schlüssel seines Wagens gibt Roland Weißelberg vorher an der Rezeption des Augustinerklosters in Erfurt ab. Seine Frau kann sie dort leichter finden, wird er wohl gedacht haben. Der aus dem ostpreußischen Königsberg stammende Pfarrer im Ruhestand wird den Wagen selbst nicht mehr brauchen. Niemals mehr.

Während aus der Kirche des Klosters die Bachkantaten eines Gottesdienstes zu ihm heraus-

klingen, steigt Weißelberg in eine Baugrube hinab. Er übergießt sich mit Benzin und zündet sich kurz vor 11 Uhr am Reformationstag des Jahres 2006 selber an. Andere Menschen, die sich nicht in der Kirche aufhalten, sehen den brennenden Weißelberg. Sie können die Flammen löschen. Schwerverletzt kommt er in eine Spezialklinik. 60 Prozent seiner Haut sind verbrannt. Einen Tag nach der tragischen Tat stirbt ein Mensch, den Angehörige und Freunde als humorvoll, engagiert, klug und mutig beschreiben.

Seiner Frau hat Weißelberg einen erklärenden Abschiedsbrief hinterlassen. Es ist die tiefe Sorge vor dem Islam, die ihn zu seiner Tat veranlaßt hat. Die Christen müßten sich viel stärker von ihm abgrenzen, sonst würden sie überrollt werden, schreibt Weißelberg, der sich intensiv mit dem moslemischen Glauben auseinandergesetzt hatte.

"Das Fanal, das keiner versteht", überschrieb der "Spiegel" damals ratlos einen Artikel über die Selbstverbrennung. Dagegen scheint es ziemlich genau zehn Jahre später, als habe der Pfarrer mit bestürzend klarer Voraussicht gehandelt.

Dabei begegnete die Evangelische Kirche in Deutschland dem Islam noch im Jahre von Weißelbergs Tod mit großer Distanz. "Klarheit und gute Nachbarschaft" hieß 2006 ein offizieller Text, in dem trotz des versöhnlichen Titels scharfe Kritik an zentralen muslimischen Vorstellungen geübt wurde. Respekt vor Andersdenkenden und die Achtung der Menschenrechte wurden da eingefordert. Der Islam müsse zeigen, daß der Gewaltverzicht zu seinem Selbstverständnis gehöre. Unmißverständlich ist auch die Ansage, daß Christentum und Islam in klarer Konkurrenz zueinander stünden. Jedem Anschein einer Religionsvermischung müsse entgegengetreten werden.

Wer würde heute solche Aussagen aus dem Mund des 2014 zum EKD-Ratsvorsitzenden gekürten Bischofs Heinrich Bedford-Strohm erwarten? Eine schleichende Islamisierung scheint in allen Lebensbereichen des Landes voranzuschreiten, und die Kirchen verlieren kaum ein Wort darüber. Manchmal ist ihr Schweigen so lautstark, daß man sich die Ohren zuhalten möchte. Wenn der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick bekundet, daß für ihn, den Katholiken, ein muslimischer Bundespräsident denkbar sei, wird diese Ungeheuerlichkeit von protestantischer Seite mit einvernehmlichem Schweigen kommentiert.

Gemeinsam biedert man sich den Anhängern des fremden Gottes bei jeder Gelegenheit an. Während einer Pilgerreise ins Heilige Land entledigten sich Bedford-Strohm und Reinhard Marx - als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz oberster Repräsentant der katholischen Kirche in Deutschland - gemeinsam ihrer Amtskreuze beim Besuch des Felsendoms in Jerusalem. Das christliche Symbol wäre als Provokation empfunden worden. Man habe sie auch von israelischer Seite dazu aufgefordert, behauptete Bedford-Strohm, nachdem die unheilvolle Geste in Deutschland für Entsetzen gesorgt hatte.

Ein israelischer Militärsprecher widersprach empört: Niemand habe die Bischöfe darum gebeten. Im Gegenteil: "Es war vollkommen falsch, vor den radikal-muslimischen Forderungen einzuknicken."

Einknicken, wegducken, anpassen, nachgeben: Die übergreifige Religion aus dem Orient, "Gottes Rute und Peitsche", so Martin Luther, findet gerade im Protestantismus nur schwache Konkurrenz im Kampf um die Vorherrschaft des rechten Glaubens. So vieles wird kampflos hingenommen: die Drangsalierung von Christen in den islamisch dominierten Asylsucherheimen ebenso wie die rasant steigende Anzahl an Kirchenschändungen durch Muslime in Deutschland. In manchen Orten terrorisieren orientalische Jugendgangs ganze Kirchengemeinden.

Mit geradezu hysterischem Eifer wird dagegen der Stifter der eigenen Glaubensrichtung demontiert. Zum 500. Reformationsjubiläum wird dem großen Martin Luther alles angekreidet, was nicht ins zeitgeistige Weltbild paßt. Die Jubelfeier wird zum Tribunal. ... Luther kannte ungeheuerlicherweise die Sprachvorschriften und Denkwänge der Gutmenschen von heute

nicht. Luthers wortstarke Predigten gegen den islamischen Feind, dessen osmanische Heerscharen damals Europa bedrängten, stünden der Begegnung und dem Dialog im Weg, heißt es von seiten der EKD.

Das Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und Islam müsse neu bestimmt werden. Ein Vorschlag: Zum Beten wenden sich fortan an auch die Kirchenoberen gen Mekka. Vielleicht können sie dort sogar ein glühendes, tiefes Bekenntnis zum eigenen Glauben entdecken, das ihnen selbst längst abhanden gekommen zu sein scheint.

In Erfurt, der Stadt, in der sich Pfarrer Weißelberg verbrannte, ist unterdessen der Bau einer Moschee inklusive Minarett geplant. Ein Bürgerbegehren gegen das Bauvorhaben wurde jüngst von der Stadtverwaltung abgelehnt.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jepsen erschien am 2. Januar 2017 folgender Bericht über die Folgen der Massenmigration (x1.014/...): >>**Soros und Merkel zum Neuen Jahr**

### **Die Antworten von Unten stehen noch aus**

*Von Ulrich Gellermann*

Kühl und gelassen sagt uns der Multimilliardär George Soros zum Jahresende auf einer ganzen Seite der WELT die Wahrheit ins Gesicht: "Die Globalisierung hatte weitreichende wirtschaftliche und politische Folgen. Sie erhöhte die Ungleichheit sowohl innerhalb der armen als auch innerhalb der reichen Länder." Von der Höhe eines 25-Milliarden-Dollar-Vermögens aus läßt sich das leicht und locker sagen.

Von der Klarheit des Herrn der Finanzoligarchie weit entfernt speist uns Angela Merkel per Neujahrs-TV-Auftritt mit diesem Satz ab: "Zu dem, was mir Mut für unser Deutschland macht, gehört auch unsere soziale Marktwirtschaft. Sie läßt uns Krisen und Veränderungsprozesse besser meistern als jedes andere Wirtschaftssystem auf der Welt."

Soros stattet seine Perspektiven immerhin mit einem Teil der Wahrheit aus. Die Kriege im Ergebnis der Globalisierung läßt er aber lieber weg. Frau Merkel verzichtet gleich auf alles, was in die Nähe der Wahrheit führen könnte: Keine Kinderarmut, keine Altersarmut, sogar die noch bei Gauck obligaten Grüße an die tapferen Bundeswehrsoldaten überall auf der Welt fallen bei ihr weg: Man könnte ja auf Ideen kommen.

Während die Kanzlerin nahezu ein Drittel ihrer Rede dem Terrorismus widmet, über dessen Ursachen sie vornehm und gründlich schweigt, kommt Soros mit seinen Sorgen ziemlich unverblümt zur Sache: "Die USA werden nicht mehr die Demokratie in aller Welt schützen." Aus dem Oligarchischen übersetzt, fürchtet der mächtige Mann, mit Trump könne die gute Zeit der Regime-Changes und der Interventionskriege zu einem vorläufigen Ende kommen. Und schiebt deshalb nach: "Selbst die USA - das weltweit führende demokratische Land - haben einen Hochstapler und Mächtegern-Diktator zum Präsidenten gewählt."

Einen winzigen Zipfel dieser Befürchtung läßt auch die Dame Merkel durchblicken, wenn sie sagt: "Viele verbinden mit diesem Jahr 2016 auch das Gefühl, die Welt insgesamt sei aus den Fugen geraten oder das, was lange Zeit als Errungenschaft galt, sei jetzt in Frage gestellt." Die Errungenschaften der US-Welt, der Frau Merkel lange und freundschaftlich verbunden war, sind in den Trümmern des Iraks, Libyens und Syriens zu besichtigen. Und von den Normalos, durchweg Merkel-Fans, könnte noch mehr in Frage gestellt werden. Sogar die Kanzlerin selbst.

Wenn Soros, der Chef der Finanz-Oligarchen, dem neuen US-Präsidenten Trump den Kampf ansagt, stellt sich die Frage, welche Fraktion des großen Geldes denn der neue Mann im Weißen Haus vertritt. Bei der Durchsicht seiner Wahlkampf-Spender findet man wesentlich die Immobilien-Branche, Casino- und Hotelbesitzer und Medienunternehmer. Herausragend unter den großen Unterstützern Trumps ist der Milliardär Sheldon Adelson: Glatte 25 Millionen US-Dollar machte er locker.

Als alter Gegner von George Soros ist Adelson bisher in Ost-Europa nicht unangenehm aufgefallen: Kein Engagement in der Ukraine, Georgien oder Moldawien, wo die Soros-Foundation ihre Version von marktförmiger Demokratie verbreiten will. Adelson investiert sein Geld lieber in Medienprojekte, um die Rechtsentwicklung Israels zu fördern: Seit 2007 wurde die erste Ausgabe von "Israel HaYom" veröffentlicht. Mitte 2010 erlangte die Gratiszeitung in Israel einen Leseranteil von mehr als 35 %.

Das Leib- und Magenblatt von Benjamin Netanjahu verbreitet gern die These, daß die Palästinenser "ein erfundenes Volk" seien. Das Profil von Sheldon Adelson rundet sich ab, wenn man weiß, daß er rund 30 Millionen US-Dollar für den Think Tank "Freedom's Watch" ausgab, um den "Anti-Terror-Krieg" von George W. Bush freundlichst zu begleiten. US-Präsidenten haben einen gewissen Spielraum bei der Gestaltung ihres Amtes.

Aber ohne Bündnisse kann auch der scheinbar mächtigste Mann der USA nur wenig durchsetzen. Als ein wichtiger Bündnispartner von Trump ist bisher die konservative Denkfabrik Heritage Foundation erkennbar. Von der stammt die seltsame Erkenntnis "Rußland will seine strategische Position in der Welt auf Kosten der Vereinigten Staaten maximieren". Ob Trumps entspannte Sprüche zu Rußland die Beratung durch die Heritage Foundation überleben werden, ist nicht ausgemacht.

Doch so lange nicht deutlich erkennbar ist, daß Trump den Anti-Rußlandkurs seines Vorgängers fortführt, gilt Soros Sorge der Europäischen Union. Die Union sieht er offenkundig als eine Auffangstation für sein Verständnis von Demokratie: "Ich war von Beginn ein leidenschaftlicher Befürworter der Europäischen Union. Ich betrachtete sie als die Verkörperung der Idee einer offenen Gesellschaft."

Aber anders als Angela Merkel ist der Machtanalytiker Soros in der Lage, zumindest eine große Schwäche der EU deutlich zu erkennen: "Deutschland stieg zur Hegemonialmacht innerhalb Europas auf, ohne freilich den Verpflichtungen gerecht zu werden, die erfolgreiche Hegemonien erfüllen müssen: sich über ihr enges Eigeninteresse hinaus um die Interessen der von ihnen abhängigen Menschen zu kümmern. Deutschland setzte ein Austeritätsprogramm durch, das seinem engen Eigeninteresse diente."

Was bei Soros so klingt, als sei es bei Oskar Lafontaine abgeschrieben, gerinnt bei Angela Merkel zum unverbindlichen Räsonieren: "Ja, Europa ist langsam. Es ist mühsam. Es hat tiefe Einschnitte wie den Austritt eines Mitgliedsstaats hinzunehmen. Und - ja - Europa sollte sich auf das konzentrieren, was es wirklich besser kann als der nationale Staat."

Aber nicht einmal das Wort Brexit kommt ihr über die Lippen, geschweige daß die allgemeine Rechts-Rechts-Entwicklung der Europäischen Union bei ihr Erwähnung fände. Der Frau schwant was. Doch mag sie es weder aussprechen, noch wird sie den allmählichen Verfall der Europäischen Union wirksam angehen wollen. Alles bei ihr ist auf Weiter-So angelegt.

Dem Milliardär gehen die schlichten Wahrheiten in seinem Neujahrs-Text flott von der Hand: "Das Fehlen von Strategien zur Umverteilung ist die Hauptquelle der Unzufriedenheit, die die Gegner der Demokratie (gemeint ist das gängige Kapitalmodell der Demokratie) ausgenutzt haben."

Wo Soros immerhin die Ursachen der Rechtsentwicklung erkennt ohne die Verursacher, zu denen er selbst gehörte und gehört, mit Namen zu nennen, gerät das bei Merkel zum allgemeinen Genörgel: "Wo Europa - wie im globalen Wettbewerb, beim Schutz unserer Außengrenzen oder bei der Migration - als Ganzes herausgefordert wird, muß es auch als Ganzes die Antwort finden - egal wie mühsam und zäh das ist."

Um dann aber schnell den Sack des Ganzen wieder zu schließen: "Und wir Deutschen haben jedes Interesse daran, eine führende Rolle dabei zu spielen." - Zunehmend weniger Menschen in Deutschland sind bereit dem Konstrukt EU zu folgen. Immer weniger Menschen in Europa wollen der führenden Rolle Deutschlands folgen. Immer mehr treibt sie die Angst vor dem

sozialen Abstieg um, falls sie nicht längst abgestiegen sind. Die Antworten der Regierenden auf die bangen Fragen nach der sozialen Zukunft sind fadenscheinig. Antworten von Unten stehen noch aus.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Januar 2017 (x892/...): >>Die Universalität des Christentums - gleichbedeutend mit Globalismus?

... In der klassischen Gesellschaftslehre ist das Gemeinwesen und dann das Volk eine Erweiterung der Familie, gewissermaßen eine Familie der Familien. Sie beruht auf einer biologischen Grundlage einer auf einem bestimmten Gebiet lebenden Bevölkerung. Nomadische Völker stehen erst am Anfang und sind noch nicht in der Lage, Staaten zu bilden. Das eklatanteste Beispiel ist der Staat Israel, der sich erst konstituieren konnte, als er über eine territoriale Grundlage verfügte. Das Christentum hat diesen Zusammenhang zwischen Staat und Staatsgebiet immer bestätigt. Staatsgebiet und Staatsvolk sind die Elemente, die eine Nation ausmachen. Sie sind aber nicht dessen Seele.

Die Seele eines Volkes ist das, was dieses Volk von anderen unterscheidet: ein unter anderem kulturelles, intellektuelles, moralisches, ästhetisches Erbe, das im Laufe der Zeit entstanden ist und das Gemeingut dieses Volkes ausmacht. ...

Wie jeder einzelne Mensch, so hat auch jedes Volk im Plan Gottes seine besondere Bestimmung.

Das heute so verpönte Wort "Vaterland" hat einen direkten Bezug auf die Vorväter, auf die Vorfahren. Es zeigt auch, daß es hier um ein materielles und immaterielles Erbe geht, welches ein jeder von uns bekommen hat - ein Erbe, das im Inneren durch Veruntreuung und von außen durch Zerstörung bedroht ist, z.B. als Folge einer Invasion, einer militärischen Niederlage, einen Völkermord usw. Diese jeweilige Bedrohung wird von manchen Menschen anders gesehen als von anderen. Für die einen ist "Volk" oder "Nation" nichts anderes als eine vertraglich geregelte Beziehung zwischen Lebenden - eben einer "Bevölkerung" -, die sich um die Vergangenheit nicht schert.

Für die anderen ist sie so etwas wie eine ständige Volksabstimmung, die Erinnerung an eine gemeinsame, manchmal großartige und manchmal grauenhafte Geschichte und der Wille, weiterhin geschichtlich zu handeln. Somit ist "Volk" oder "Nation" vor allem ein Erbe, für das ein jeder sowohl vor den vergangenen Toten wie vor den zukünftig Lebenden verantwortlich ist.

...

Es ist eine Tatsache, daß sowohl die, welche ihrer Kultur treu sind als auch die, welche ihr eben nicht treu sind, immer Erben dieser Kultur sind. Die Anerkennung, die Annahme dieser Verpflichtung, die wir gegenüber unseren Vorfahren haben, trägt den schönen Namen "Pietät", und diese Pietät öffnet uns die Tür in die Zukunft, weil sie uns sagt, woher wir kommen.

Dadurch sagt sie uns auch, wer wir sind und welches legitimerweise unser Weg ist. Alles andere ist nichts als Spreu, die vom Wind fortgeblasen wird, von einem Wind, der seiner Natur nach nämlich wechselhaft und - wie die Geschichte zeigt - flüchtig und nur allzu oft auch trügerisch ist. ...<<

Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete am 12. März 2017: >>Bürgerkrieg in Europa: Die Luntten lodern an allen Enden

Besorgniserregend sind die Zustände in Europa schon länger. In den letzten Wochen und Tagen verschärft sich die Situation zusehends. Es ist nur mehr eine Frage der Zeit, bis Europa länderübergreifend von bürgerkriegsähnlichen Zuständen überzogen wird. Wer die Augen nicht verschließt und ideologisch nicht verblendet ist, kann die Gründe dafür erkennen und sie vor allem benennen

Während die Parteien links der Mitte und den von ihnen bezahlten Vorfeldorganisationen immer noch einem Faschismus hinterherjagen, verwandelt sich Europa in ein Flammenmeer.

Die Antwort darauf kommt prompt: Demonstrieren gegen Rechts, gegen Rassismus und für Weltoffenheit. Daß genau diese Weltoffenheit gerade dafür sorgt, daß alles aus der Bahn läuft, sieht der dumme Antifant nicht. Eigentlich sollte man sich gemütlich zurücklehnen und der Dinge harren die da kommen. Mit einem Lächeln auf den Lippen aus der Ferne beobachten und ein süffisantes "Hoppala" von den Lippen lassen, wenn der Araber zur Machete greift und dem Bahnhofsklatscher die Rübe abhackt. Das tun wir nur deshalb nicht, weil wir keine Unmenschen sind. Nur der Gedanke dazu blitzt kurz auf, aber Gedanken sind frei - sind noch frei.

Die Migrantenaufstände vor ein paar Jahren in Frankreich, Großbritannien und Schweden ... waren der Beginn der Misere. Das war sozusagen die Probe aufs Exempel. Negative Auswirkungen hatte das keine auf die Migration - nur auf die autochthone Bevölkerung, denn die schranken-, ufer-, grenzenlose Zuwanderung wurde in Europa noch stärker vorangetrieben. Europa wurde mittels Migrationswaffe noch zusätzlich millionenfach mit kulturfremden muslimischen Fachkräften geflutet.

Das Resultat waren immer mehr Angriffe und Übergriffe auf die Ureinwohner. Daß die Behörden in manchen Regionen nur mehr Zaungäste sind, wird die Krieger und Eroberer - denn nichts anderes sind diese Horden wildgewordenener Menschen, arabischer und afrikanischer Abstammung - noch mehr anfeuern. Es gibt schließlich Niemanden, der diesem Wahnsinn ein Ende bereiten kann. 70 Jahre ohne Kriegserfahrung - außer aus der Flimmerkiste - Flowerpower der 68er-Idioten und die kulturmarxistische Umerziehung der Einheimischen, lassen diese leicht zum Opfer der Barbaren werden. ...

Seit 2015 herrscht praktisch Ausnahmezustand in Europa. Dieser wurde zwar nicht ausgerufen, aber es liegt auf der Hand, daß die Migrationskrise im westlichen Teil Europas, das öffentliche Leben stark beeinträchtigt. Terroranschläge in Frankreich, Spanien, Großbritannien und dann 2016 auch in Deutschland.

Wobei man speziell von seiten der Mainstreampresse von Amokläufern sprach, obwohl nach kurzer Zeit eigentlich klar war, daß die Täter Gotteskrieger und im Namen des Islam handelten. Klar gibt es sogar jetzt noch Idioten, welche glauben, der Islam sei die Religion des Friedens. Warum man dazu Macheten, Äxte oder überhaupt Waffen braucht, dabei "Allahu Akbar" rufen muß, erschließt sich mir nicht.

Dann kam es in Frankreich wieder zu Aufständen durch Ausländerhorden, die diesmal nicht nur in Paris wüteten sondern in vielen Städten der Nation das öffentliche Leben lahmlegten.

...

In Skandinavien, insbesondere in Schweden, gibt es über 50 No-go-Zonen, in welchen ausländische Banden das Sagen haben. Rettungskräfte fahren nur mit Polizeischutz zu ihren Einsätzen. Schweden wird auch eines der ersten Länder im Bürgerkrieg sein. Schuld daran ist die besonders liberale Einwanderungspolitik. Also wir haben Frankreich und Schweden, beide Länder praktisch jetzt schon verloren.

Neben diesen bekannten Fronten, die uns jetzt schon in Westeuropa massiv zusetzen, wird eine neue Front aufgebaut - und wir wissen, spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg: zu viele Fronten bedeuten den Untergang. Und diese Front ist wieder eine muslimische, nämlich die türkische Front. Die deutsche, die österreichische und auch die niederländische Regierung haben es satt, daß Erdogan auf nicht türkischen Boden, also in der Diaspora schamlos Wahlkampf betreibt.

Das paßt Erdogan nicht, das paßt seinen Regierungsmitgliedern nicht, welche wieder ausreisen mußten oder nicht auftreten durften und das paßt den Erdogan-Verehrern nicht, die es zu Hunderttausenden in Deutschland und Niederlanden gibt. Kurzum: ein weiteres Bürgerkriegspotential.

Daß das nicht übertrieben ist, auf das kommt man, wenn man Eins und Eins zusammenzählt.

Wir wissen wie die Moscheen und türkischen Vereine von Extremismus verseucht sind, wir wissen wie der Islam in seiner politischen Form, eben der Islamismus, in jeden Winkel unserer Gesellschaft vordringt und eine Parallelgesellschaft etablieren will. Und an vorderster Front sind immer die Türken, welche fordern und aufbegehren. Also es ist nicht unbegründet, wenn ich behaupte, daß die Luntten des Bürgerkriegs an allen Ecken lodern.

Das Auslöffeln der Suppe ist kaum noch möglich, weil der Koch andauernd nachschöpft und wir bis zum Verrecken schlucken müssen. Wir müssen schlucken, was uns unsere Regierungen einbrockten. Es ist nur leider zu spät, um den Politikern die Suppe zu versalzen. ...<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 16. März 2017 (x893/...): >>"Von wegen Terrorismus: Das ist eine Invasion mit einem klaren Eroberungsplan" - Eine Ex-Dschihadistin über den Islam

Isik Abla: "Der Islam ist keine Religion des Friedens. Es ist idiotisch, daß der Westen das nicht erkennen will."

(New York) Sie hat einen langen Weg hinter sich: von der Vorbereitung zur Selbstmordattentäterin bis zum Einsatz ihres Lebens, um die Strategien des Dschihad, dem sie angehörte, zu enthüllen. Die Rede ist von Isik Abla, einer früheren Muslimin, die sich zu Christus bekehrte.

### **Islamische Einwanderung "nicht unterschätzen"**

Sie lebte in der Türkei bis sie vor ihrem zweiten Mann, der so gewalttätig war wie ihr erster, in die USA flüchtete. Der *Christian Post* enthüllte sie die Pläne, wie die Islamisten den Westen erobern wollen. Abla warnt davor, die Gefahren der islamischen Masseneinwanderung nach Europa zu unterschätzen. Die Bedrohung durch islamistische Attentate lasse sich mit einer nennenswerten muslimischen Minderheit in einem Land nicht kontrollieren. Selbstmordattentäter seien wie verirrte Kugeln. Es sei unmöglich vorherzusagen, wo sie einschlagen werden.

Es gehe aber nicht nur um die offenkundige Gewalt im Islam. Dahinter stehe eine "subtilere und weit gefährlichere" Bedrohung: "Es gibt im Islam eine Erziehung zum Dschihad. Es gibt ein Volk des Dschihad, ein Mediensystem des Dschihad und ein Wirtschaftssystem des Dschihad", so Abla.

Es gebe inzwischen, dank der Einwanderung, bereits "verschiedene Formen von Dschihad, die sich in der westlichen Welt festgesetzt haben". Als sie noch eine fanatische Muslimin war, habe sie auch an den Dschihad geglaubt, an den "physischen Dschihad", einen "ganz konkreten, gewalttätigen Dschihad", denn wie der Koran lehre, sei die physische Gewalt notwendig, und die höchste Form dieser Gewalt sei das Töten. Laut Koran gebe es "keine höhere und reinere Form des Dschihad als das Töten von Ungläubigen". Dieses Morden habe daher einen "reinigenden, rituellen, ja sakralen Charakter". Dieses Element könne in seiner ganzen Bedeutung gar nicht genug überschätzt werden.

### **Der "andere Dschihad": die Einschleusung**

Der Dschihad sei aber nicht nur das.

"Ich war Teil eines anderen Dschihad. Das war ein erzieherischer Dschihad, den ich durch meinen ersten Mann erlebte, weil seine Familie den Dschihad unterstützte."

Dabei ging es um die "Finanzierung von Stipendien, um Studenten an die renommiertesten Universitäten der westlichen Welt zu schicken. Über diesen Bildungsdschihad wird die Ausbildung in Harvard, das Studium in Princeton, in Yale finanziert."

"Ein verzweigtes Netz sammelt das Geld, um ausgewählten jungen Männern einen Lebenslauf zu schaffen, der sie in die höchsten Positionen führen soll."

Das gelte für die islamischen Staaten, aber ebenso für die westlichen Staaten. Der Westen suche "treue Verbündete" in der islamischen Welt, deren Aufstieg er dort fördert. Idealerweise stützt er sich dabei auf Personen, die im Westen ausgebildet wurden. Gleichzeitig suchen



heute Regierungs- und Oppositionsparteien des Westens nach Muslimen als Aushängeschilder, denen sie zu Blitzkarrieren verhelfen. Auf diese durchschaubaren und berechenbaren westlichen Denkmuster zielen die Bildungsdжихадisten. Die mit westlicher Hilfe eingeschleusten Dжихадisten "haben die Aufgabe, die westliche Welt zu islamisieren. Das ist eine Form von ideologischem Islam, dem ich angehört habe", so Abla.

### **Die Flucht, der Selbstmordversuch, die Bekehrung**

Im Alter von 12 Jahren schloß Isik Abla ihr Koranstudium ab. In dem Alter "habe ich davon geträumt, für Allah zu sterben und so eine Heldin und Märtyrerin zu werden". Ihre Altersgenossen, ob Burschen oder Mädchen, hätten genauso gedacht. Im Grunde sei das "im Denken eines jeden Muslims verankert", so Abla.

Zur Flucht führte sie nicht die Ablehnung des Islams, sondern die unerträglich gewordene Gewalt, die ihr Mann gegen sie ausgeübt. Nach ihrer Flucht in die USA fand sie Arbeit. Ihr Arbeitgeber, ein gläubiger Christ, erzählte ihr von Jesus. Diese Welt kannte sie aber nicht und sträubte sich dagegen. Sie befand sich damals in einem großen Tief, war allein, verzweifelt und wollte sich umbringen.

"Als ich Selbstmord begehen wollte, zeigte sich mir Jesus plötzlich auf wundersame Weise und hat mein Leben völlig verändert."

Die zur Christin gewordene Abla hat heute eine neue Mission. Es ist nicht mehr Dжихад. Ihre Mission sieht sie darin, das im Westen verbreitete Image vom Islam als einer "friedlichen Religion" zu korrigieren und das wahre Wesen des Islams zu enthüllen.

### **"Der Islam ist nicht Frieden"**

"Der Islam ist nicht Frieden. Der Islam ist keine Religion des Friedens. Das ist ein Betrug. Es ist mir schleierhaft, wie der Westen das nicht verstehen kann. Ich würde sagen, das ist naiv, aber diese Naivität ist gefährlich, denn in Wirklichkeit ist es idiotisch, nicht begreifen zu wollen, daß der Islam nichts mit Frieden zu tun hat."

Gewiß, so Abla, der Schein könne trügen:

"Ich war selbst eine von ihnen. Ich erschien sogar modern. Das ist die besorgniserregendste Seite des heutigen Islams, daß seine Vertreter sehr modern wirken können. Sie können sogar sehr westlich auftreten, wie ich es tat. Wenn ich aber den Auftrag erhalten hätte, im Namen Allahs zu töten, hätte ich es getan und mich in die erste Reihe gestellt."

Abla empfindet heute weder Zorn noch Haß auf ihre eigene Vergangenheit. Sie treibt nicht Vergeltung an. Sie ist vielmehr überzeugt, daß die Muslime, als Menschen ausgestattet mit Herz und Verstand, den Frieden begreifen und sich danach sehnen können. Deshalb sieht sie ihre zweite große Aufgabe in der Evangelisierung der Muslime.

Sie will den Menschen "guten Willens" unter ihnen dabei helfen, ihrem Herz und ihrem Verstand zu folgen, um sich aus den Fängen des Islams zu befreien. Zu diesem Zweck gestaltet sie heute eine eigene Fernseh- und Radiosendung, die auf türkisch, arabisch, Urdu, Farsi und englisch ausgestrahlt wird. Sie erreicht damit ein Einzugsgebiet von fast 400 Millionen Menschen.

### **"Ich verschweige die Wahrheit nicht"**

"Ich evangelisiere", sagt Abla, "das heißt, ich verschweige die Wahrheit nicht." Ihr Appell an die Muslime: "Finde Deinen Daseinszweck und Deine Identität im wahren Gott. Wenn Du siehst, daß der Islam tötet und daß die Muslime töten, dann stell Dir diese Frage, schau Dich um und frage Dich: Ist das Gott? Kann das Gott sein? Kann das Gott wollen? Kann das Dein Schöpfer wollen?"

Aus demselben Grund wendet sich Abla entschieden gegen den westlichen Relativismus, den sie als "falsche Antwort" auf den Islam sieht. Im relativistischen oder synkretistischen Denken sieht sie den "Antichrist" am Werk, der sich einen "humanitären Mantel umhängt": "Wenn wir in Jesus Christus sind und das Wort Gottes kennen, dann wissen wir, daß es nur einen Namen

gibt, und daß Sein Name Jesus, der Messias ist." Gleichermaßen an Muslime, Relativisten und Synkretisten gewandt, sagt Isik Abila in ihrer Sendung:

"Du mußt wissen, wem Du dienst und zu welchem Zweck. Ohne Jesus, den Christus weißt Du weder, wer Du bist noch wozu Du bist."<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. März 2017:  
>>"**Deutschland ist ein failed state**"

*Bassam Tibi äußert sich im Interview mit der PAZ zur deutschen Asylpolitik*

Der aus Syrien stammende Nahostspezialist Bassam Tibi (72) lebt seit 1962 vorwiegend in Deutschland und den USA und war als Professor für internationale Beziehungen und Berater mehrerer Regierungen tätig. Von 2005 bis 2016 war er, wie er selbst sagt, in Deutschland wegen seiner "unbequemen Gedanken" einer "Tyrannei der herrschenden Meinung und Gesinnung" zum Opfer gefallen. Erst zum Höhepunkt der Asylkrise ist es dem Autor des Buches "Europa ohne Identität", der in den 1990er Jahren die Begriffe des "Euroislam" und der "Leitkultur" geprägt hatte, gelungen, als Mahner auf die öffentliche Bühne zurückzukehren. ...

**PAZ:** Was bedeutet "Euroislam"?

**Bassam Tibi:** Der Begriff Euroislam ist ein politisches Konzept, nachdem die Kinder von in Europa geborenen und sozialisierten muslimischen Migranten mit Hilfe des Bildungssystems und der Medien europäische Wertevorstellungen in ihr Verständnis vom Islam übernehmen sollen. In einigen Ländern, wie Schweden und Holland, fand dieses Islamverständnis viel Interesse, leider nicht in Deutschland.

In Deutschland gilt nach dem Gebot der verfassungsmäßigen Religionsfreiheit der Kopftuchislam nach den Vorgaben der Scharia. Nur ein einziger Islamlehrstuhl in Deutschland, nämlich der von Münster mit Professor Khorchide, ist mit einem islamischen Reformtheologen besetzt, und auch seine Absetzung wird von den konservativen Islamverbänden vehement gefordert.

Dieser organisierte deutsche Islam wird von den Wahhabiten und der Muslimbruderschaft aus Saudi-Arabien und der türkischen DITIB, dem verlängerten Arm von Erdogans AKP, beherrscht. Wenn muslimische Migranten nicht integriert werden, bilden sich Parallelgesellschaften wie in den Banlieux in Frankreich, und diese sind die erste Vorstufe zu einem Bürgerkrieg.

**PAZ:** Kann man Zuwanderung begrenzen oder eindämmen?

**Tibi:** Zunächst einmal: Zuwanderung ist keine Naturkatastrophe. Ich mache einen Unterschied zwischen Einwanderung, die aus demographischen Gründen gebraucht wird, und der unkontrollierten Zuwanderung, mit der wir es jetzt in Europa zu tun haben. Wenn ein Staat darauf verzichtet, seine Grenzen zu kontrollieren, ist er wissenschaftlich gesehen ein "failed state", ein gescheiterter Staat, wie Deutschland.

Wenn zwischen September und Dezember 2015 Hunderttausende bis zu einer Million Zuwanderer nach Deutschland eingereist sind, ohne daß man weiß, woher diese Menschen kommen, und die Regierung das auch noch zugibt, dann muß man von einem gescheiterten Staat sprechen.

Was stattfindet, ist keine Migration, sondern eine Völkerwanderung. Leider wird eine sachliche Debatte hierüber durch Gesinnungsterror verhindert. Merkels Deutschland hat im Zeitraum 2015/2016 Millionen Menschen im Rahmen einer Willkommenskultur ohne eine klare Bestimmung in sein Territorium unkontrolliert hineingelassen.

Die Regierung hat kein Konzept für den Umgang mit diesen Menschen beziehungsweise wie sie in das bestehende Gemeinwesen eingegliedert werden können. Die USA, Kanada und Australien sind klassische Einwanderungsländer, wo es solche Konzepte gibt, Deutschland ist dagegen das größte Zuwanderungsland der Welt geworden, weil es statistisch gesehen mehr Migranten als selbst die USA aufnimmt.

Alleine die Stadt Hamburg nimmt pro Jahr die Hälfte der Zahl an Zuwanderern (35.000) auf, wie die USA in einem Jahr als gewollte Einwanderer (70.000) aufnimmt, aber die USA sind mehr als viermal so groß wie Deutschland. Allerdings ist in den USA die illegale Zuwanderung über Mexiko, die statistisch nicht erfaßt werden kann, sehr viel größer.

**PAZ:** Haben wir als reiche Europäer nicht auch eine moralische Pflicht, Menschen aus ärmeren Ländern zu helfen?

**Tibi:** Gesellschaftlich ist es neben der Differenzierung zwischen Ein- und Zuwanderung erforderlich, auch zwischen humanitärer Politik und Einwanderungspolitik zu unterscheiden. Es ist unbestreitbar, daß politisch Verfolgte ein Recht auf Asyl haben - dieses Recht ist aber ein individuelles und kein Gruppenrecht. Eine politische Verfolgung verleiht dem Antragsteller zudem keinen Dauerstatus, ist also keine Einwanderung. Denn das Asylrecht berechtigt nur zu einem zeitlich begrenzten Aufenthalt. Zuwanderung ist chaotisch.

Einwanderung erfolgt dagegen erstens nach Bedarf der Aufnahmegesellschaft und zweitens mit dem Ziel, die eingewanderte Person auf Dauer zum individuellen Mitglied des Gemeinwesens zu machen. Ein Bürger-Status als Citoyen muß durch Arbeit erworben werden und kann nicht geschenkt werden, so wie Gesinnungsethiker dies tun, wenn sie Flüchtlinge, die nicht einmal die Landessprache sprechen, zu "neuen Bürgern" hochstufen.

**PAZ:** Zurzeit versucht die EU nach dem Muster des Türkei-Flüchtlingsdeals einen solchen auch mit Libyen zu machen. Was halten Sie davon?

**Tibi:** Neben der inzwischen einigermaßen geregelten Balkanroute ist die Mittelmeerroute von Libyen aus heute der zentralste Weg für Millionen Armutsflüchtlinge aus Afrika nach Europa. Diese Mittelmeerroute kann man nur in den Griff bekommen, wenn die staatliche Ordnung in Libyen wiederhergestellt ist. Aber kein EU-Politiker hat darauf eine Antwort. Libyen ist nur noch ein nomineller Staat und es gibt dort keine staatlich funktionierende Ordnung mehr. Es gibt nicht einmal ein libysches Volk, wie es etwa ein syrisches oder ägyptisches gibt.

Zirka 125 schwer bewaffnete islamistische oder afrikanische Milizen kontrollieren das Land und die Fluchtrouten. Die Milizen lassen sich von außen nicht entwaffnen, das heißt USA oder EU können den intern bedingten Staatszerfall nicht beseitigen. Statt ihre Grenzen zu schützen, betreibt die EU mit Frontex-Schiffen nicht nur Seerettung im Mittelmeer, sondern dient dem Transport der Geretteten nach Europa.

Die EU-Frontex-Schiffe sind so zu einem "kostenlosen Taxi-Unternehmen" geworden, das den Schleusern Beihilfe zu ihrer Arbeit leistet. Europa hat nicht nur kein Konzept zum Umgang mit dieser illegalen Migration von Armutsflüchtlingen, die EU bietet auch der organisierten Kriminalität von Islamisten und afrikanischen Kriminellen, in deren Rahmen das Schmuggelgeschäft mit den Flüchtlingen lukrativ betrieben wird, ihre Beihilfe an.

**PAZ:** Halten Sie eine Obergrenze für Zuwanderer für sinnvoll?

**Tibi:** Innerhalb der Union gibt es den Konflikt um die Zahl der Zuwanderung zwischen Bundeskanzlerin Merkel und CSU-Chef Seehofer. Seehofer möchte eine Begrenzung der Zuwanderung auf 200.000 und Angela Merkel behauptet, daß im Grundgesetz keine Zahlen stehen. Dieser Konflikt ist lächerlich, in keiner Verfassung stehen Zahlen oder Prozente, aber kein Staat auf der Erde kann unbegrenzt Fremde aufnehmen.

Die Grenze ist die Integrierbarkeit der Zuwanderer, niemand wird behaupten, auch von Merkel hört man "Wir schaffen das" nicht mehr, daß Deutschland diese Massen, die es aufgenommen hat und verwaltet, sinnvoll integrieren kann. Das Schlimme ist nicht, Millionen Menschen unvorbereitet aufzunehmen, sondern ihnen außer Unterbringung, Alimentierung und Sprachkursen nichts anzubieten. Eine Integration in eine Bürgeridentität findet nicht statt.

**PAZ:** Wie ist die Lage in Ihrer Heimat Syrien?

**Tibi:** Als ich Syrien 1962 verlassen habe, hatte das Land dreieinhalb Millionen Einwohner, heute sind es über 30 Millionen, zwölf Million davon sind auf der Flucht, die meisten im ei-

genen Lande. Ich bin selbst Syrer und Humanist. Weltweit gab es im letzten Jahr 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Verpflichtung, Menschen zu helfen, hat Grenzen. Politik und Moral sind auseinanderzuhalten. Ich war im letzten Jahr in Ägypten und habe dort mit Bettlern gesprochen. Diese wußten von der Einladungskultur Deutschlands. Diese Menschen sind nicht verfolgt und sie verhungern nicht, aber dennoch will die Hälfte von ihnen weg, am liebsten nach Deutschland.

Auch im Senegal habe ich gearbeitet, dort will auch die Hälfte der Menschen nach Europa gehen. Diese Armutsflüchtlinge aufzunehmen hat mit Humanität nichts zu tun. Islamisten, die in ihren eigenen islamischen Ländern verfolgt werden, sollte kein Asylrecht in Deutschland gewährt werden. Sie sind ein Risiko nicht nur für ihre Herkunftsländer, sondern auch für uns. Man muß klar sagen, daß Sicherheitspolitik der humanitären Politik gleichrangig sein muß, wenn der Rechtsstaat keine Selbstverleugnung betreiben will. Europa würde bei der Aufnahme von 65 Million Flüchtlingen aus Nahost und Afrika nicht mehr als zivilisatorische Entität existieren. Diese Tatsache muß man frei aussprechen dürfen.

**PAZ:** Sie gelten auch als der Schöpfer des Begriffes der "Leitkultur", was verstehen Sie darunter?

**Tibi:** Als ein Mensch nichteuropäischer Herkunft sehe ich europäische Identität deshalb positiv, weil sie einen inklusiven Rahmen bietet, der eine Verbindung zwischen den ethnischen Einheimischen und den Neuankömmlingen in einer Wertegemeinschaft ermöglicht. Ich nenne diesen Rahmen Europäische Leitkultur; eine Option, die nicht nur Islamisten, sondern auch Linksgrüne vehement ablehnen.

Nicht nur Flüchtlinge und Islamismus bedeuten eine Gefahr. Eine große Gefahr für Europa stammt aus dem Inneren dieses Kontinents selbst, nämlich aus dem postmodernen, kulturrelativistischen Nihilismus, der jeden Wertebezug als Rahmen für Identität verleugnet. Dieser Verlust an Identität betrifft vor allem Laizität und säkulare Demokratie. Viele Zuwanderer bringen eine Weltanschauung mit, die beides verleugnet. Wenn Deutschland seine eigene Identität und ein vorhandenes Gemeinwesen verleugnet, dann ist die Folge zwangsläufig eine Unfähigkeit zur Integration. Zuwanderer, die sich ausgegrenzt fühlen, werden eine Identitätsalternative suchen und diese wird oft der Scharia-Kopftuch-Islam sein.

**PAZ:** Wieso kommt es zu dieser seltsamen Allianz von Linksgrünen und Islamisten?

**Tibi:** Die nihilistischen Linksgrünen sind ein Bündnis mit den Diaspora-Islamisten eingegangen, die zwar Zuflucht in Europa suchen und finden, zugleich aber den Kontinent islamisieren wollen. Es mag seltsam erscheinen, wie linksgrüne Kulturnihilisten mit Islamisten, die ja eigentlich religiöse Absolutisten sind, ein Bündnis eingehen können. Zum Bestand der europäischen Identität und seiner kulturübergreifenden Leitkultur gehören säkulare Demokratie, Laizität und Bürgerschaft als wesentliche Säulen des Gemeinwesens. Wenn man diese Idee von Europa abweist, bleibt nichts übrig.

Die Linksgrünen mißbrauchen die Flüchtlinge als Ersatzproletariat, um mit ihnen Politik zu machen. Die heutige linksgrüne Ablehnung Europas ist nicht neu; die Abweisung der westlichen Zivilisation als ein Herrschaftszentrum mit all den Übeln von Kolonialismus und Faschismus reicht weit zurück, das weiß ich als ein alter Linker der 1960er Jahre. Max Horkheimer, mein Lehrer in Frankfurt, der als Jude die NS-Zeit in den USA überlebt hatte, hat uns trotz aller Übel, die von Europa ausgingen, klar die positiven Seiten der europäisch-westlichen Werte aufgezeigt, die universell galten und von den alten Linken vertreten wurden, zu denen auch ich gehörte.

Heutige Linksgrüne sind hingegen auch wertemäßig antieuropäisch und antiwestlich eingestellt. Westliche Werte werden synonym mit weißer Hautfarbe gleichgesetzt, so daß deren Verteidigung als "Rassismus" gilt. Die aus der islamischen Zuwanderung notwendig entstehenden "unversöhnlichen Parallelgesellschaften" sind für die Linken ein Segen, den sie als

Multikulturalismus bezeichnen. Der linksgrüne Diskurs dominiert die öffentliche Meinung in Europa. Wer nicht mitmacht, wird in die rechtspopulistische Schmutzdecke gestellt.

Als muslimischer Migrant fällt es mir schwer, diesen europäischen Selbsthaß nachzuvollziehen. Max Horkheimer forderte uns damals auf, die westlich-europäische freie Welt als "Insel der Freiheit in einem Ozean der Gewaltherrschaft" zu verteidigen, und zwar nicht nur gegen den Faschismus Hitler'scher Prägung, sondern auch gegen den linken Totalitarismus Stalin'scher und Lenin'scher Provenienz.

Ich bin dem Vermächtnis Max Horkheimers treu geblieben. Zu diesen bekannten Feinden Europas kommt heute aber noch ein dritter Feind hinzu: der Islamismus. Wer, wie ich, vor dem totalitären Islamismus warnt, wird von Linksgrünen mit den Vorwürfen "Rassismus" und "Islamophobie" eingedeckt. Ich weiß nicht, ob Europa die linksgrüne Selbstverleugnung überleben wird, ich hoffe aber, daß ich die Islamisierung Europas nicht mehr erlebe.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):

### >>**Schluß mit Muhammad!**

China verbietet muslimische Namen in Unruheprovinz Xinjiang

Die chinesischen Behörden haben eine Liste mit zwei Dutzend muslimischen Vornamen mit einer separatistischen und extremistischen Nebenbedeutung aufgestellt, die ab sofort nicht mehr vergeben werden dürfen. Darunter sind Namen wie Muhammad, Arafat und Dschihad, aber auch Islam, Koran, Mekka, Imam, Saddam, Haddsch und Medina gehören dazu. Grund ist der Kampf gegen Extremismus. Betroffen sind vor allem Einwohner des westlichen Gebietes Xinjiang, in dem überwiegend Muslime leben, und wo es in der Vergangenheit vermehrt zu terroristischen Übergriffen gekommen war.

Namen sind im Orient immer von religiöser Bedeutung. Wer zum Islam übertreten will, benötigt einen neuen islamischen Namen. Das Verbot der am meisten bekannten muslimischen Namen soll den "religiösen Eifer" in der Unruheprovinz bremsen. China hatte in den vergangenen Monaten bereits mehrere Erlasse gegen die muslimische Minderheit umgesetzt:

So dürfen Frauen, die einen Gesichtsschleier tragen, keine Bahnhöfe und Flughäfen mehr betreten. Männer mit langen Bärten dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen. Selbst religiöse Beerdigungs- und Hochzeitszeremonien und Hinweise auf muslimische Symbole wie Stern oder Halbmond sind den Uiguren von der Kommunistischen Partei verboten worden.

"Menschen mit verbotenen muslimischen Namen werden in Zukunft keine Anmeldung mehr am Wohnsitz bekommen", sagte ein Polizeibeamter. Kinder ohne Anmeldung bekommen keinen Zugang zur Ausbildung, zum Gesundheits- und Sozialschutz, so der Beamte. In Xinjiang leben mehrheitlich turksprachige Uiguren (60 Prozent) und nur 40 Prozent ethnische Chinesen. Viele Uiguren und Menschenrechtsorganisationen klagen über staatliche Unterdrückung. Andererseits galt für die Uiguren das "Ein Kind Gesetz" lange Zeit nicht.

In Xinjiang kämpfen islamistische Radikale für den unabhängigen Staat "Östliches Turkestan". Seit 1990 starben Hunderte Menschen bei terroristischen Anschlägen wegen Xinjians Konfrontation mit Peking. Der schlimmste Anschlag fand vor zwei Jahren in einem buddhistischen Schrein in Bangkok in Thailand statt.

Die chinesische Regierung betrachtet Xinjiang als eine Brutstätte des islamischen Extremismus, der Gewalt und separatistischer Bestrebungen. Zugewanderte Chinesen aus dem Kernland, die sich auch äußerlich stark von den Uiguren unterscheiden, pflegen zudem einen ausgeprägten Rassismus. Viele Uiguren machen die staatlichen Beschränkungen der Religion und der Meinungsfreiheit für die Spannungen in der Region verantwortlich.

Die Regierung hat in Gesetzen 15 religiöse Verhaltensweisen aufgelistet, die angeblich die säkulare Ordnung stören. Eltern werden verpflichtet, ihre Kinder künftig an staatlichen Schulen anzumelden, islamische Schulen sind nicht mehr erlaubt. Und Zugang zu den Moscheen

erhalten Muslime erst ab dem 18. Lebensjahr.

Die durch Terror gekennzeichnete weltweite islamische Wiedergeburt hat längst auch das größte Land der Erde erfaßt. Die kommunistische Partei versucht jedoch, das Übel des Terrors mit den Methoden der Kulturrevolution auszumerzen. Ob das gut geht, darf bezweifelt werden. Der IS, der längst auch in China seine Netze hat, hat bereits angekündigt, daß in "China bald ein Blutstrom strömen wird".<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. Juni 2017: >>**Der Gefahr ins Auge sehen**

*von Hans-Jürgen Irmer*

In Deutschland hat nie eine Diskussion darüber stattgefunden, daß wir von Menschen, die aus vielen Gründen nach Deutschland kommen, erwarten müssen, daß sie sich an deutsche Gesetze, Normen und Werte halten, die aus der Aufklärung herrühren und konstitutiv für unser friedliches Zusammenleben sind. Als Friedrich Merz vor 17 Jahren von der Notwendigkeit der Leitkultur sprach, hagelte es Kritik aus der Welt der "Political Correctness".

Während andere Länder klar definieren, was sie von Zuwanderern verlangen - Sprachbeherrschung, Gesetzestreue, Integrationsbereitschaft (wem das zu beschwerlich ist, hat jederzeit das Recht, wieder zu gehen) -, haben wir in Deutschland aus falsch verstandener Toleranz nicht diesen notwendigen Mut besessen, sondern der Intoleranz den Weg ebenso geebnet wie der Entwicklung von Parallelgesellschaften, No-go-Areas, und der Segregation Vorschub geleistet.

### **Zeichen gelungener Integration?**

Ist es Integration, wenn in Neuss in einem Bad nur noch Hühnchen und keine Bockwurst mehr angeboten wird, wenn in Kassel in einem Kindergarten keine Weihnachtslieder mehr gesungen werden, wenn in Hannover zweieinhalb Jahre akzeptiert wird, daß eine Schülerin vollverschleiert im Unterricht erscheint, wenn in Berlin eine Lehrerin keine christliche Kreuzkette tragen darf, wenn in Freiburg muslimische Frauen in einem Damenbad keine männlichen Bademeister akzeptieren, wenn in Mannheim eine muslimische Pflegerin sich weigert, männliche Patienten zu waschen, wenn in Berlin muslimische Eltern gegen einen homosexuellen Erzieher demonstrieren, wenn in Hessen eine Muslima als Rechtsreferendarin sich weigert, vor Gericht das Kopftuch abzulegen?

Gehört es auch zur Integration, eine Teilnahme an Klassenfahrten zu verweigern, gegen Koedukation im Sport- und Schwimmunterricht zu kämpfen, zu versuchen, islamische Kindergärten und Schulen zu errichten, einen islamischen Wohlfahrtsverband aufzubauen, bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht mit einer kritiklosen Verherrlichung Mohammeds einzuführen? Gehören erste muslimische Listen bei Kommunalwahlen dazu, Zuckerfest statt Weihnachtsfest?

### **Islamisierung fester Bestandteil des Islam**

Einzelfälle? Nein! Nur ein kleiner Auszug aus der Lebenswirklichkeit. Rund sechzig Prozent der Deutschen haben Sorge wegen einer zunehmenden Islamisierung. Zu Recht: 1970 lebten etwa 300.000 Muslime in Deutschland, im Jahr 2000 ca. drei Millionen, heute etwa sechs bis sieben Millionen. Und im Jahre 2025 und 2040?

Der Islamwissenschaftler Bassam Tibi weist darauf hin, daß die Islamisierung der Welt ein fester Bestandteil islamischer Weltanschauung ist. Was machen unsere christlichen Volkskirchen? Bischof Reinhard Marx und der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm verzichten bei einem Besuch auf dem Tempelberg mit einem muslimischen Scheich auf das Tragen ihrer Amtskreuze. Ein fatales Signal.

### **Ziel ist die Weltherrschaft**

Was macht parteiübergreifend die Politik in Deutschland? Sie denkt von Wahltermin zu Wahltermin und befaßt sich nicht vertiefend mit dem Problem einer Religion, die als Ziel die

Weltherrschaft hat. Der Islamrat für Europa hat 1980 in London beschlossen: "Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."

In der Kairoer Erklärung der Menschenrechte von 1990 haben 45 islamische Staaten darauf verwiesen, daß die Menschenrechte immer unter dem Vorbehalt der islamischen Rechtsordnung der Scharia stehen, denn diese sei Allahs Gebot und damit bindend - und nicht der von Menschenhand formulierte Grundsatz der UN-Menschenrechtskonvention.

### **Koran unvereinbar mit dem Grundgesetz**

Wann fordert der Westen die islamischen Staaten auf, sich von diesen Beschlüssen zu distanzieren? Warum fordert die europäische Staatengemeinschaft nicht täglich, die Verfolgung der Christen in praktisch allen islamischen Staaten endlich zu beenden? Wann demonstrieren die Muslime hier lautstark gegen islamistische Terroranschläge, so wie es geschieht, wenn es um Proteste gegen harmlose Mohammed-Karikaturen geht?

Wann endlich gibt es die Aufklärung im Islam, die klarstellen muß, daß die rund 200 Stellen im Koran, die zum Kampf gegen die "Ungläubigen" und deren Vernichtung aufrufen, nur im Kontext der damaligen Zeit zu sehen sind und heute keine Bedeutung mehr haben?

Solange dies nicht geschieht, muß man den Koran als unvereinbar mit dem Grundgesetz bezeichnen. Die Wahrscheinlichkeit eines aufgeklärten Reformislams ist allerdings gering, wenn man weiß, was der türkische Präsident Erdogan diesbezüglich gesagt hat:

"Es gibt keinen moderaten oder nichtmoderaten Islam. Islam ist Islam und damit hat es sich."

Oder der ehemalige Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Bardakoglu:

"Es steht außerhalb jeder Erörterung, daß das, was im Koran steht, gilt."

### **Minderheit darf keine Mehrheit werden**

Etwas mehr Nachdenklichkeit in Deutschland wäre daher angebracht, zumal wenn man weiß, daß Takija, also die bewußte Täuschung des "Ungläubigen", fester Bestandteil muslimischer Politik ist. Wie antwortete doch der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Nadeem Elyas, auf die Frage, ob der säkulare Rechtsstaat die unumstößliche Grundlage sei? "Ja, solange Muslime in der Minderheit sind."

Damit aus der Minderheit keine Mehrheit wird, dürfen wir unsere eigene Identität ebensowenig aufgeben wie unsere Werte und unsere Leitkultur auf der Basis des Grundgesetzes. Wenn Muslime heute bewußt Islam mit Friedfertigkeit statt Unterdrückung übersetzen, dann wollen wir das gerne glauben, wenn in allen 57 islamischen Staaten Religion und Politik getrennt sind, der Dschihad und die Scharia genauso aufgegeben werden wie der Anspruch auf Vorrherrschaft und religiöse Überlegenheit, wenn es Geschlechtergleichheit und Glaubensfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und freie Wahlen gibt. Aber keinen Moment früher.

*Hans-Jürgen Irmer ist CDU-Abgeordneter im Hessischen Landtag.<<*

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 16. August 2017: >>**Merkels Flüchtlinge!**

Es war das übliche Beschwichtigungsritual: Als Bundesinnenminister Thomas de Maizière, CDU, im Frühjahr die Kriminalstatistik für das Jahr 2016 vorstellte, besänftigten die Berliner Schalmeibläser: Alles nicht so schlimm, die Gesamtzahl der Straftaten von rd. 6,3 Millionen habe sich im Vergleich zum Vorjahr nicht erhöht. Tatsächlich aber dürfte keine Kriminalstatistik so brisant sein wie die aktuelle.

- 100 Prozent mehr Morde
- 130 Prozent mehr Gruppenvergewaltigungen
- 93 Prozent mehr Körperverletzungen

Fakt ist: Die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer stieg 2016 um 52,7 Prozent auf 174.438 Asylbewerber, sogenannte nicht anerkannte Flüchtlinge und Personen mit unerlaubtem Aufenthalt stellten damit 8,6 Prozent aller rund 2 Millionen Tatverdächtigen - 2015: 5,7 Prozent -.

Tendenz stark steigend!

Im Einzelnen: Bei Taschendiebstählen betrug der Zuwanderer-Anteil 35 Prozent, bei Ladendiebstählen waren es 16,8 Prozent aller Tatverdächtigen, bei Raubdelikten 14,3 Prozent, bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung sowie gefährlicher und schwerer Körperverletzung je 14,9 Prozent.

Die wahre Brisanz der Statistik offenbart sich jedoch erst beim Lesen der Deliktzunahmen:

- In der Rubrik "Mord" stieg die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber um 100 Prozent!
- Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung waren 120 Prozent mehr Asylbewerber tatverdächtig!

- Noch extremer der Anstieg beim Delikt "Gruppenvergewaltigung": plus 130 Prozent!

- Gefährliche und schwere Körperverletzung nahmen um 93 Prozent zu.

Vollends deutlich wird die Aussagekraft dieser Zahlen aber erst, wenn man sie unter Berücksichtigung des jeweiligen Bevölkerungsanteils ins Verhältnis zur Zahl der deutschen Tatverdächtigen setzt. Dann ergibt sich folgendes Bild:

- Asylbewerber waren 2016 in Bezug auf die Gesamtkriminalität mehr als 600 Prozent auffälliger als Deutsche. Wobei unter "kriminellen Deutschen" auch solche mit Migrationshintergrund und Doppelpaß erfaßt sind.

- Bei der Gewaltkriminalität waren "Flüchtlinge" sogar 1.400 Prozent auffälliger als Deutsche
- also 14-mal so oft! ...

In dem Bericht heißt es: "Allein schon diese Ergebnisse sprechen für einen Mehrwert der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den deutschen Binnengrenzen". Der Innenminister soll Weisung erteilt haben, den Bericht nicht zu veröffentlichen. Offenbar, weil die Bundesregierung vor der Wahl eine Debatte über neue Grenzkontrollen vermeiden will.

Schmunzelnd zeigt sich Kanzlerin Merkel mit Pustemund und Knautschgesicht auf den CDU-Wahlkampfmotiven. Umhüllt von den Nationalfarben Schwarz, Rot und Gold blickt die Kanzlerin auf ihrer zentralen Broschüre versonnen nach links unten, in Richtung des CDU-Mottos: "Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben". Die Botschaft der 20 Millionen Euro teuren Kampagne: "Weiter so!"<<

Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schrieb am 16. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Verfolgung von Christen und Andersgläubigen - auch in Deutschland

Seit vielen Jahren sehe ich mit großer Sorge die zunehmende Verfolgung von Christen und anderen religiösen Minderheiten. Mittlerweile beziffert die Hilfsorganisation "Open Doors" die Anzahl der Christen unter Verfolgungsdruck auf weltweit 200 Millionen Menschen. Die Anzahl hat sich in den vergangenen Jahren verdoppelt.

Der Zustand der Religionsfreiheit gilt als ein deutlicher Indikator für die allgemeine Menschenrechtsslage in einem Staat. Wo es Religionsfreiheit gibt, sind in der Regel auch andere zentrale Freiheitsrechte weniger in Gefahr. Jedoch werden viele Christen und zahlreiche weitere religiöse Minderheiten wie die Jeziden und die Bahai, die Tibeter in China und auch Muslime in Indien systematisch diskriminiert, verfolgt und ermordet. Die Anzahl der Christen ist jedoch weltweit besonders häufig von Unterdrückung und Verfolgung betroffen.

Der Weltverfolgungsindex zeigt, daß es insbesondere in muslimischen Ländern zur systematischen Unterdrückung, Diskriminierung und Verfolgung kommt.

Woher resultiert die enorme Gewalt gegen Christen in muslimischen Ländern und die Einschränkung der Glaubensfreiheit? Beides resultiert aus dem islamischen Recht, der Scharia. Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam als Willenserklärung der Mitgliedsstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz stellt alle ihre Artikel, auch den zur Glaubensfreiheit, unter den Vorbehalt der Scharia.



In dieser steht die Apostasie, damit ist der Abfall vom Islam gemeint, unter Todesstrafe. Die Praktizierung des eigenen Glaubens - außer dem Islam - sei es privat oder im öffentlichen Bereich, ist verboten. Bereits geäußerte Kritik am Islam kann dazu führen, daß man verhaftet oder gar getötet wird. Die Verfolgung ist spürbar, wenn Christen ihren Glauben praktizieren, wenn sie sich nicht den religiösen muslimischen Ritualen wie dem Fasten des Ramadan unterwerfen.

Der Bau von Kirchen ist vielerorts beinahe unmöglich, es kommt vielmehr zu Enteignungen und Zerstörung jahrhundertealter Heiligtümer.

Christliche Geistliche schweben in Lebensgefahr, wenn sie als solche durch ihre Kleidung erkennbar sind. Predigten dürfen nur an bestimmten Tagen abgehalten werden.

Für Deutschland müssen wir darüber hinaus mit großer Sorge erkennen, daß als Folge der großen Migrationsbewegungen global beobachtete Defizite religiöser Toleranz inzwischen auch verstärkt bei uns spürbar sind. So sind vor allem in den letzten Jahren Menschen aus Gesellschaften nach Europa und Deutschland gekommen, in denen sie ohne religiöse Toleranz aufgewachsen sind.

Wir erleben in Folge die Zunahme antisemitischer Strömungen und unverhohlener Aggressivität gegenüber Christen und Jeziden in deutschen Asylunterkünften. Berichte über Spannungen zwischen verschiedenen religiösen Gruppen, selbst zwischen unterschiedlichen muslimischen Glaubensrichtungen wie Sunniten und Schiiten zeigen uns, daß dieses religiöse Konfliktpotential in Deutschland angekommen ist und uns vor erhebliche Herausforderungen stellt.

Verkennen dürfen wir dabei nicht, daß es auch bei uns in Deutschland islamistische Versuche gibt, Religion als politisches Vehikel zu mißbrauchen, z.B. das Tragen ausgrenzender Kleidung wie Kopftuch, Burka oder Niquab als religiös zu begründen, obwohl religiöse islamische Führer dies als reine traditionelle Kleidung bewerten.

Gerade aufgrund der Entwicklungen, die Christen vielerorts erdulden müssen, müssen wir in Deutschland wachsam sein und Intoleranz zu Lasten unserer Rechts- und Wertvorstellungen nicht nur klar widersprechen, sondern auch konsequent unterbinden. Leider geschieht das fahrlässig nicht.<<

Herbert Ludwig berichtete am 17. August 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die systematische Verharmlosung des Islam (x965/...): >>**Gezielte Verharmlosung des Islam**

Täglich erleben wir, daß der Islam von den politischen Blockparteien des Bundestages und ihren willfährigen Propagandamedien verharmlost wird. Er wird als eine Religion wie jede andere dargestellt, ähnlich gelagert wie das Christentum. Es liege quasi nur an unserer Überzeugungsarbeit, daß alle Muslime unsere westliche Gesellschafts- und Lebensform übernehmen. Bis zu 4,7 Millionen sollen gegenwärtig in Deutschland leben, so daß es für die Frau mit dem angeblich weltweiten Herzen, die die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt, offenkundig ist, *"daß der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört."*

Die Kanzlerin, schrieb der Münchner Merkur, *"verwies vor Vertretern verschiedener Glaubensrichtungen auf die weltweiten Gewalttaten im Namen einer Religion - zu oft leider im Namen des Islams. Doch jede Ausgrenzung von Muslimen in Deutschland, jeder Generalverdacht verbiete sich, sagte Merkel. Die allermeisten Muslime seien rechtschaffene und verfassungstreue Bürgerinnen und Bürger."* Also alles bestens.

Der altgediente Dukaten-Schäuble, auch von der CDU, der vor einem Jahr die Deutschen vor Abschottung gewarnt hatte, da diese das sei, *"was uns kaputt machen würde, was uns in Inzucht degenerieren ließe,"* denn für uns seien *"Muslime in Deutschland eine Bereicherung unserer Offenheit und unserer Vielfalt"*, setzte vor kurzem erneut noch eins drauf. Er sieht das Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland als Chance für die Bundesrepublik. *"Wir kön-*

nen von ihnen auch lernen", sagte er im Deutschlandfunk. Im Islam würden *"sehr viele menschliche Werte sehr stark verwirklicht"*.

Damit meine er *"auch die Toleranz"*. Die Aussage, der Islam sei *"ein Teil Deutschlands geworden"*, sei *"eine nüchterne Sachverhaltsfeststellung"*. *"Wer sie bestreitet, bestreitet die Wirklichkeit und ist deswegen kein tauglicher Politiker"*, sagte Schäuble.

Wie man sieht, arbeitet er mit dem Schüren von absurder Angst, mit Täuschung und Verdrehung - ein echter Demagoge. Ob der Islam zu Deutschland gehört oder durch die dem Volk aufgezwungene Einwanderung faktisch ein Teil Deutschlands geworden ist, das ist ein großer Unterschied.

Die SPD stellt in seltsamer Realitätsferne fest: *"'Den politischen Islam' gibt es nicht. Was es gibt, sind Parteien, die sich auf den Islam berufen. Dazu zählen beispielsweise Ableger der sunnitischen Muslimbruderschaft oder die Schiiten-Parteien im Irak. Einige dieser Parteien messen religiösen Grundsätzen einen höheren Wert zu als individuellen Freiheitsrechten. Die meisten von ihnen befürworten demokratische Prinzipien. ... Der Islam ist eine Religion wie das Judentum oder das Christentum und kann wie jede Religion politisch instrumentalisiert werden."*

### **Das Grundmuster des Islam**

Gehen wir den Dingen auf den Grund. Fundamentale Lehre des Islam ist, wie auch der renommierte Islamwissenschaftler Tilman Nagel darlegt, daß alles, was existiert und was in jedem Augenblick geschieht, unmittelbar durch Allah geschaffen wird.

Das bedeutet: *"Jeder Mensch wird durch Allah im Mutterleib gebildet und kommt folglich als Muslim zur Welt. Nur negative Einflüsse bewirken, daß ein Neugeborenes später zu einem Juden, Christen oder gar zu einem Atheisten wird."*

Allah hat dem Satan gestattet, die Menschen zum Ungehorsam zu verführen, so daß viele in Widerspruch zur Daseinsordnung Allahs geraten. *"Tut der Mensch einen Schritt, dann nicht dank seiner eigenen körperlichen Beschaffenheit, seiner eigenen Kraft und seinem eigenen Entschluß, sondern allein deshalb, weil Allah in eben diesem Augenblick in ihm alle Voraussetzungen für diesen Schritt schafft; nur dem äußeren Anschein nach ist der Mensch der Akteur."*

Neben Allah gibt es keine unabhängig wirkende Macht. Alles, was im Diesseits erscheint, ist in jedem Augenblick unmittelbar von Allah abhängig und wird durch ihn genau so und nicht anders festgelegt.

Daher besteht eine tiefe, unüberbrückbare Kluft zwischen dem allmächtigen Allah und seinen total von ihm abhängigen Kreaturen, die sich ihm unverwandt verehrend und anbetend hinzugeben haben. Dies kommt in dem arabischen Wort "Islam" zum Ausdruck, das ein Verbalsubstantiv zu dem arabischen Verb *aslama ist* und wörtlich das "Sich-Ergeben" (in den Willen Gottes), "Sich-Unterwerfen" (unter Gott), "Sich-Hingeben" oder "Sich-Preisgeben" (an Gott) bedeutet.

Indem der Muslim bekennt: "Es gibt keinen Gott außer Allah", bezeugt er, daß es keine eigenständige Kraft neben Allah gibt und vermeidet streng jegliche "Beigesellung". Diese sei die schlimmste Verfehlung, die der Mensch begehen kann.

Der Mensch ist in das überwältigende Kraftfeld Allahs eingegliedert, aus dem er sich nicht lösen kann, wenn er nicht zugrunde gehen soll. Der Wille Allahs ist ihm unausweichliches Gesetz, demgegenüber dem Menschen keine Selbständigkeit und Freiheit zukommen. Allah hat keinen Sohn, der als Vermittler die Kluft zum Vater überbrücken könnte. Er thront alleine in ferner Transzendenz und erwartet absolute Unterwerfung, unbedingten Gehorsam von seinen Geschöpfen, denen sein Tun unerforschlich ist.

Daher heißt es in der 19. Sure: *"Keiner in den Himmeln und auf Erden darf sich dem Erbarmer anders nahen denn als Sklave."* Und auf die wahren Gläubigen wird mit den Worten hin-

gewiesen: *"Du siehst sie sich verneigen und niederwerfen, Huld begehrend von Allah und Wohlgefallen. Ihre Merkzeichen auf ihren Angesichtern (der Staub) sind die Spur der Niederwerfung"* (Sure 48). Allah gegenüber gibt es nur Sklaven, die sich vor ihm niederwerfen. Der einsam im Jenseits Thronende schaut nur auf die Rücken seiner im irdischen Staub liegenden untertänigen Geschöpfe und Befehlsempfänger herab.

### **Die totale Daseinsordnung**

Da in der Welt alles nach Allahs Willen abläuft und auch das menschliche Dasein vollkommen durch Allah bestimmt ist, gibt es für den Muslim keine Grenze zwischen Religion und Gesellschaft, zwischen sakralen Handlungen und profanem Alltag. Es kann für ihn nur eine alle Regungen des Menschen umfassende einheitliche Daseinsordnung geben, in der sich Allahs Wille manifestiert. Die Einzelheiten können im Koran, der unmittelbaren Rede Allahs, die er durch seinen auserwählten Gesandten Mohammed der Menschheit übermittelt, nachgelesen und sowohl daraus, als auch aus dem Hadith, den Überlieferungen vom göttlich inspirierten Reden und Handeln Mohammeds, abgeleitet werden.

*"Das Resultat ist die Scharia - der nach islamischer Vorstellung immer und ausnahmslos alles zu unterwerfen ist: die Herrschaft und das Gemeinwesen, die Gesellschaft sowie das Denken, Reden und Tun des Einzelnen. Schließlich unterliegt das gesamte Diesseits sowieso dem fortwährenden Bestimmen und Schaffen Allahs. Der Geltungsbereich der Scharia wird entsprechend als unbegrenzt aufgefaßt."*

Die Scharia, das islamische (göttliche) Recht, will erreichen, *"daß die religiösen Verpflichtungen des Einzelnen gegenüber Gott erfüllt werden und alle Beziehungen des Einzelnen zu seinen Mitmenschen - Vermögensrecht, Familien- und Erbrecht, Strafrecht unter anderem - stets diesem Gesetz entsprechen. ... Der Mensch hat das islamische Recht mit seinen Bestimmungen und Widersprüchen kritiklos zu akzeptieren. Das Forschen nach der Bedeutung und inneren Logik der göttlichen Gesetze ist nur zulässig, soweit Gott selbst den Weg dazu weist. Somit ist die religiöse Wertung aller Lebensverhältnisse die Grundtendenz der Scharia."*

Daraus ergibt sich zwingend, daß es für den Islam grundsätzlich keine von Menschen gemachte Rechts- und Gesellschaftsordnung geben kann, die mit dem göttlichen Recht der Scharia nicht in völligem Einklang steht. Es kann für ihn kein von Menschen gemachtes Recht geben. Das wäre Empörung gegen Allah und größte Ketzerei.

Dabei ist der in der FAZ z.B. geschilderte Streit darüber, ob die Demokratie mit dem Islam vereinbar ist, ein Scheingefecht. Demokratie wird dort formal als ein Verfahren kollektiver Willensbildung behandelt, das ja auch im Quasi-Gottesstaat des Iran z.B. angewandt wird. Entscheidend für den Islam ist es, daß die Beschlüsse mit der Scharia übereinstimmen, daß sie Ausführung des göttlichen Willens sind.

Der Islam ist daher von seinen Fundamenten her eine durch und durch politische Religion, die auf die totale Gestaltung auch der weltlichen Lebensbereiche Anspruch erhebt. Wenn daher die SPD behauptet, es gebe keinen politischen Islam, er werde nur, wie das mit jeder Religion möglich sei, politisch instrumentalisiert, ist das entweder disqualifizierende Unkenntnis oder bewußte Lüge und Täuschung der Bevölkerung.

Entscheidend für Europa ist demgegenüber, daß die demokratischen Verfahren auf der freien, aus eigener Erkenntnis sich selbst bestimmenden Individualität beruhen. Das Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen kennzeichnet die gesamte europäische Entwicklung, durchpulst die Kultur Europas. Und auf diese Entwicklung hat das Christentum maßgeblichen Einfluß gehabt.

In der göttlichen Trinität des Christentums steht im Gegensatz zum Islam der "Sohn" dem "Vater" als ein eigenes, freies Wesen gegenüber, das weiß, was dieser will und tut und mit dem es in der Erkenntnis verbunden ist. *"Denn der Vater hat den Sohn zum Freunde und zeigt ihm alles, was er selber tut", sagt Christus nach Joh. 5, 20.*

Entsprechend will Christus das Verhältnis der Menschen zu ihm gestalten. *"Ich nenne euch nicht mehr Knechte (Sklaven); denn der Knecht weiß nicht, was sein Herr tut. Euch habe ich Freunde genannt; denn alles, was ich von meinem Vater gehört habe, das habe ich euch zu erkennen gegeben"* (Joh. 15, 15). *"Und ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen"* (Joh. 8, 32).

Freiheit bedeutet auch Freiheit und Unabhängigkeit von Gott. Die moralischen Gebote Gottes sind nach christlicher Auffassung nicht zwingend. Ob der Mensch in der göttlichen Ordnung leben will oder nicht, ist seiner Einsicht und freien Entscheidung anheim gegeben. Daher erhebt Christus auch nicht den Anspruch, daß die göttlichen Gesetze unmittelbare Gültigkeit für das gesellschaftliche und staatliche Leben haben, denn das würde die Freiheit des Menschen aufheben. Das irdische Recht ist menschliches Recht, und ob göttliche Moralität in dieses einfließt, ist in die Freiheit des Menschen gestellt. In der gesellschaftlichen Gestaltung gehören deshalb Staat und Religion getrennten Lebensbereichen an.

Zwischen dem völlig unfrei der religiösen Totalität der islamischen Lebensgestaltung hingebenen Muslim und dem nach Freiheit strebenden Menschen Europas besteht der denkbar größte Gegensatz. Wie soll der Islam zu Deutschland gehören? Es wird offensichtlich alles getan, diesen fundamentalen Gegensatz zu vertuschen.

### **Reformversuche des Islam**

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts drängte sich der islamischen Welt immer mehr auf, daß die europäische Zivilisation der eigenen überlegen war. Und man mußte sich fragen, wie die Deutungshoheit der Scharia-Gelehrten, ja der Islam selbst vor einer Kultur bestehen konnten, in der Welt und Gott klar getrennt sind und aus der eine alles Leben verändernde Naturwissenschaft und Technik hervorging. Doch alle Überlegungen führten praktisch zu nichts, da für eine islamische Aufklärung und Säkularisierung prinzipiell keine Möglichkeit besteht.

Denn wie dargelegt, *"gehört es zu den Grundlagen des Islams, daß Allah niemals ruht, und das 'Reich Gottes', das die christliche Tradition erst am Ende der Zeit erwarte, existiere bereits: Es ist das fortwährend durch Allah geschaffen werdende Diesseits. Einen von Menschen in eigener Verantwortung zu gestaltenden Daseinsbereich gibt es nicht."*

Daher gab es im 19. Jahrhundert wieder gegenläufige Bewegungen, *"die die Kernbotschaft des Islam von allen Trübungen befreien sollten. 'Es gibt keinen Gott außer Allah' - insbesondere dieser Satz sollte nicht mehr beeinträchtigt werden durch die 'Beigesellungen', die ... um sich gegriffen hätten."*

Dies sah man besonders in den komplizierten Verfahren der Scharia-Gelehrten, mit denen diese die Scharia-Normen herleiteten. Man müsse sich wieder streng an den Koran und den Hadith halten, wurde gefordert.

Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann erst so recht die intellektuelle Auseinandersetzung mit Europa, wie Tilman Nagel weiter schildert, *"und nun wurden diese Reformideen wieder aktuell."*

Einer ihrer wichtigsten Vertreter war der Ägypter Muhammad Abduh (1849-1905), der von 1899-1905 das Amt des einflußreichen Großmufti von Ägypten bekleidete. Er verarbeitete die Reformideen zu einem Gedankengebäude, *"das bis heute die politisch-religiösen Machtansprüche des Islam prägt."*

Er stellte den Islam *"als eine rationale Religion dar, die zu modernen Entwicklungen wie Wissenschaften und Technik keinesfalls im Widerspruch stehen müsse. ..."* Der Islam sei *"kein Hindernis für moderne Entwicklung, Technologie und Wissenschaft. Abduh war davon überzeugt, daß der Islam sogar die besten Voraussetzungen für Modernität besäße - Traditionalisten und Orthodoxie, vor allem in der konservativen al-Azhar-Universität, vermittelten seiner Auffassung nach eine veraltete und teilweise falsche Version des Islam."*

Da der Islam die Daseinsordnung des Verstandes sei und nur der Verstand nach Allahs Willen

den Menschen zum Menschen mache, sei er die Religion, die für die gereifte Menschheit bestimmt sei. Andere Religionen wie das Christentum paßten lediglich zu vorausgehenden Entwicklungsstadien.

Dies scheine nur in der Moderne noch anders zu sein, da der Islam, so Muhammad Abduh, über Jahrhunderte wie ein Arzt gehandelt, der die Leiden seiner Patienten, z.B. des Christentums, behandelt und sich dabei angesteckt habe. *"Er habe den Christen im Mittelalter die rationale Naturforschung vermittelt, sei aber mit dem Bazillus der 'Beigesellung' infiziert worden. Er habe Menschen als Mittler zwischen Mensch und Allah akzeptiert."*

*"Ein von solchen Beimengungen befreiter, reformierter Islam ist für Muhammad Abduh nicht nur die Grundlage für einen Wiederaufstieg der islamischen Welt; er sei die Religion und Daseinsordnung für die ganze gereifte Menschheit, eine Daseinsordnung, in der Religionsausübung und Alltagsleben gerade nicht voneinander getrennt sind. Das bedeute, daß der Islam als die künftige Menschheitsreligion die uneingeschränkte Herrschaft der Scharia etablieren müsse, die die weltlichen Gesetze einer freiheitlich-demokratischen Ordnung restlos zu ersetzen habe. ..."*

*Muhammad Abduhs Gedanken wurden stilbildend für die Auseinandersetzungen der Muslime mit der westlichen Zivilisation, aber auch für die Hoffnung auf eine zukunftsfähige Gestaltung islamischer Gesellschaften und Staaten. Bis heute werden diese Vorstellungen vielfältig variiert; sie liegen Strömungen des Islams zugrunde, die man als gemäßigt bzw. liberal charakterisiert, aber auch solchen, die sich den Kampf mit der Waffe auf die Fahnen geschrieben haben."*

Es ging also Muhammad Abduh darum, den Islam mit der modernen Naturwissenschaft und Technik des Westens in Einklang zu bringen, nicht aber für dessen freiheitliche Lebensgestaltung. An diesem Sachverhalt müssen alle Illusionen eines liberalen Euro-Islam und alle Lügen von im Islam vorbildhaft verwirklichter Toleranz zerschellen. Dabei ist die grundsätzlich im Islam verankerte Gewalt gegen die "Ungläubigen" und der daraus legitimierte Terrorismus hier noch nicht einmal ins Auge gefaßt. ... Aus dem vorstehend Geschilderten ergibt sich in klarer Konsequenz, daß alle Muslime, die hier am Islam festhalten, nicht integrierbar sind.

### **Täuschung und Wirklichkeit**

Wenn daher der Bundesinnenminister de Maizière (Spötter sagen "de Misère") kürzlich schwärmte, *"der Islam, wenn er ein aufgeklärter, europäischer und der Demokratie zugewandter Islam ist, ist auch Kitt der Gesellschaft"*, dann ist das eine substanzlose Illusion oder eben arglistige Täuschung derjenigen, "die schon länger hier leben". Und wenn der Dukaten-Schäuble im Islam angeblich vorbildhaft für uns neben vielen menschlichen Werten auch die Toleranz verwirklicht sieht und die Mutter aller Gläubigen behauptet, die allermeisten Muslime seien verfassungstreue Bürger, kann das ebenfalls nur als Verharmlosung und vorsätzliche Täuschung bezeichnet werden.

Eine Ende 2007 erschienene wissenschaftliche Studie über die Muslime in Deutschland, die vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegeben war, kam zu dem Ergebnis, das die Islamwissenschaftlerin Christine Schirmacher so zusammenfaßte:

*46,7 % stimmen "eher" oder "völlig zu", daß 'die Befolgung der Gebote meiner Religion ... für mich wichtiger (ist) als Demokratie', was ungefähr den Ergebnissen früherer Umfragen entspricht, daß rund die Hälfte der muslimischen Bevölkerung in Deutschland den Koran und die Demokratie für unvereinbar hält. 33,6 % befürworten die Todesstrafe."*

Die Studie selbst hält in einem ersten Resümee fest: *"Fundamentale Orientierungen, die eine enge religiöse Bindung, hohe Alltagsrelevanz der Religion, starke Ausrichtung an religiösen Regeln und Ritualen verbinden mit einer Tendenz, Muslime, die dem nicht folgen, auszugrenzen sowie den Islam pauschal auf- und westliche, christlich geprägte Kulturen abzuwerten, zeigen eine enorme Verbreitung. In der (muslimischen) Allgemeinbevölkerung sind etwa 40 %"*

*einem solchen Orientierungsmuster zuzuordnen."*

Auch eine Befragungen türkischstämmiger Einwanderer, der mit über 3 Millionen größten Gruppe der Muslime, über Integration und Religiosität, die das Exzellenzcluster "Religion und Politik" der Universität Münster 2016 vorgelegt hat, kommt zu dem Ergebnis, daß *"der Aussage 'Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe', 47 Prozent der Befragten zustimmen. 50 Prozent bejahen "stark" oder "eher" die Einstellung "Es gibt nur eine wahre Religion". 36 Prozent sind darüber hinaus überzeugt, daß nur der Islam in der Lage ist, die Probleme unserer Zeit zu lösen."*

*"Der Aussage "Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben", stimmen laut der Ennid-Umfrage 32 Prozent der Befragten "stark" oder "eher" zu. Auch wenn vorausgesetzt werde, daß vielen Befragten nähere Kenntnisse der soziokulturellen Bedingungen des siebten Jahrhunderts fehlen: Ein Drittel der türkischen Migranten hegt demnach eine Sehnsucht nach einer archaisch islamisch geprägten Gesellschaft."*

### **Die Strategie der Täuschung**

Es kann also keine Rede davon sein, daß *"die allermeisten Muslime verfassungstreue Bürger"* seien, wenn etwa die Hälfte die Scharia über die deutschen Gesetze, also auch über die Verfassung stellt. Von der anderen Hälfte ist nur ein geringer Teil wirklich voll integriert, aber auch nur dadurch, daß sie sich vom Islam innerlich emanzipiert haben und in die europäische individualistische, freiheitliche Kultur eingetaucht sind. Der größte Teil der anderen Hälfte sind die Lauen, die mit ihrer ererbten Religion still vor sich hinleben, aber z.T. sicher jederzeit für den wahren Islam erwärmt, erhitzt, fanatisiert werden können.

Die meisten Gläubigen haben den Koran und den Hadith kaum oder gar nicht selbst gelesen, sondern deren Inhalte letztlich von den Imamen und Scharia-Gelehrten empfangen. Das religiöse Leben des Islam ist ganz auf Autoritäten gebaut: von Allah, zu Mohammed, zu den Kalifen, Imamen, Schriftgelehrten und den Clan- und Familienoberhäuptern. Natürlich halten die Imame ihre Schäfchen dazu an, sich in der Fremde, solange sie dort in der Minderheit sind, den Gesetzen notgedrungen äußerlich anzupassen. Ein ehemaliger Professor für islamische Geschichte an der Universität Kairo weist eindringlich darauf hin:

*"Sind Muslime wie in Europa (noch) in der Minderheit, ist es Dschihad-Strategie, den Islam als friedlich und harmlos zu präsentieren, um so Türen zu öffnen und politischen Einfluß zu gewinnen. Mohammeds Aussage 'Kampf ist Täuschung' ist in der ganzen islamischen Welt bekannt. ... Der Islam lehrt, daß Lüge, Betrug und Täuschung existentielle Werkzeuge des Dschihad sind, nach dem Grundsatz: 'Der Zweck heiligt die Mittel'.*

*'Gläubige, die sich in einem nichtmuslimischen Land in einer unterlegenen Situation, in der Minderheit befinden, sollen den Leuten des Buches (Juden und Christen) vergeben und geduldig mit ihnen sein, wenn diese Allah oder seinen Propheten auf irgendeine Art beleidigen. Die Gläubigen sollen die Leute des Buches anlügen, um ihr Leben und ihre Religion zu schützen.'* (Ibn Taymiyah 1263-1328) *Ein muslimisches Sprichwort sagt: Wenn du die Hand deines Feindes nicht abhacken kannst, dann küsse sie."*

Vor diesem Hintergrund wird die Rolle islamischer Organisationen wie des "Zentralrats der Muslime in Deutschland", der "Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB)" oder des "Verbandes der Islamischen Kulturzentren" durchsichtig.

Der Islam bietet in der Minderheit nie sein wahres Bild. *"Das Wesen einer Religion und Ideologie wird nicht dort glaubhaft erkennbar, wo sich dieser 'Glaube' in der Minderheit befindet, sondern da, wo diese Glaubensweise das Sagen hat."*

Der Islam ist in 25 Ländern Staatsreligion (Wikipedia). Diese "islamischen Republiken" werden teilweise oder überwiegend nach Prinzipien des Islam regiert, und in der Gesetzgebung findet in Teilen oder als Ganzes die Scharia Anwendung. Es ist weltweit kein islamischer

Staat bekannt, in dem freie, umfassende Religionsausübung für andere Religionen gewährleistet ist. Im Gegenteil: Weltweit werden ca. 100 Millionen Christen ihres Glaubens wegen verfolgt, insbesondere in islamischen Staaten.

Wenn die Grenzen Deutschlands für alle unaufhörlich heranströmenden Immigranten ohne Obergrenze weiter geöffnet bleiben und die Geburtenrate der überwiegend islamischen Immigranten so hoch bleibt, wie sie in ihren Herkunftsländern ist - bei weiterhin niedriger Geburtenrate der Deutschen - werden in absehbarer Zukunft die Muslime die Mehrheit in Deutschland bilden.

Bayerische Politiker prognostizierten 2015 unter dem Eindruck der 1,5 Millionen Eindringlinge bis zum Jahr 2020 unter Einbeziehung des Familiennachzuges sogar rund 20 Millionen Menschen mit muslimischem Hintergrund in der Bundesrepublik. Es geht zwar jetzt etwas langsamer, aber ein Anschwellen des stetigen Zustromes wird bereits wieder erwartet. Immerhin haben bereits 35,9 Prozent aller Kinder unter 5 Jahren in Deutschland Migrationshintergrund.

Es ist ganz klar, daß die Muslime mit wachsendem Anteil an der Gesamtbevölkerung und erst recht in der Mehrheit ganz andere Ansprüche an die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens stellen werden - unter Berufung auf die Demokratie. Unter welchen, gelinde gesagt, Schwierigkeiten die deutsche Minderheit dann zu leben hat, mag sich jeder selber ausmalen. Wer als Politiker solche prognostischen Überlegungen nicht anstellt, handelt unverantwortlich.

Es ist schier ausgeschlossen, daß die Regierung und die großen Parteien mit ihren wissenschaftlichen Apparaten den wahren Islam nicht genau kennen und diese Entwicklung nicht auch voraussehen würden. Alles deutet daher darauf hin, daß sie - man muß es so bezeichnen - mit ungeheurer krimineller Energie die Bevölkerung permanent bewußt täuschen, um Unruhen und Widerstand zu vermeiden.

Sie sind offensichtlich Komplizen der UNO- und EU-Vorgaben, Millionen und Abermillionen asiatischer und afrikanischer Migranten nach Deutschland und Europa mit der Intention einwandern zu lassen, die europäischen Völker und ihre homogenen Staaten zu Gunsten eines angestrebten Weltstaates aufzulösen. Das ist das übergeordnete Ziel, zu dem offenbar auch der Islam seine zersetzende Rolle zu spielen hat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. August 2017: >>**Zwischen Marx und Mohammed**

Von Gastautor *Stefan Allgaier*

Eines ist uns erspart geblieben: Daß gleichzeitig zum linksradikalen Höllensturm während des G20-Gipfels in Hamburg die Schläfer des Islamischen Staates (IS) in anderen Städten zuschlugen. Die Polizei, die aus allen Bundesländern Kräfte an die Elbe abgeordnet hatte, wäre kalt erwischt worden. Die schwarzen Fahnen, die in der Hansestadt geschwenkt wurden, waren die der Anarchisten - nicht die des IS.

Noch trennt ein Graben wesentliche Teile der Revoluzzer von den Dschihadisten. Die theoretische Avantgarde der Krawallanten, die sogenannte Interventionistische Linke, fühlt sich zwar den Terroristen verbunden - aber nicht denen des IS, sondern denen der kurdischen PKK und seines Ablegers YPG in Syrien, die zumindest derzeit an vorderster Front gegen die salafistischen Kopfab-Milizen kämpfen und im Nordwesten des Landes ihren eigenen Protostaat, Rojava genannt, proklamiert haben.

### **Die nützlichen Idioten**

Immerhin gab es im Vorfeld der hanseatischen Feuernächte einen Schnupperkurs für Islamliebhaber: "Im Panoramaraum der Hamburger Katholischen Akademie haben sich am Freitag (30.6.2017) mehr als 100 Jugendliche katholischer, evangelischer und muslimischer Glaubensrichtungen zu einem bemerkenswerten Dialog eingefunden. Eingeladen hatte die christlichen und muslimischen Jugendlichen neben der Schura Hamburg der Fachrat Islamische Stu-

dien, die katholische Akademie, das Zentrum für Mission und Ökumene, die Junge Islam Konferenz und das Jugendforum St. Georg/Borgfelde.

Unter dem Motto "G20: Was tust Du für Deine Welt? - Hamburger Jugend macht's vor!" wurden Inputs gegeben, Diskussionen angeregt und ein Workshop für konkrete Ideen durchgeführt", berichtete das Islam-Portal *dunia.de*.

Der IS hofft jedenfalls auf den Schulterschuß mit den Roten und proklamierte schon 2015 in seiner Kampfschrift "Black Flags from Rome - Armed Gangs & Missiles": "Es ist höchst wahrscheinlich, daß es zu Bündnissen zwischen Muslimen und linken Aktivisten kommen wird. ... Ein Teil wird realisieren, daß ... der bewaffnete Kampf die Alternative ist." Die nützlichen Idioten für diese Strategie finden sich in der hiesigen Friedensbewegung. Im November 2015 organisierten Pax Christi und die Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK in Frankfurt eine Veranstaltung unter dem Titel "Islamischer Staat - vernichten oder diplomatisch anerkennen?".

Kurz nach den mörderischen Anschlägen in Paris mit 130 Toten und dem Abschluß eines russischen Passagierflugzeuges durch den IS empfahl DFG-VK-Bundessprecher Thomas Carl Schwoerer einen Schmusekurs: "Wir müssen mit dem IS verhandeln. Das wird schwierig, aber es wird gehen."

Drei Wochen später, Mitte Dezember 2015, verwüsteten Antifa-Horden die Leipziger Südvorstadt. Selbst Leipzigs OB Burkhard Jung (SPD), der bisher im "Kampf gegen Rechts" die Linksradiakalen als Bündnispartner begrüßt hatte, war über den "offenen Straßenterror" entsetzt. "Diese Gewalt von Anarchisten und sogenannten Autonomen ist schockierend", erklärte der Oberbürgermeister. "Hier waren Kriminelle am Werk, die vor nichts zurückschrecken." Pikant: Eine der Antifa-Demonstrationen fand unter der Überschrift "Nieder mit dem Baath-Regime in Syrien!" statt und bewegte sich damit auf der Linie der Dschihadisten.

Unterstützung für die Mudschaheddin gibt es auch von der linken Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz, die der fundamentalmuslimischen Opposition gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Baschar al-Assad parlamentarischen Flankenschutz gewährt. Ihr Projekt nennt sich Adopt a Revolution und unterhält gute Beziehungen zum Syrischen Nationalrat, der eng mit der Freien Syrischen Armee (FSA) verbunden ist und fortwährend ein militärisches Eingreifen der NATO fordert. Die FSA wiederum gilt im Westen als moderat, hat aber an den Fronten des Bürgerkrieges immer wieder militärisch mit dem IS und dem al-Qaida-Ableger al-Nusra-Front kooperiert.

Das Anbandeln zwischen Islamismus und Linksradiakalismus ist kein neues Phänomen. In den Nachwehen der Roten Armee Fraktion entstand 1992 die linksterroristische Gruppierung Antiiperialistische Zellen (AIZ). Bis 1996 verübten die AIZ neun Brand- und Sprengstoffanschläge, so gegen ein GSG-9-Mitglied (1993, Solingen), die Geschäftsstelle der CDU Düsseldorf (1994), den CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Breuer (1995, Siegen) sowie das Konsulat von Peru (1995, Düsseldorf). Die einzigen bekannten AIZ-Mitglieder Bernhard Falk und Michael Steinau wurden im Februar 1996 verhaftet und später wegen Mordversuchs verurteilt. Die AIZ erfreute sich an der "islamischen Vorstellung von einem einfachen und gerechten Leben".

Zudem empfahl sie die Scharia als kulturelles Erbe für eine Entwicklung einer egalitären Gesellschaft und den Koran als Werk mit "allgemeinen humanistischen und ethisch-moralischen Prinzipien". Während der 13- beziehungsweise 9-jährigen Haft orientierte sich Steinau - so die linke Wochenzeitung Jungle World - am ebenfalls einsitzenden Neonazi Kay Diesner, während sich Falk nach der Haftentlassung 2008 im Raum Dortmund in salafistischen Kreisen herumtrieb und in einem Pamphlet mit Terror gegen die US-Basis Ramstein drohte. Zudem betreut er laut Verfassungsschutz und LKA Islamisten im Knast, wobei der Begriff Gefangenbefreiung gefallen sein soll.



Falk ist kein Einzelfall. Der Dschihadisten-Aussteiger Irfan Peci nennt in einem Beitrag des Bayerischen Rundfunks vom März 2017 weitere Beispiele. So hat der IS-Terrorist und frühere Rapper Denis Cuspert aka Deso Dogg geäußert, daß er früher mit linksradikalen Freiheitsbewegungen sympathisierte. Sein Weggefährte, der österreichische Terrorist Mohamed Mahmud, soll laut Terrorexperte Thomas Schmidinger in der SPÖ-nahen Aktion kritischer Schülerinnen gewesen sein. Über die antiimperialistische Linke und den Antiamerikanismus habe er zum Dschihad gefunden.

Dschihadisten und Linksradikale treffen sich auf halbem Weg in der Kapitalismuskritik. Al-Qaida-Chef Osama Bin Laden soll eifriger Leser des roten Starintellektuellen Noam Chomsky gewesen sein. Und wie Al Gore sorgte sich auch der Saudi um den Klimawandel: "Aber die Verschwendung der Energie ... wird zu Chaos, Schande und Niederlage führen."

Öko ist bei den Gotteskriegerern ohnedies ein Muß. So weist das 2015 erschienene IS-eBook *Hijrah to the Islamic State* die Terroristen an, zum Schutz der Umwelt ein Solarladegerät mit in den heiligen Krieg zu nehmen. Auch in der Militärstrategie gibt es Parallelen zwischen Mudschaheddin und Linksrevolutionären. Der Weggefährte Bin Ladens, Abu Musab al-Suri, bezieht sich in seinem Buch *The Global Islamic Resistance Call* (2005) auf Mao Tse Tung, Che Guevara, den vietnamesischen General Giap und Fidel Castro. Sein Kalkül: Als Reaktion auf islamistischen Terror entsteht eine rechtsreaktionäre Gegenbewegung, welche die Konfrontation mit den Dschihadisten sucht und dadurch Europa destabilisiert. ...<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krahl schrieb am 23. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Heute Ceuta, morgen Ihr Haus!**

In der spanischen Exklave Ceuta gelang mehr als 200 jungen afrikanischen Männern ein "gelungener Grenzübertritt". Der 'Spiegel' schrieb von einem "erfolgreichen Massenansturm". Tatsächlich haben die Eindringlinge den spanischen Grenzposten gestürmt, dabei einem Polizisten, der nicht rechtzeitig zur Seite springen konnte, das Bein gebrochen und sind anschließend unter Siegesgebrüll durch den Ort gezogen.

Die spanische Regierung hat nicht etwa sofort Polizeiverstärkung geschickt, um die Illegalen wieder aus dem Land zu werfen; nein, die jungen Afrikaner haben es geschafft: sie dürfen bleiben und werden rundum versorgt. Während bislang Grenzverletzungen durch ein Überklettern des Zaunes verübt wurden, wird nun ganz offen und ungeniert die Grenzstation durchschritten: legal, illegal, scheißegal.

Die Eindringlinge wissen ganz genau: Europa ist so unglaublich schwach, daß es die Gesetzesbrecher belohnt. Sie bekommen, was sie wollen, wenn sie nur das Gesetz brechen. Heute Einlaß nach Spanien und Versorgung - und morgen? Ihr Haus, Ihre Frau, Ihr Vermögen?

Ein offener Angriff auf eine Grenzstation und ein gewaltsames Eindringen ins Land war früher auch hier und ist heute im Rest der Welt ein kriegerischer Akt, der notfalls militärisch abgewehrt werden muß. Im spätdekadenten Westeuropa ist es die Berechtigung zur Teilhabe am Sozialsystem.<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 1. September 2017: >>**Hochverrat im Kanzleramt? ...**

Scharfe Töne im Wahlkampf: AfD-Spitzenkandidatin Weidel geht Merkel persönlich an. Sie ruft dazu auf, sich mit "Rechtsbrüchen der Kanzlerin" auseinanderzusetzen. Nach ihrer Amtszeit, fordert Weidel, gehöre Merkel "vor ein ordentliches Gericht".

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl verschärft die rechtspopulistische AfD erneut ihren Tonfall: AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel erhob schwere Vorwürfe gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

"Wir müssen uns mit den Rechtsbrüchen der Kanzlerin auseinandersetzen. Angela Merkel müßte nach ihrer Amtszeit vor ein ordentliches Gericht gestellt werden", forderte sie in einem Interview der "Passauer Neuen Presse".

Illegales Handeln erkennt die AfD-Politikerin dabei vor allem in Politikfeldern, die zu den Kernthemen ihrer eigenen Partei gehören: "In der Euro-Rettungspolitik und in der Flüchtlingskrise hat sie gegen geltendes deutsches und europäisches Recht verstoßen. Dafür sollte sie sich vor einem Richter verantworten müssen."

Die Partei hatte zuvor bereits erklärt, sie wolle sich nach ihrem erwarteten Einzug in den Bundestag für einen "Untersuchungsausschuß Merkel" stark machen. Die Idee, juristisch gegen politische Entscheidungen der Kanzlerin vorzugehen, ist in der AfD nicht neu. Der Bundesvorstand der Partei hatte bereits im Oktober 2015 wegen "Einschleusung von Ausländern" erfolglos Strafanzeige gegen Merkel gestellt.

### **Tausende Strafanzeigen gegen Merkel**

Mit ihren Ansichten stehen Weidel und die Parteiführung der AfD offenbar nicht alleine da: Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 einem Zeitungsbericht zufolge tatsächlich bereits mehr als 1.000 Strafanzeigen eingegangen, in denen der CDU-Politikerin Hochverrat vorgeworfen wird.

"Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", erklärte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen". ...

Die Bundesanwaltschaft ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. "Hochverrat" begeht laut Paragraph 81 im Strafgesetzbuch jemand, "der es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern". Nach den Grundsätzen des Rechtsstaats ist die Karlsruher Behörde verpflichtet, alle eingehenden Strafanzeigen zu prüfen.<<

### Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 10. September 2017: >>**Vertagter Ansturm**

Der Wahltermin rückt näher - Zeit, die Deutschen darauf vorzubereiten, was danach auf sie zukommt. Wer sich vom Wahlkampfgeplänkel und den inszenierten Nichtigkeiten nicht ablenken läßt, kann es sich an den Fingern einer Hand ablesen: Die nächste Einwanderungswelle rollt schon auf uns zu. Natürlich erst nach der Wahl, wenn die Kanzlerin wieder fest im Sattel sitzt. ...

Die Ergebnisse des EU-Gipfels in Paris Ende August lassen nichts Gutes ahnen. Während die Kanzlerin Abkommen mit afrikanischen Staaten zur Eindämmung der illegalen Migration nach Vorbild des mißlungenen "Türkei-Deals" in Aussicht stellt, spricht sie bereits davon, legale Einwanderungsmöglichkeiten für Afrikaner zu schaffen. Es sei falsch, "nur zu sagen, Illegalität geht nicht, und gar nichts anzubieten", sagt sie. ...

Wer sich nicht am Migranten-Umverteilungskarussell beteilige, bekomme auch kein Geld, wurde Orbán von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker abgefertigt. Keine Rede auch davon, die von der EU-Seenotrettungsmission "Sophia" aufgegriffenen illegalen Migranten an die afrikanische Küste zurückzubringen, statt sie wunschgemäß nach Europa weiterzutransportieren.

Deutsche Marineeinheiten und selbsternannte "Aktivisten" nehmen so den Schleusern und Schleppern einen Großteil der Arbeit ab. Solange diese Aktivitäten andauern, werden auch die Maßnahmen der italienischen Regierung gegen die "Wassertaxi-Dienste" sogenannter "Nicht-regierungsorganisationen" den Migrantengstrom allenfalls vorübergehend dämpfen. ...

Zur Vorbereitung der deutschen Öffentlichkeit auf die nächste "alternativlose" Einwanderungswelle geben Medien, Wirtschaft und Lobbyisten schon jetzt fleißig Flankenschutz. Ein Bericht der Bundesregierung prophezeit wieder einmal dramatischen "Fachkräftemangel" für die nahe Zukunft, und das Institut der Deutschen Wirtschaft pocht wie bestellt auf "stärker arbeitsmarktorientierte Zuwanderung".

## **Die Menschen lassen sich Sand in die Augen streuen**

Wer berechtigten Zweifel hat, daß unkontrollierte illegale Einwanderung dafür die Lösung sein könnte, und sich noch an eine Mitte August veröffentlichte Berechnung erinnert, daß 59 Prozent der "Flüchtlinge" keinen Schulabschluß und sogar 80 Prozent keinen Berufsabschluß vorweisen können, wird von DIW und Bamf termingerechtem belehrt, daß zwei Drittel der erwachsenen "Flüchtlinge" plötzlich doch eine Schule abgeschlossen hätten - nach "eigenen **Angaben" allerdings.**

Und "Migrationsforscher" verlangen mehr und schnellere Einbürgerungen "zur Rettung der Demokratie", damit auch alle gleich mitwählen können. Neue Wähler kann man sich so vielleicht backen, von den real existierenden Problemen löst das nicht ein einziges. Wer sich mit vollen Schaufeln Sand in die Augen streuen läßt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er nach der Wahl der Gelackmeierte ist.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. September 2017:

### **>>Dschihad erobert die Gefängnisse**

#### **Radikale Moslems rekrutieren in deutschen Haftanstalten immer mehr neue Anhänger**

Das Bundeskriminalamt gibt Berlins Justizvollzugsbeamten in einem Leitfaden nun Hinweise zum Umgang mit radikalen Moslems. Die Aktion enthüllt: Inhaftierte Dschihadisten werden zunehmend zu einem Sicherheitsproblem in den Gefängnissen der Hauptstadt.

In ganz Deutschland werden Vollzugsbeamte mittlerweile im Umgang mit radikal-islamischen Häftlingen geschult. Als Warnsignale für eine Radikalisierung gelten Symbole von Terrorgruppen ebenso wie bestimmte Gesten, Bekleidung, Barttracht oder Namensänderungen. Laut einem Bericht der Zeitung "BZ" ist Mitarbeitern des Berliner Strafvollzugs nun eine als Verschlußsache deklarierte Ausarbeitung des Bundeskriminalamtes (BKA) ausgehändigt worden, die eine Reihe von Hinweisen zu radikalen Moslems liefert.

Sensibilisiert werden die Beamten darin, Veränderungen wahrzunehmen, die auf eine Radikalisierung von Gefangenen hindeuten. Berlin ist mit seinen mehr als 40 inhaftierten radikalen Muslimen nicht allein betroffen. Insgesamt sitzen deutschlandweit derzeit etwa 300 Personen, die die Behörden dieser Gruppe zuordnen, hinter Gefängnismauern.

Neben Berlin werden auch aus Hessen, Bayern und Nordrhein-Westfalen zweistellige Zahlen von inhaftierten radikalen Moslems gemeldet. Die Zahl könnte schon bald rapide steigen. Generalbundesanwalt Peter Frank äußerte im August in einem Interview mit dem Berliner "Tagesspiegel", er rechne allein 2017 mit 500 bis 600 Prozessen gegen Terror-Beschuldigte. Im Vorjahr seien knapp 240 neue Verfahren gegen radikale Moslems eröffnet worden, wobei es sich bei mehr als 80 Prozent um Fälle "aus dem Phänomenbereich des islamistischen Terrorismus" gehandelt habe.

Auch vom Bundeskriminalamt kommen alarmierende Zahlen. Die Behörde ermittelt mittlerweile gegen mehr als 400 Personen wegen des Verdachts, sie seien Mitglieder von Dschihad-Gruppen gewesen, bevor sie als Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind.

Schon die derzeit in Haft sitzenden radikalen Moslems stellen die Behörden vor Probleme. Die verstärkte Beobachtung der Gefangenen erfordert Vollzugspersonal, das nicht nur in Berlin oftmals knapp ist. Eine andere Sicherheitsmaßnahme droht wiederum eine verhängnisvolle Langzeitwirkung zu entfalten. Bundesweit ist es mittlerweile üblich, radikale Moslems voneinander getrennt unterzubringen. Laut einer Auskunft des Berliner Senats soll damit einer "gegenseitigen Bestärkung in der radikalen Gesinnung" entgegengewirkt werden.

Längst haben Terrorgruppen wie der Islamische Staat allerdings erkannt, welches Rekrutierungspotential auch ganz gewöhnliche Kriminelle darstellen. Hinter vielen Gefängnismauern ist damit ein besonders brisanter Mix zustande gekommen: Der Fanatismus von radikalen Moslems in Kombination mit der kriminellen Energie von Drogendealern, Schlägern und Intensivtätern. Forscher am Londoner King's College haben sich systematisch mit diesem Phä-

nomen beschäftigt und im vergangenen Jahr eine Studie veröffentlicht.

Die Auswertung der Werdegänge von Dschihadisten läßt demnach darauf schließen, daß sich mehr als ein Viertel von ihnen während eines Gefängnisaufenthalts radikalisiert hat. Untersucht hatten die Wissenschaftler die Fälle von 79 radikalen Moslems in mehreren europäischen Ländern. Bei mindestens 27 Prozent der Untersuchten ist von einer Radikalisierung während der Haft auszugehen. 57 Prozent der Untersuchten waren vor ihrer Radikalisierung bereits inhaftiert gewesen.

Zu befürchten ist, daß sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren noch massiv verstärkt. Die deutsche Justiz bislang hat sehr unterschiedliche Signale ausgesendet, wenn es um die Abschiebung von Terrorverdächtigen ging. Erst im August billigte das Bundesverwaltungsgericht in zwei Grundsatzentscheidungen die Abschiebung von Terrorverdächtigen aus Deutschland. Grundlage der Entscheidung war der Paragraph 58a des Aufenthaltsgesetzes. Diese bislang kaum angewendete Regelung erlaubt eine Abschiebung auf Grundlage einer auf "Tatsachen gestützten Prognose zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder einer terroristischen Gefahr".

Das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main entschied dagegen im Juli, daß ein terrorverdächtiger Tunesier nicht abgeschoben werden darf. Der Mann war bei einer Razzia in der radikalen Moslemszene festgenommen worden und steht sogar im Verdacht, im Auftrag des Islamischen Staates einen Anschlag in Deutschland vorbereitet zu haben.

Das Gericht begründete seine Entscheidung mit Zweifeln, ob den Tunesier in seinem Heimatland ein hinreichender Schutz vor der Todesstrafe erwarte. Diese Entscheidung dürfte nicht nur für Tunesien Bedeutung haben, sondern vermutlich auch im Hinblick auf viele andere Herkunftsländer von radikalen Moslems. Verschärfend kommt hinzu, daß das Potential von gewaltbereiten Dschihadisten in ganz Europa inzwischen riesige Ausmaße angenommen hat. Der Antiterror Koordinator der EU, Gilles de Kerchove, sprach gegenüber der spanischen Tageszeitung "El Mundo" unlängst davon, in Europa lebten mittlerweile mehr als 50.000 Dschihadisten.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 19. September 2017: >>"**Merkels Zuwanderungspolitik wird Deutschland zerstören**"

Der Wirtschaftswissenschaftler Max Otte hat Angela Merkels Bundesregierung vorgeworfen, Deutschland zu ruinieren. ...

"Niemals hätte ich gedacht, daß eine CDU-Regierung unser Land dermaßen schädigen könnte." Merkel reiße Deutschland "sehenden Auges in den Strudel". ...

"Die Zuwanderung, wie sie jetzt betrieben wird, ist katastrophal. Sie wird unser Land zerstören", kritisierte Otte. Bereits jetzt gäbe es ... einen ersten Fall, in dem ein Moslem in Deutschland mehrere Frauen haben dürfe. Hinzu kämen mehr als 1.000 registrierte Kinderehen. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>"**Deutschen Großstädten droht Bevölkerungsexplosion**"

Als Folge der unkontrollierten Masseneinwanderung, an der auch der Scheinkompromiß zwischen CDU und CSU mit einem völlig unverbindlichen "Kontingent" von 200.000 sogenannten Flüchtlingen jährlich nichts ändert, droht die Bevölkerung in den deutschen Ballungsgebieten regelrecht zu explodieren!

Davor warnt das Kölner "Institut der Deutschen Wirtschaft". Es geht davon aus, daß Großstädte, die bereits jetzt Migrantenanteile von 30 bis 40 Prozent in manchen Bezirken haben, mit einem weiterhin massiven Bevölkerungsanstieg rechnen müssen. Die Entwicklung werde sich in den nächsten 10 bis 20 Jahren noch beschleunigen.

Allein für die Multikulti-Hauptstadt Berlin sagt das Kölner Institut einen durchschnittlichen Bevölkerungszuwachs von 14,5 Prozent bis 2035 voraus.

Die bayrische Landeshauptstadt München muß demnach mit einem Bevölkerungsanstieg von

etwa 14,4 Prozent bis zum Jahr 2035 rechnen. In Hamburg dürfte der Zuwachs bei etwa 9 Prozent liegen. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis die biodeutsche Bevölkerung, wie jetzt schon in manchen Stadtteilen Berlins, in die Minderzahl gerät.

Neben der anhaltenden Masseneinwanderung aus arabischen und afrikanischen Staaten in unsere Sozialsysteme - Experten erwarten mittelfristig bis zu weitere sechs Millionen "Flüchtlinge" allein aus Afrika - tragen vor allem die hohen Geburtenraten in Migrantenfamilien zum schleichenden Bevölkerungsaustausch bei - dies ganz im Sinne linksgrüner "Umvölker" und ihrer CDU-Erfüllungsgehilfin im Kanzleramt.

### **Strategiepapier zur Abschaffung Deutschlands**

Die Transformation der bundesdeutschen Gesellschaft fordert unumwunden ein "Leitfaden" der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Das unter dem Vorsitz von Aydan Özoguz, SPD, der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, erstellte Papier sieht in der Einwanderung einen quasi schicksalsartigen "Prozeß".

Der Begriff der "deutschen Leitkultur" sollte durch ein schwammiges "Leitbild" ersetzt werden, schlagen die Autoren vor.

Für Unternehmen, Behörden und andere Institutionen sollen Migranten-Quoten eingeführt werden.<<

### **Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>Wie die Amtskirche vor dem Islam zu Kreuze kriecht**

... Es gibt Fotos, bei denen muß der Betrachter dreimal hinschauen, um die ihnen innewohnende Ungeheuerlichkeit zu erfassen. Und selbst dann noch will man die geradezu perverse Dimension des Gesehenen nicht glauben. So ein Foto entstand vor einem Jahr bei einer Pilgerreise evangelischer und katholischer Bischöfe durch das Heilige Land. Es zeigt die obersten Repräsentanten der beiden deutschen Amtskirchen vor dem Felsendom in Jerusalem: den Münchner Erzbischof Reinhard Kardinal Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz; den bayerischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland. Beide Bischöfe tragen Kleidung, die sie als Männer des Glaubens ausweisen. Das Bemerkenswerte an dem Foto ist allerdings das, was man nicht sieht:

### **Das Kreuz, das die höchsten deutschen Kirchenvertreter sonst um den Hals tragen, fehlt.**

Sie haben es sich in einem Akt der Unterwerfung vom Leib gerissen. Denn in der Bildmitte gibt es einen dritten Herrn: Scheich Omar Kiswani. Die muslimischen Autoritäten hatten die deutschen Würdenträger gebeten, das Symbol ihres Glaubens abzulegen, um die religiösen Gefühle des Scheichs nicht zu verletzen. Einer Aufforderung, der die beiden christlichen Würdenträger eilfertig und devot nachkamen. Wochenlang machten danach Gläubige ihrer Empörung, ihrem Entsetzen, im Internet Luft.

### **Ein Jahr später folgte ein weiterer tiefer Bückling vor dem Islam:**

Beim ökumenischen Gottesdienst zum Tag der Deutschen Einheit im Mainzer Dom führte eine Muslima den Ein- und Auszug der Gläubigen beider christlichen Kirchen an. Während des Gottesdienstes im Angesicht des gekreuzigten Jesus Christus durfte sie "die Barmherzigkeit und die allumfassende Liebe Allahs zu uns Menschen" preisen. Kein Wort darüber, daß im Namen Allahs hunderttausende Christen in islamischen Ländern blutig verfolgt und ihre Gotteshäuser niedergebrannt werden; daß der Terror im Namen Allahs jedes Jahr in Europa die Menschen in Angst und Schrecken versetzt.

Es sind dies zwei Beispiele von vielen, die in erschreckender Weise davon Zeugnis ablegen, wie die deutschen Amtskirchen vor dem Islam im wahrsten Sinne des Wortes zu Kreuze kriechen. Lebte Peter Scholl-Latour noch, er würde sich auf tragische Weise bestätigt sehen: "Ich fürchte nicht die Stärke des Islam, sondern die Schwäche des Abendlandes. Das Christen-

tum hat teilweise schon abgedankt."

Keiner wirft sich dabei so tief in den Staub wie die beiden Gutmenschen Marx und Bedford-Strohm. Statt sich zu fragen, warum ihre Gotteshäuser oft gähnend leer sind, scheint den beiden Kirchenfürsten offenbar mehr daran gelegen, die Moscheen in Deutschland zu füllen. So sprach sich Marx in kaum unterdrückter Vorfreude auf eine Jamaika-Koalition für einen weitreichenden Anspruch auf Familiennachzug aus. Eine "Obergrenze für Flüchtlinge" - so etwas kann sich ohnehin nur der Leibhaftige ausgedacht haben!

Ist der Leibhaftige womöglich in den Kölner Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki gefahren? Der mächtige Kölner Kirchenfürst, der einst dem konservativen Flügel der Amtskirche zugerechnet wurde, verstieg sich unlängst zu dem Satz:

**"Wer 'Ja' zu Kirchtürmen sagt, der muß auch 'Ja' sagen zum Minarett."**

Bedford-Strohm will, daß der Islam "flächendeckend" an öffentlichen Schulen gelehrt wird. Er ist voll der Freude, wenn islamische Funktionäre in evangelischen Gottesdiensten sprechen. Da wundert nicht, daß sich dieser protestantische Amtskirchenfunktionär in ein Gremium zum Bau eines islamischen Zentrums berufen ließ.

Nun ja, hielt doch auch schon dessen Amtsvorgängerin, Margot Käßmann, die Angst vor einer Islamisierung Deutschlands für "Unsinn". Als eine der ersten "Kirchenvertreterinnen" machte sich die evangelische Ex-Bischöfin für eine breite "Willkommenskultur" in Deutschland stark: "Die Kraft ist sicher endlich, aber das Engagement muß es nicht sein. ..."

Blicken wir nach Rom: Franz Josef Strauß hätte den politisierenden Papst-Darsteller Franziskus wohl einen "Herz-Jesu-Marxisten" genannt. Flüchtlingsunterkünfte vergleicht das Oberhaupt der Katholiken mit "Konzentrationslagern". Beim Besuch des deutschen Grüßaugust Frank-Walter Steinmeier vorvergangene Woche im Vatikan äußerte sich Franziskus "besorgt" über die hohe Akzeptanz der AfD in der deutschen Bevölkerung.

Dieser Papst, der Muslimen am Gründonnerstag die Füße wäscht, läßt die schleichende Islamisierung des Abendlandes widerspruchlos geschehen. Er verspielt die Autorität, mit der sich Benedikt XVI. Achtung und Respekt im Islam verschafft hatte.

2016 hielt die hohe Zahl der Kirchenaustritte weiter an. Mehr als 162.000 deutsche Katholiken kehrten ihrer Kirche den Rücken. Die EKD meldete 190.000 Austritte. Es gibt Zahlen, die kommentieren sich selbst. ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 28. Oktober 2017 (x892/...): >>2048 - wenn Notre-Dame Moschee ist

In diesen Tagen geht eine Meldung durch's Internet, daß ein Priester im einstmaligen erzkatholischen Wallfahrtsort Werl in Westfalen in einem Supermarkt von Moslems übel beschimpft und angegriffen worden sei. Noch vor sehr kurzer Zeit wäre das eine völlig unvorstellbare Meldung gewesen. Und doch hat Jelena Tschudinowa, eine russische Schriftstellerin, schon 2005 einen Roman geschrieben, der Ereignisse und Entwicklungen dieser Art in eine bedrückende, aber nicht hoffnungslose Zukunftsvision weiterdenkt.

Die Hände halten das Buch, es sinkt langsam, man schaut in die Ferne und denkt: "Wie konnte Jelena Tschudinowa vor bereits zwölf Jahren die kommende Entwicklung so deutlich sehen und schildern?" Das Buch heißt "Die Moschee Notre-Dame, Anno 2048" und ist, das schon vorweg, eine ebenso fesselnde wie nachdenklich machende Lektüre.

Nach den aktuellen Entwicklungen seit 2015, die an dieser Stelle gar nicht mehr benannt werden müssen, ist Tschudinowas dystopische Vision ganz und gar nicht mehr so weit entfernt. Sie erzählt von einem Westeuropa, das vom Islam dominiert wird: Notre-Dame ist Moschee, der Papst hat die Kirche aufgelöst, der Petersdom ist Müllkippe für den Abfall Roms. Die Menschen leben in Ghettos, die von Familienclans beherrscht werden.

Wir wollen diese bedrückende Vision nicht weiter ausführen. Viel interessanter ist der Widerstand, den Tschudinowa in den (wortwörtlich - ein gelungenes Bild!) Katakomben von

Paris sich organisieren läßt (es stimmt ja, daß der Pariser Untergrund von Gängen und Höhlen durchlöchert ist wie ein Schweizer Käse). Es sind verschiedenste Gruppen, die den Widerstand bilden, und sie werden in ihren jeweiligen Vertretern durchaus glaubhaft dargestellt.

Eine ganz wesentliche Rolle spielt der Widerstand aus religiösen Gründen. Wie gesagt: die offizielle Kirche ist vom Papst aufgelöst worden. Was noch existiert, sind Gruppen von Gläubigen, die sich um die Priester der von Erzbischof Lefebvre gegründeten Priesterbruderschaft St. Pius X. scharen. Und an diesem Beispiel wird der Scharfblick, wird das sichere Urteil der Autorin besonders deutlich.

Eine der Hauptpersonen des Buches, der junge Eugène-Olivier, trifft als Nichtchrist auf diesen katholischen Widerstand: er trifft auf Pater Lotaire, der noch ein Jahr im Seminar der "Piusbrüder" studieren konnte (bevor die Moslems es plünderten). In diesem Priester begegnet ihm die ganze Tradition nicht "nur" der Kirche, sondern jenes Europas, das von eben dieser Kirche geprägt ist. Warum Gott denn diesen Niedergang zugelassen habe, warum er zugelassen habe, daß Notre-Dame zur Moschee wurde, fragt er ihn an einer Stelle.

Und der Priester antwortet, daß dies sicher die Schuld der Vorfahren sei, weil sie das alles zugelassen haben, weil bereits sie Notre-Dame nicht als das Haus Gottes, sondern lediglich als Architekturdenkmal gesehen hatten. Das wiederum ist ein Bild, das so viel weiter greift als "nur" bis Notre-Dame als Gotteshaus: es ist ein Bild für den Glaubensverlust, der nicht erst in unserer Zeit so erdrutschartig zugenommen hat und letztlich der Grund für die Entwicklung ist. Entsprechend Hartes läßt Tschudinowa über eine bestimmte Art von Priestern des 20. Jahrhunderts sagen:

"Ich denke, sie, diese Priester des 20. Jahrhunderts, schmoren in der Hölle, die sie ebenfalls für eine Metapher hielten. Sie haben den Niedergang der römisch-katholischen Kirche zu verantworten und daß sie schließlich aufgehört hat zu existieren. Ihnen ist der närrische Wahlspruch zu verdanken, daß alle im Recht seien, Sie, und Sie und natürlich auch Sie, jeder auf seine eigene Art und Weise."

Genauso analytisch flicht die Autorin andere Ereignisse in die einzelnen Etappen der Entwicklung ein, die im Roman immer deutlicher wird. Fast schon vergessen ist doch heute z.B. die Rolle, die "der Westen" im Krieg gegen Serbien gespielt hat. Der Verfasser dieser Zeilen wurde bei der Lektüre urplötzlich daran erinnert, daß einer seiner Bekannten wegen seiner wohlbegründeten und auf eigener Anschauung beruhenden pro-serbischen Haltung seine hohe Stellung in der französischen Armee verlor, und ähnlich dürfte es vielen anderen Lesern auch gehen: wie viele von den Ereignissen, die zu der im Buch geschilderten Situation führen können, hat man doch schon in den Tiefen des Gedächtnisses so entlegen archiviert, daß sie kaum noch präsent sind!

Jelena Tschudinowa ist Russin. Ihre Kenntnis Frankreichs, der französischen Mentalität, ihre Wertung dessen, was im "Westen" geschah und geschieht, ist ganz erstaunlich. Und auch, wenn sie nicht orthodox, sondern katholisch ist, erstaunt ihre Kenntnis über die Lage der Kirche und ihre Kenntnis und ihre daraus erfolgende Einschätzung der "Piusbruderschaft", die in katholischen Kreisen des "Westens" durchaus nicht übermäßig bekannt ist.

Man nimmt das Buch wieder auf, das einem niedergesunken ist, sucht die Stelle, an der man die Lektüre unterbrochen hat und freut sich auf die nächsten Kapitel: es ist nämlich keineswegs so, daß dieses Buch eine intellektualistisch überladene, schwer verdauliche Kost ist. Ganz im Gegenteil! Man ist sofort im Geschehen, gespannt auf das, was kommen wird, man lebt in den Ereignissen, in den Umständen, sieht die Personen vor sich, die geschildert werden, man ist gespannt auf das, was sich entwickeln wird. Und man staunt über die logische Konsequenz der Entwicklung, die - mehr sei nicht verraten - nicht sofort im strahlenden Sieg, aber mit einem großen Zeichen der Hoffnung endet.

Der Renovamen-Verlag, der für die Übersetzung und Veröffentlichung dieses bemerkenswer-

ten Buches gesorgt hat, hat damit für die Erfüllung eines Wunsches des berühmten Schriftstellers Jean Raspail gesorgt. Dieser hatte einmal sinngemäß gesagt, er für seinen Teil glaube an ein Weiterleben unserer Zivilisation, und sei es nur in kleinen, isolierten Reservaten, bis es dann eines Tages zum Aufbruch der Wiedereroberung kommen werde. Es sei aber nicht mehr seine Aufgabe, ein Buch zu schreiben, welches eine solche Situation schildert; das müßten nun andere tun.

Uns will es scheinen, als liege dieses Buch nun vor. Die spannende Lektüre sei unbedingt empfohlen, dem Renovamen-Verlag sei für die Veröffentlichung gedankt und dem Buch, das sich bereits in mehreren Ländern seinen Weg gebahnt und erfreulich durchgesetzt hat, sei eine große, eine sehr große Verbreitung gewünscht.

*Jelena Tschudinowa: Die Moschee Notre-Dame. Anno 2048. Renovamen-Verlag Bad Schmiedeberg 2017 ... <<*

Die deutsche Politikerin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 2. November 2017 (x355/36): >>... Sind wir ein Land, das für Migrantinnen und Migranten offen ist, was Leute anzieht - die wir übrigens dringend brauchen, nicht nur die Fachkräfte, sondern weil wir auch Menschen brauchen, die in unserem Sozialsystem zuhause sind, und die sich hier auch zuhause fühlen können?<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 22. November 2017: >>Der Staat verliert die Kontrolle über seine Gewalt

Der Staat ist Gewaltmonopolist. Recht und Soziales sind nur seine Nebenfunktionen. Deshalb trifft der Polizeiskandal in der Hauptstadt den Staat in seiner Substanz. In ethnisch-religiösen Konflikten droht die staatliche Ordnung zu zerreiben.

Der Staat, wie wir ihn kennen, entsteht nach den Religionskriegen der frühen Neuzeit. Seine Wiege ist der Westfälische Friede von 1648. Die Fürsten der vom Krieg verheerten Länder treffen sich in Münster, um Frieden zu schließen, ihre Völkerrechtler arbeiten die weltliche Ordnung aus. Der Einfluß der Religion auf die Politik wird zurückgedrängt. Ob Krieg oder Frieden, das beeinflussen künftig nicht mehr die Kirchen, sondern das entscheiden die Fürsten.

Die Bürger händigen dem Staat ihre Gewalt aus, dafür verspricht der Staat ihnen Schutz. Er allein hat nun rechtmäßig Gewalt inne, er hat auf sie ein Monopol.

Das Militär und die Polizei sind die wichtigsten Organe des Gewaltmonopolisten. Zwar gehören auch Verwaltung, Gerichte und Parlamente zum modernen Staat, doch ob dieser sein Gewaltmonopol auch geltend machen kann, hängt letztlich an Einrichtungen, die Waffen tragen und Gewalt wortwörtlich ausüben. Militär, das ist Gewalt nach außen. Polizei, Gewalt nach innen. Beide sichern den Frieden. Erst im 19. Jahrhundert fordert das selbstbewußte Bürgertum, der Staat müsse außerdem Rechtsstaat sein. Die Vorstellung, daß der Staat das soziale Zusammenleben seiner Bürger durch Umverteilung und Rechtsgestaltung zu regulieren habe, kommt erst nach 1949 auf.

Inzwischen haben sich beide Vorstellungen, Rechtsstaat und Sozialstaat, in unseren Köpfen so stark festgesetzt, daß wir vergessen haben: Der Staat ist wesentlich Ordnungsstaat. Wenn Clans, Gangs oder Terrorgruppen neben ihm Gewalt ausüben, dann wird der Staat auch bald die Gerichte, Krankenkassen und auch die Polizei nicht mehr bereitstellen. Der Skandal um die Berliner Polizei zeigt: Wir befinden uns auf dem geraden Weg in solche Zustände. Der Polizeiskandal geht weit über die Dimensionen einer Polizeischule hinaus und sprengt sogar den Rahmen der Hauptstadt. Hier liegt eine Störung vor, die das Gewaltmonopol gleichzeitig in Besitz nimmt und in Frage stellt.

Arabische Clans, die sich über Herkunft und Religion definieren, unterwandern die Polizei, wie der oberste Berliner Polizeigewerkschafter bestätigt hat.



Um manche Söhne in den Polizeidienst einzuschleusen, halten sie diese von Straftaten fern. Gelingt die Unterwanderung, hat das zwei Folgen. Erstens können diese Clans Straftaten ausüben, ohne von der Staatsgewalt verfolgt zu werden, weil ihr Nachwuchs im Polizeidienst die Strafverfolgung behindert oder vereitelt. Zweitens können die Clans, wenn die Unterwanderung erst einmal fortgeschritten ist, selbst Staatsgewalt ausüben - natürlich im Eigeninteresse und nicht zum Schutz des Gemeinwohls.

Ermöglicht wurde diese Zersetzung des Gewaltmonopols durch eine fehlgeleitete Integrationspolitik. Es waren beim Kanzleramt angesiedelte Integrationsbeauftragte, Maria Böhmer und Aydan Özoguz, die forderten, die Polizei müsse mehr Migranten beschäftigen. In Berlin wurde diese Forderung 2010 in ein Gesetz gegossen, das auf den harmlosen Namen "Integrations- und Partizipationsgesetz" hört. Seither hat sich der Anteil muslimischer Migranten in der Polizei verzweifacht.

Diese Entwicklung steht auch anderen Ländern bevor. Baden-Württemberg hat ein solches Gesetz 2015 verabschiedet. Und auf Bundesebene ist ein Integrationsgesetz dieses Jahr in Kraft getreten. Die Polizei wird von den berüchtigten Clans ebenso unterwandert wie die Hells Angels. Wo auch immer Gewalt im Spiel ist, mischen die Clans mit, in der organisierten Kriminalität wie im Staat. Wenn sie gewinnen, dann ist der Staat allerdings kein Staat mehr.

Um diesen Sieg zu verhindern, muß man jede Bevorzugung von Migranten in der Polizeiausbildung stoppen. Zu bezweifeln ist, ob dieses bloße Unterlassen reicht. Womöglich braucht es neue Gesetze, um die Wirkung jener Desintegrationsgesetze ungeschehen zu machen. ...<<  
Der deutsche Unternehmer Dr. Malte Kaufmann schrieb am 6. Dezember 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Raubzüge wie im Mittelalter**

Wir kennen die Geschichten von den Raubzügen im Mittelalter. Doch was heute in Deutschland in punkto Einbruchskriminalität passiert, steht dem in nichts nach. Im letzten Jahr wurden sage und schreibe 151.000 Fälle zur Anzeige gebracht. 10 Jahre zuvor waren es noch 106.000, also ein dramatischer Anstieg! Die Aufklärungsquote ist gering, sie liegt bei nur 20 Prozent.

Seit Jahren führt die Politik der offenen Grenzen dazu, daß organisierte Verbrecherbanden in Deutschland reihenweise in Häuser und Wohnungen einsteigen. Jeder, der dies einmal erlebt hat, weiß, daß man ein solches Ereignis ein Leben lang nicht mehr vergißt. Viele Opfer sind regelrecht traumatisiert. ...

Noch schlimmer als der materielle Schaden ist der verstörende Gedanke: Fremde Leute haben in unseren privaten Sachen geschnüffelt. Das empört und man fühlt sich hilflos.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist es, die Bürger vor Kriminalität zu schützen. Wie kann es sein, daß Diebesbanden aus Georgien und anderen Ländern ungehindert nach Deutschland kommen können? Wenn der deutsche Staat mit seinen offenen Grenzen nicht seine Kernaufgaben erfüllen kann, dann müssen wir wieder zur Kontrolle der nationalen Grenzen zurück. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 6. Dezember 2017: >>**Fast eine Milliarde Mehrkosten für die Steuerzahler!**

**Immer mehr Migrant-Kinder sind auf Stütze angewiesen**

So viele Kinder wie noch nie sind in Deutschland auf Sozialhilfe angewiesen! Grund ist vor allem die unkontrollierte Masseneinwanderung.

Nach vorläufigen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit bezogen zur Jahresmitte 2,05 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren Hartz-IV-Leistungen bzw. lebten in sogenannten Bedarfsgemeinschaften. Das waren rund 100.000 mehr als im Juni 2016 - plus 5 % -. Die Mehrkosten für die Steuerzahler betragen 900 Millionen Euro - Tendenz steigend!

Von den 2,05 Millionen bedürftigen Kindern waren allein 584.000 nichtdeutsche Staatsangehörige. Das entspricht einem Anstieg von unglaublichen 41 Prozent!

Für die Zuwanderung in die Sozialsysteme ist allerdings nicht nur die sogenannte Fluchtmigration ursächlich. Auch aus den EU-Ländern Bulgarien und Rumänien hält der Zustrom ... an. ...

Der monatliche Hartz-IV-Regelsatz liegt aktuell bei 409 Euro für alleinstehende Erwachsene. Für Kinder und Jugendliche zahlt der Staat bis zu 311 Euro.<<

Die schweizerische Informationsplattform "humanrights.ch" berichtete am 13. Dezember 2017 (x898/...): >>>**Religionsfreiheit / religiöse Minderheiten im Islam**

Viele islamische Staaten haben in den letzten 50 Jahren den verbindlichen UNO-Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert, der unter anderem auch die Religionsfreiheit garantiert. Dazu kommt, daß alle islamisch geprägten Staaten mit ihrem Beitritt zur UNO zugestimmt haben, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündeten Rechte zu achten. Auch hier ist der Artikel 18 der Religionsfreiheit gewidmet.

### **Religiöse Minderheiten**

Muslime und Nicht-Muslims haben im klassischen islamischen Recht nicht dieselbe Rechtsstellung; von letzteren werden nur die monotheistischen "Schriftreligionen", also das Christentum und das Judentum, anerkannt; den "Polytheisten" und übrigen religiösen Minderheiten wird streng genommen das Existenzrecht abgesprochen. Obwohl es traditionell in islamischen Gesellschaften gewisse Schutzrechte für die christlichen und jüdischen Minderheiten gibt, ist deren Stellung oft prekär und in Krisensituationen immer wieder existentiell gefährdet. ...

Im Privatrecht von islamisch geprägten Staaten bestehen diskriminierende Vorschriften gegenüber Andersgläubigen. So sind Eheschließungen in gewissen Konstellationen untersagt: Einer muslimischen Frau ist es nicht erlaubt, einen Nicht-Muslim zu heiraten; ein Muslim darf außer Musliminnen allerhöchstens eine Jüdin oder Christin ehelichen. Ein Erbrecht zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen wird grundsätzlich nicht anerkannt und im Sorgerecht werden Muslime bevorzugt.

Die Abkehr vom Islam wird streng geahndet; früher öfters mit der Todesstrafe belegt, heute meistens mit anderen Sanktionen. ...

Das traditionelle islamische Recht sieht nach Ansicht aller islamischen Rechtsschulen für die Abkehr vom Islam die Todesstrafe durch Enthauptung mit dem Schwert vor. ...

In Saudi Arabien, Brunei, Afghanistan, Qatar, Jemen, Sudan, Mauretanien und den Vereinigten Arabischen Emiraten wird auch heute noch wegen Apostasie die Todesstrafe verhängt. Oftmals wird die Hinrichtung jedoch nicht vollzogen und in eine Gefängnisstrafe umgewandelt.

Irans Strafrecht schreibt zwar keine Todesstrafe für Apostasie vor, vollzieht aber wiederholt Hinrichtungen auf der Grundlage von Gesetzesartikeln zu "Feindschaft gegenüber Gott" oder "Beleidigung der Propheten".

Aber auch in den anderen islamischen Ländern zieht die Abkehr vom Islam zumindest familien- und erbrechtliche Konsequenzen nach sich. Demnach kann ein Apostat nicht mehr von seinen muslimischen Verwandten erben; die Ehe eines Apostaten oder einer Apostatin mit einer muslimischen Partnerin oder Partner wird mit sofortiger Wirkung und ohne gerichtliches Urteil aufgelöst, und eine erneute Eheschließung in Zukunft wird verunmöglicht. Zudem wird dem Apostaten das Sorgerecht für die Kinder entzogen. Damit ist der "zivile Tod" weitgehend an die Stelle der physischen Todesstrafe getreten. ...

Immer wieder gibt es zudem organisierte Tötungsaufrufe gegen Einzelpersonen und Intellektuelle. So werden Abweichler und religiöse Minderheiten neben der staatlichen Diskriminierung und Verfolgung immer wieder zum Ziel von fundamentalistisch motivierter Gewalt, wie z.B. die Kopten in Ägypten. Auch ein offener Antisemitismus ist in den islamischen Gesellschaften verbreitet.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. Dezember 2017: >>Werden wir ein Volk von Analphabeten?

An vielen deutschen Schulen kommt bereits jeder zweite Viertklässler aus einer Migranten-Familie. In manchen Stadtteilen sind es sogar 90 Prozent und mehr.

Jetzt übertrifft eine neue repräsentative Studie die schlimmsten Befürchtungen: Jeder fünfte Grundschüler kann nicht oder nicht richtig lesen. Deutschland ist auf dem Weg, ein Volk von Analphabeten zu werden! ...

In den Jahren 2001, 2006 und 2011 schnitten deutsche Grundschüler noch vergleichsweise gut im oberen Drittel der Bestenliste ab. 2001 hatte es Deutschland sogar auf Platz 5 geschafft.

Heute sieht das Ergebnis ernüchternd aus:

Deutschland stürzt auf Platz 26 und landet somit nur noch im hinteren Mittelfeld.

An der Spitze liegen Rußland, Singapur und Hongkong. Schlußlichter sind Iran, Oman und Marokko.

Ähnlich negativ wie in Deutschland hat sich die Leistung der Schüler seither nur in Frankreich und in den Niederlanden entwickelt. Beide Länder sind gleichfalls von einer hohen unkontrollierten Masseneinwanderung betroffen. Noch Fragen?<<

Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schrieb am 20. Dezember 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Nichts ist mehr wie es war ...

Es gibt sie, die besinnlichen Stunden der Vorweihnachtszeit in den Familien. Es gibt sie in Vereinen und im Freundeskreis.

Vieles aber hat sich verändert seit der Massenmigration ab 2015, seit dem Silvesteralbtraum in Köln und insbesondere seit dem Lkw-Attentat durch den islamistischen Attentäter Anis Amri auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz mit zwölf Toten und vielen Verletzten im vorigen Jahr. ...

Die Unbefangenheit, mit der in Deutschland Volksfeste und Weihnachtsmärkte stattfinden konnten und besucht wurden, ist vorbei. Seit der Massenmigration aus dem muslimisch-arabisch und afrikanischen Raum ist nichts mehr wie es war ...

Daß sich die Sicherheitslage in Deutschland signifikant verschlechtert hat, ist inzwischen selbst denjenigen klar, die gar nicht genug den Zustrom von Menschen aus völlig anderen Kulturkreisen bejubelten. Auch wenn man nicht darüber sprechen will oder sogar versucht, die Lage zu beschönigen.

Offenkundig hat sich aber die Sicherheitslage nicht nur für größere Veranstaltungen dramatisch verschlechtert. Das New Yorker Gatestone-Institut hat bereits vor geraumer Zeit ermittelt, daß es allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres in Deutschland mehr als 1.600 Messerattacken gegeben hat. Pro Monat sind das mehr als 300 offiziell bekannt gegebene Messerattacken. Täglich wird demnach zehnmals das Messer als Waffe eingesetzt.

Die mutmaßlichen Täter stammen nach der Analyse diverser Polizeiberichte durch das Gatestone-Institut weitgehend aus dem Kreis der Asylbewerber und sonstiger Migranten.

Sarkastisch kann man feststellen, daß man eigentlich Waffenscheine für Messer einführen müßte.

Niemals zuvor in der Geschichte unseres Landes kam es zu einer solchen Vielzahl von Gewalttaten mit Messern. Auch eine Zunahme sexueller Gewalt ist seither nicht mehr zu übersehen. Das hat dazu geführt, daß Frauen oftmals nicht mehr jeden Weg zu jeder Zeit gehen.

Insgesamt muß leider konstatiert werden, daß der öffentliche Raum deutlich unsicherer geworden ist. Die Verpöllerung unserer Weihnachtsmärkte ist der offensichtlichste, geradezu ins Auge springende Hinweis auf die beunruhigenden Veränderungen in Deutschland.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 01/2018 berichtete im Januar 2018: >>"Das Abendland hat sich verbraucht"

*\_Professor David Engels im Gespräch mit Marc Dassen*

Wird die europäische Zivilisation untergehen wie vor 2.000 Jahren die römische Republik? Als Althistoriker und Buchautor hat David Engels die geschichtlichen Parallelen untersucht und eine eindringliche Warnung im Gepäck.

*Wann sind Sie das erste Mal auf den Gedanken gekommen, daß sich heute etwas wiederholen könnte, was vor 2.000 Jahren in der römischen Republik schon einmal geschah?*

David Engels: Schon immer hat mich Geschichtsphilosophie interessiert, allen voran zyklische Konzepte, wie ich sie bereits in meiner Jugendzeit im Denken Nietzsches und Spenglers oder in den Romanen Thomas Manns kennengelernt habe.

Meine Beschäftigung mit der Antike hat mich dann sehr schnell in der Überzeugung bestätigt, daß alle menschlichen Hochkulturen in ihrer Entwicklung mehr oder weniger parallele Phasen durchlaufen, wobei es vor allem die Entwicklung Europas und der EU seit dem Fall der Mauer war, welche in mir massive Assoziationen mit dem Niedergang der römischen Republik im 1. vorchristlichen Jahrhundert wachgerufen hat: Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Familienzerfall, Bevölkerungsniedergang, Schwinden der etablierten Religionen, Masseneinwanderung, Wertewandel, Fundamentalismus, asymmetrische Kriege, Technokratie, Staatsschulden, Finanzmärkte, Brot und Spiele - all das gab es schon vor mehr als 2.000 Jahren und führte langfristig in den Bürgerkrieg und einen autoritären Staat. ...

### **Masseneinwanderung und Islam**

*Wie schätzen Sie die Bedeutung der Massenzuwanderung in diesem Konflikt ein? Hat sich Europa die eigenen Eroberer - genau wie Rom damals - selbst eingeladen? Wird der Bürgerkrieg sich auch entlang religiöser und ethnischer Linien entwickeln?*

David Engels: Die zunehmende Präsenz nicht oder doch nur teilweise assimilierter Parallelgesellschaften mit Migrationshintergrund verstärkt die gegenwärtige Krise natürlich ungemein und wird zweifellos auch in den künftigen Auseinandersetzungen eine große, vielleicht entscheidende Rolle spielen. Schon jetzt leben doch schon viele in ethnischen Ghettos nach ganz eigenen Regeln und haben den Staat faktisch entmachtet. Ob nach dem zu erwartenden Zerfall der nächsten Jahrzehnte aber nun die "säkularen Werte", ein oberflächliches Kulturchristentum oder gar, wie von Tschudinowa ... oder Houellebecq befürchtet, der Islam die Bruchlinien des Kontinents kitten werden, wer kann es wissen?

Deutlich ist jedenfalls, daß wir uns langfristig irgendwie mit der massiven Präsenz des Islams in Europa arrangieren müssen und eine Stärkung der eigenen Traditionen brauchen, sollen sie irgendwie langfristig überlebensfähig sein.

Das ist aber eben nicht durch Betonung des unpersönlichen säkularen Mottos "one size fits all" zu erreichen, sondern vielmehr durch das positive Bekenntnis zum eigenen, christlichen Herkommen, das ja schließlich überhaupt erst die Entwicklung des gegenwärtigen, inklusiven Gesellschaftsmodells ermöglicht hat. Denn selbst dieses zehrt letztlich vom rasch verblassenden Geist christlicher Kultur; sobald dieser gänzlich schwindet, wird auch von "Toleranz" und "Säkularismus" nicht mehr viel übrig bleiben. ...

*Sie sagen in einem Artikel, der kürzlich erschien: "Der Westen, oder was davon noch übrig ist, sitzt auf einem stetig wachsenden Berg aus reinem Sprengstoff, dessen Entschärfung mittlerweile so unwahrscheinlich geworden ist, daß eine kontrollierte Zündung schon fast als Gnade erscheint." Was genau meinen Sie damit?*

David Engels: Ich bin überzeugt, daß es bereits zu spät ist, die Explosion zu vermeiden. Je früher sie also erfolgt, desto geringer wird die Masse des stetig anwachsenden Sprengstoffes sein, und desto größer die Hoffnung, daß das Eine oder Andere doch noch unversehrt bleiben könnte. Das bedeutet konkret: Je länger die zwar dringend nötigen, aber mit den Mitteln des gegenwärtigen politischen Systems nicht zu verwirklichenden Reformen unseres Kontinents aufgeschoben werden, desto schwieriger dürfte es sein, die zahlreichen Krisenfaktoren überhaupt noch eines Tages in den Griff zu bekommen. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 27. März 2018: >>Neue Rechte: Germanische Thing-Zirkel

In der alten Bundesrepublik suchten rechte Zirkel vergeblich nach dem historischen Moment, die Konservativen zu gewinnen. Diesmal scheint es ihnen zu gelingen.

*Von Thomas Assheuer*

Die deutsche Rechte, muß man wohl sagen, ist in Champagnerlaune. Eine Gruppe von Publizisten und Schriftstellern hat eine Erklärung veröffentlicht, mit der sie angesichts einer "illegalen Masseneinwanderung" sich mit jenen solidarisieren, die dafür "demonstrieren, daß die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird".

Auf der erstaunlich umfangreichen Unterschriftenliste finden sich neben konservativen Autoren auch Akteure aus dem rechtsradikalen Milieu, und es ist dieser Schulteranschlag, der Rechte triumphieren läßt: Daß ihre Ideen in konservativen Kreisen endlich hoffähig werden, darauf hatten sie gehofft. Das war ihr Projekt, von Anfang an.

Über diese Anfänge existieren ein paar Vorgeschichten, und eine beginnt am 11. April 1945 mit der Tagebucheintragung des Schriftstellers Ernst Jünger. Amerikanische Panzer hatten ihn aus dem Schlaf gerissen, und er staunt über die hin und her schwankenden Funkantennen auf den Stahlmonstern. Die Szene erinnert ihn an eine magische Angelpartie, die das Ziel hat, den deutschen "Leviathan" einzufangen. "Von einer solchen Niederlage", notiert er, "erholt man sich nicht wieder wie einst nach Jena oder nach Sedan. Sie deutet eine Wende im Leben der Völker an, und vieles, was uns im Innersten bewegte, muß sterben bei diesem Übergang."

Im Innersten? Damit meinte Ernst Jünger seine eigene Ideenwelt, das eigene Weltbild, er meinte seine Vorstellung von Politik, Staat, Ordnung. In der Weimarer Republik zählte Jünger zu den Vorreitern der rechten Revolte, und es war ihm eine Ehre, die Demokratie federführend und in unzähligen, auch antisemitischen Pamphleten sturmreif zu schießen. Nun, nach der "totalen Niederlage", schien für Jünger die Weimarer Rechte moralisch diskreditiert, auch wenn einige ihrer Vertreter zuletzt vor Hitler gewarnt hatten oder von seinen Schergen ermordet worden waren. Jünger benutzt ein seltenes Wort. Er spricht von "Schuld".

Es gibt zahllose Bücher darüber, wie Weimarer Rechtsintellektuelle sich in der Nachkriegszeit an die neuen Verhältnisse angeschmiegt und nach kurzer Reue versucht haben, ihren völkischen Nationalismus ein zweites Mal unter Volk zu bringen. Doch es fehlten die strategischen Partner. Die bürgerlichen Konservativen hatten sich "leider" unter der Fahne der CDU versammelt und Deutschland an die "Siegerkultur" verraten. Entsprechend ungünstig urteilte Martin Heidegger über Konrad Adenauer. Der Vater der Westbindung war für ihn offenbar kein richtiger Rechter, er war nur ein Konservativer, dazu noch Katholik.

Wie aber konnten die Rechten wieder Einfluß gewinnen? Es war der Privatsekretär Ernst Jüngers, der Schweizer Armin Mohler, der sich sofort nach Kriegsende daranmachte, das rechte Weimarer Erbe erneut einsatzfähig zu machen. Sein Verkaufstrick: Die hochaggressiven Traditionsbestände sollten nicht mehr als rechts, sie sollten fortan als konservativ etikettiert werden.

Wie Volker Weiß in seinem Buch *Die autoritäre Revolte* (Klett-Cotta) zeigt, wurde das alte Gedankengut säuberlich vom Faschismusverdacht gereinigt und dem Publikum als normale konservative Grundnahrung schmackhaft gemacht. Als Mohler 2003 starb, hielt sein letzter Schüler die Grabrede: Götz Kubitschek, heute eine Spinne im rechten Netz.

Mohler hatte zwar den Brückenschlag zu den "Demutskonservativen" vorbereitet, aber das gemeinsame Bündnis blieb eine Fata Morgana in der rechten Theoriewüste. Gewiß, es gab Allianzen mit dem NS-kontaminierten Filbinger-Dregger-Flügel der Union, es gab den Weikersheimer Kreis und Helmut Kohls politische folgenlose Verehrung für Ernst Jünger. Doch trotz mancher Verlockung behielten die Bürgerlichen einen klaren Kopf. Sie trugen, meistens jedenfalls, die Verfassung unterm Arm, sie waren konservativ und ließen die Rechten dort, wo

sie waren: in der Schmuddelzone.

Ohne Lückenschluß mit den Konservativen blieb den Rechten nur der Rückzug, das Händchenhalten in germanischen Thing-Zirkeln oder, ganz wichtig, die Arbeit an der Metapolitik. Das hieß: Wenn man parteipolitisch auf verlorenem Posten steht, dann muß man abwarten und geduldig das mentale Feld der Kultur beackern, damit die rechte Saat dann, wenn das liberale System ins Wanken gerät, auf fruchtbaren Boden fällt.

### **Zerstörung ist das Ziel**

Die Neuen Rechten, so nannten sie sich nun, gründeten Thule-Kreise und Zeitschriften wie *Criticon*, später, in den Achtzigern, kam eine eigene Wochenzeitung hinzu. Mit einer gewissen Neigung zur Selbstwiederholung beschrieben sie die Deutschen als "niedergehaltenes" Volk, das binnen Kurzem im Schwarzen Loch der Europäischen Union verschwinden werde. Mohlers Zöglinge studierten Bücher des französischen Philosophen Alain de Benoist über die "Kulturrevolution von rechts" und attackierten zielsicher den Liberalismus an seiner verwundbarsten Stelle: bei der sozialen Atomisierung und der Produktion von Einsamkeit.

Auch die "Wehrlosigkeit der deutschen Scheindemokratie" war ein Themenklassiker, daneben noch die übel riechende "Prolokratie" sowie die große Egalisierung in der Nacht der Götterferne. Für sie stand als bedrückendstes Beispiel das Verschwinden des Herrensalons, was deutsche Männer dazu zwingt, Gesprächen über die Wiederkehr des Lockenstabs beizuwohnen.

Im Angebot waren auch Ernst Jüngers lesenswerte, wenngleich zähflüssige Romanfantasien im Futur II. Wie die TV-Serie *Game of Thrones* malten sie eine Zukunft aus, in der der Liberalismus glücklich verendet ist und zwischen den Menschen die alte, natürliche Ungleichheit herrscht. Hier gibt es wieder den Herrn und auch den Knecht.

Kurzum, Metapolitik beruhte auf der Annahme, daß die "liberalistische Moderne" dem Untergang geweiht und - wie das Codewort heißt - in sich "vollendet" ist. Mit feinem Gespür wurde jeder Haarriß im liberalen Weltgebäude registriert, und wurde der Riß größer, war es gleich ein "Geschichtszeichen". Metaphysisch erregt, lauschte man dem anschwellenden Rumor des kommenden Bankrotts. Bald würde es so weit sein.

Das größte Geschichtszeichen war selbstredend der Fall der Mauer, und damals gelang den Rechten tatsächlich ein kurzer Brückenschlag ins bürgerliche Lager. Gemeinsam träumten viele von der "selbstbewußten Nation" und dem Ende der machtpolitischen Selbstverzweigung, denn schließlich hatte die Geschichte höchstpersönlich das Interregnum der Bundesrepublik beendet.

Jetzt, nach dem "Rückruf in die Geschichte" (Karlheinz Weißmann), stand der Heimkehr des deutschen Odysseus nach Ithaka nichts mehr im Wege. Doch leider beging ein CDU-Konservativer erneut Verrat an der heiligen Nation. Helmut Kohl bescherte Deutschland den Euro und legte den Leviathan gleich wieder an die Kette.

In den Jahren nach 1989 wurden die Rechten mit einer interessanten Behauptung vorstellig, die allerdings nicht auf ihrem Mist gewachsen war. Sie lautete, daß der Westen nicht aus eigener Kraft existieren könne und bis zum Mauerfall von außen, durch den kommunistischen Gegner, stabilisiert worden sei.

Mit dem Untergang des Ostblocks entfalle der sichernde Außenhalt, und nun fresse sich die Demokratie von innen auf - die Rechte müsse nur noch das Heer der Enttäuschten mit offenen Armen empfangen. Und so kam es auch. Während Konservative, Sozialdemokraten und Grüne sich mit dem Neoliberalismus verbündeten und dessen Verlierer mit Hartz IV belohnten, lockte die Rechte mit der Volksgemeinschaft, in der Platz für alle sei. Für alle Deutschen.

Der nächste Riß, die nächsten Geschichtszeichen waren dann Nine Eleven, der Terrorangriff auf die "Kapitale des Kapitals", und der Finanzmarkt-Kollaps 2008. Als Donald Trump zum Präsidenten gewählt wurde und er mit Steve Bannon einen leibhaftigen Reaktionär ins Weiße

Haus holte, kam die Rechte aus dem Staunen nicht mehr heraus.

Ein Systemwechsel, vollbracht vom System selbst? Die Netzwerke glühten, denn ausgerechnet in Amerika gelang der ersehnte Brückenschlag zwischen Konservativen und Rechten. Donald Trump ist nicht nur ein Geschichtszeichen, er ist die Geschichte selbst! Er zerstört den Westen. Applaus auch aus Rußland.

Das jüngste Geschichtszeichen, das Deutschlands Rechte erkannt haben will, sind die weltweiten Fluchtbewegungen. In ihren Augen sind sie, was zum Teil stimmt, Folge der westlichen Globalisierung und setzen eine erfreuliche Dialektik in Gang: Sie machen die Rechte so stark wie nie, und wenn sich die bürgerlichen Konservativen nun ein Herz faßten und mit ihr eine schlagende Verbindung eingingen, dann stehe Deutschlands Wiedergeburt nichts mehr im Wege. "Merkel muß weg!"

Gewiß, das sind Meinungspartikel vom rechten Rand, aber all die mutigen Geistesarbeiter und besorgten Bürger, die ihren Namen unter eine "Erklärung" gesetzt haben, die Flüchtlingen die Solidarität aufkündigt - sie sollten schon wissen, mit wem sie einen Stuhlkreis bilden. Rechte sind Rechte und keine Konservativen; ihr Ziel ist nicht Bewahrung, sondern Zerstörung. Sie wollen die liberale Öffentlichkeit nicht meinungstechnisch erweitern, sie wollen sie abschaffen.

Die Rechte träumt vom ethnisch homogenen Volk, vom organischen Staat und von seiner machtpolitischen Souveränität - ohne Rechtsgleichheit, ohne freie Gerichte, ohne Migranten, ohne "Vergangenheitsbewältigung" und ohne Einbettung in die Europäische Union. Ihre Helden heißen Wladimir Putin, Viktor Orbán und Jarosław Kaczyński. Und so kann man Rechten alles Mögliche vorwerfen, nicht aber Unaufrichtigkeit. Sie sagen, was sie wollen. Und wenn sie an die Macht kommen, dann tun sie es auch. ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 21. Juni 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über drohende gewaltsame Auseinandersetzungen in Deutschland (x963/...): >>**Bürgerkriege voraussehbar**

*"Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag."*

Helmut Schmidt (SPD) 1981

Die gezielte Massenmigration nach Europa durch UNO, EU und das Merkel-Regime, die seit 2015 den bereits vorhandenen Anteil kulturfremder und zum großen Teil muslimischer Menschen gewaltig erhöht hat und laufend weiter erhöht, führt unvermeidlich zu jetzt bereits beobachtbaren gesellschaftlichen Folgen, die die betroffenen Länder in den Zerfall und die Chaotisierung treiben müssen.

Es ist darüber hinaus absehbar, daß in der übergangenen einheimischen Bevölkerung gegen die größtenteils nicht integrierbaren, auch integrierunwilligen und teilweise immer aggressiver werdenden Ausländer, gegen die daraus folgende steigende Kriminalität und die wachsende Verarmung der eigenen Unterschichten zunehmend Aversionen und Aggressionen entstehen, die sich in tätlichen Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen entladen werden.

### **Auseinandersetzungen der Einheimischen**

In der Frage der unbegrenzten und unkontrollierten Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten sind die Deutschen selbst tief gespalten. Noch hält eine Mehrheit unter dem Einfluß des Berliner Parteienkartells und der indoktrinierenden Mainstream-Medien die Aufnahme aus "humanitären Gründen" für richtig. Ihnen steht eine wachsende Zahl von Kritikern gegenüber, die die globale Planung zur Zerstörung der Nationalstaaten und Auflösung der Völker durch kulturfremde und überwiegend muslimische Immigranten durchschauen, in deren Dienst die eigene Regierung und die meisten "Volksvertreter" offensichtlich tätig sind.

Doch es findet über diese lebensentscheidende Frage keine sachliche Auseinandersetzung statt. Die Kritiker werden medial in aller Breite als Ausländerfeinde, Rassisten, Nationalisten oder Faschisten diffamiert, von den Schlägertrupps der staatlich subventionierten "Antifaschi-

sten" tätlich angegriffen und an Demonstrationen und Versammlungen gehindert, was - seit Jahren von der Polizei nur mühsam im Zaum gehalten - bereits Bürgerkriegscharakter trägt. In dieser aggressiven Atmosphäre wird es sicher weiter zu wechselseitigen Radikalisierungen kommen. Auf der einen Seite werden sich die Zuwanderungskritiker immer mehr mit wachsenden Demonstrationen Luft verschaffen und in Teilen zu wirklicher Ausländerfeindlichkeit steigern, was auf der anderen Seite die Befürworter zu einem noch heftigeren Kampf gegen "rechts", "Intoleranz", "Nationalismus" und dergleichen anstachelt. So entsteht zunehmend ein allgemeines Klima des Hasses und des Kampfes der beiden Bevölkerungsgruppen gegeneinander.

Dabei wird aufgrund der eskalierenden Probleme die Gruppe der Zuwanderungs-Kritiker ständig zunehmen und ihre Gegner in die Minderheit drängen, *"die aber"*, so der Hamburger Philosoph Lars Grünewald, *"mit Hilfe der von den Eliten gesteuerten Medien sich weiterhin als 'Mainstream' und als 'Political Correctness' geltend machen und versuchen wird, die Mehrheit der Bevölkerung ideologisch zu diffamieren und ihr eine im Grunde menschenfeindliche Gesinnung zu unterstellen."*

*Was die Gegner der Zuwanderungs-Kritiker, die sich solcher Praktiken bedienen, dabei tun, ist, systematisch wesentliche Bestandteile des Grundgesetzes auszuhebeln, nämlich den Artikel 4, der eine absolute Überzeugungsfreiheit jedes Menschen gestattet, den Artikel 5, der in weitestem Umfang die Äußerungsfreiheit jedes einzelnen Menschen garantiert, ferner den Artikel 8, der eine Versammlungsfreiheit gewährleistet für die unterschiedlichsten Bestrebungen, und den Artikel 9 der Vereinigungsfreiheit, der Freiheit, seine Interessen auch gegen andere Interessen durch Zusammenschluß von Menschen zu vertreten."*

Sie werfen den Kritikern Intoleranz gegen Migranten vor, üben jedoch selbst gewaltsame Intoleranz aus und zerstören fundamentale Grundrechte der Demokratie, in die die Migranten angeblich doch integriert werden sollen. So zeigen sie diesen, daß ihre enthusiastischen Begrüßer mit den freiheitlichen Grundwerten selbst nichts am Hut haben und geben ihnen ein Vorbild, wie man sich in Deutschland durchsetzen kann. Und die geduldeten Antifa-Horden demonstrieren ihnen ständig mit Respektlosigkeit, Haß und tätlichen Angriffen nicht nur gegen friedliche Demonstranten, sondern auch gegen die Polizei des Staates praktische Anleitung zum Bürgerkrieg.

Gesamtgesellschaftlich beschreiten sie den Weg zu einer weiteren Variante des Totalitarismus, *"in dem andere Meinungsbekundungen und Aktivitäten als diejenigen, die im Mainstream liegen und der Richtung der Political Correctness, nicht mehr zugelassen und gesamtgesellschaftlich geächtet werden. Das wäre das Entstehen eines neuen Totalitarismus, eines Faschismus der "Gutmenschen" gewissermaßen. Auf der anderen Seite steht dem aber gegenüber ein Bevölkerungsanteil von zunehmender Größe, der solche Art der Behandlung schlicht nicht hinnehmen wird. Und damit laufen wir auf Verhältnisse eines inneren gesellschaftlichen Krieges zu."*

Dieser gesellschaftliche Krieg wird in einer unheilvollen Mischung aus Kämpfen von Deutschen gegen Deutsche, Migranten gegen Deutsche und Migranten gegen Migranten bestehen. Letzteres ist bereits in den Zusammenstößen zwischen Türken und Kurden und in tätlichen Auseinandersetzungen in Flüchtlingsheimen sichtbar geworden.

### **Kein wirklicher Integrationsprozeß**

Das zentrale Problem besteht in einem fehlenden Integrationsprozeß für die Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft und Kultur derart, daß allmählich eine Identifizierung damit stattfände. Das ist schon durch die großen Massen völlig Kulturfremder, die in kurzer Zeit und ständig weiter ins Land gelassen werden, nicht möglich. Aber daß dies so geschieht, ist eben Ausdruck des Willens der die Deutschen beherrschenden Kreise, daß eine wirkliche Integration, die den Namen verdient, gar nicht stattfinden soll.



Der deutsche Politikwissenschaftler und Nahostexperte syrischer Herkunft Bassam Tibi, 36 Jahre lang Professor an der Uni Göttingen, kritisierte scharf den deutschen Integrationsbegriff. *"Ich habe als Berater mit Verwaltungsleuten über Integration geredet und war erstaunt. Mit Integration meinen sie: Registrierung, Alimentierung, häusliche Unterbringung, bestenfalls Sprachkurse. Integration heißt aber, daß man eine Bürgeridentität annimmt. Zu einer Heimat gehört Identität. Wenn dieser Faktor ausgeschlossen wird, bleibt nichts. Da steckt aber das deutsche Problem: Es gibt kein Identitätsangebot."*

Dies ist der Ausgangspunkt für die entstandenen und weiter entstehenden Parallelgesellschaften. Die Ausländer bleiben weitgehend unter sich, im Dunstkreis ihrer eigenen kulturellen, vielfach mittelalterlichen Lebensformen und Gewohnheiten. Insbesondere der Islam, dem die meisten Migranten angehören, hält sie von vorneherein zur Abschließung und zu einer gegnerischen Haltung gegen Christentum und freiheitlich-demokratische Lebensformen an.

Daher leben auch, wie Bassam Tibi aus seiner Beobachtung feststellt, 90 % der Muslime in Deutschland praktisch in Parallelgesellschaften. "Die meisten möchten auch gar nicht dazugehören." Die anderen 10 % der Muslime sind beruflich und gesellschaftlich deshalb eingegliedert, weil sie dem Islam zwar von Geburt noch angehören, sich aber innerlich davon emanzipiert haben oder überhaupt areligiös geworden sind.

Scharfe Kritik übt Tibi an der Deutschen Islam-Konferenz, die er als eine "Veranstaltung der Unehrlichkeit" bezeichnete. Sie sei "deutsche Unterwerfung". Der Staat kapitulierte vor dem Islam. Die Deutschen führten einen Dialog mit nur vier Verbänden, die alle *"aus dem Ausland finanziert werden und islamistisch und schriftgläubig sind"*. Liberale Muslime seien ausgeschlossen worden. Inhaltlich gehe es nicht um eine Integration von Muslimen, um Sicherheit und Zuwanderung, sondern um die Minderheitenrechte des organisierten Islam.

Aus den Parallelgesellschaften haben sich bereits und entwickeln sich weiter sogenannte "No-go-Areas", Stadtteile mit überwiegender Migrantenbevölkerung, die, mitbedingt durch hohe Arbeitslosigkeit, zu Brutstätten von Gewalt, Kriminalität, Drogenhandel und von Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit werden.

Es sind quasi rechtsfreie Räume, in denen keine öffentliche Sicherheit mehr besteht, auch nicht mehr gewährleistet werden kann, in die sich die Polizei, wenn überhaupt, nur noch mit einem großen Aufgebot hineinwagt. Aber auch schon die Aufnahme- oder Flüchtlingsheime bilden durch die Beschäftigungslosigkeit, Langeweile und Perspektivlosigkeit der überwiegend jungen, kräftigen Migranten wachsende Stätten der Unruhe, Gewalt und Kriminalität, sowohl teilweise untereinander, als auch und vor allem gegen die deutsche Bevölkerung.

### **CIA-Studie**

Die Perspektive von Bürgerkriegen werden viele sicher noch für weit übertrieben halten. Aber es kommt darauf an, die Dinge nüchtern ins Auge zu fassen. Bereits in seinem 2009 erschienenen Buch "Vorsicht Bürgerkrieg!" stellte Udo Ulfkotte eine Fülle von belegten Fakten zusammen, die alle auf kommende Bürgerkriege zulaufen.

So erwähnte er (S. 129 ff.) auch unter anderen Geheimdienst-Studien eine solche des CIA, aus der CIA-Chef Michael Hayden in einer Rede in der Kansas State University einiges publik machte, worüber die Washington Post am 1.5.2008 berichtete. Der CIA-Chef wird mit den Worten zitiert, Europa werde weiterhin ein starkes Anwachsen der moslemischen Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen haben, deren Integration die europäischen Staaten vor große Herausforderungen stellen und das Potential für Bürgerkriege und Extremisten deutlich erhöhen würden.

*"In dem Bericht wird die "Unregierbarkeit" vieler europäischer Ballungszentren "etwa um das Jahr 2020 herum" prognostiziert. In Deutschland fallen darunter angeblich: Teile des Ruhrgebietes - namentlich erwähnt werden etwa Dortmund und Duisburg -, Teile der Bundeshauptstadt Berlin, das Rhein-Main-Gebiet, Teile Stuttgarts, Stadtteile von Ulm sowie Vor-*

orte Hamburgs.

Ähnliche Entwicklungen sieht die CIA für den gleichen Zeitraum in den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Italien. Die Studie spricht von "Bürgerkriegen", die Teile der vorgenannten Länder "unregierbar" machen würden. Hintergrund der Studie sind Migrationsbewegungen und der mangelnde Integrationswille von Teilen der Zuwanderer, die sich rechtsfreie ethnisch weitgehend homogene Räume erkämpfen und diese gegenüber allen Integrationsversuchen auch mit Waffengewalt verteidigen würden. Die CIA behauptet vor diesem Hintergrund, daß Teile Europas "implodieren" und die Europäische Union in ihrer derzeit bekannten Form wohl auseinander brechen werde.

Die CIA ordnet schwere Jugendunruhen, wie sie sich in den letzten Monaten in französischen Vorstädten, in den Niederlanden, in Dänemark, Großbritannien und Schweden ereignet haben, als "Vorboten" dieser kommenden Bürgerkriege ein. In den kommenden Jahren werde die Kriminalität unbeschäftigter Kinder von Zuwanderern steigen, die steigenden Sozialausgaben der europäischen Staaten würden nicht reichen, um diese Bevölkerungsgruppe dauerhaft ruhig zu stellen.

Die CIA-Studie weist darauf hin, daß schon jetzt in einigen europäischen Staaten bis zu 70 Prozent der inhaftierten Straftäter (beispielsweise in Spanien wie auch in Frankreich) aus dem islamischen Kulturkreis stammen. Europa werde von einem beachtlichen Teil der Migranten als schwach und dem Untergang gewidmet gesehen. Die Gesetze, Werte und Normen würden nicht anerkannt. Damit steige das Unruhepotential für die kommenden Jahre beachtlich."

### **Gegenwart**

Die Dinge haben sich mit der Massenflut von 2015/16 ja gewaltig weiterentwickelt, wie jeder täglich insbesondere in den alternativen Medien des Internets lesen kann. Auch die No-go-Areas, die bereits 2008 von erfahrenen Polizisten als "tickende Zeitbomben" bezeichnet wurden, sind nicht entschärft, sondern haben - um im Bilde zu bleiben - weiteren Explosionsstoff und größere Zünder erhalten. Inzwischen kommt es schon zu Zusammenrottungen moslemischer Jugendbanden außerhalb ihrer Viertel gegen die Polizei wie kürzlich in München, die der davon berichtende Blog "Le Penseur" "Vorboten des Bürgerkrieges" nennt.

Auch rotten sich bereits neu angekommene Migranten in Flüchtlingsheimen gegen die Polizei zusammen, wie es in der Nacht zum 1. Mai in Ellwangen geschah, wo rund 200 Afrikaner drei Streifenwagenbesetzungen der Polizei unter massiver Gewalt dazu zwangen, einen verhafteten Togolesen wieder freizulassen, sich zurückzuziehen und den Schlüssel für die Handschellen herauszugeben. "Ellwangen stellt einen Wendepunkt dar: Migranten verbünden sich gegen einen Staat, der sie aufgenommen hat und großzügig versorgt", notierte das Internet-Magazin "Tichys Einblick" unter der Überschrift: "Ist das erst der Anfang?"

In einer Dresdener Erstaufnahmeeinrichtung gingen am 17. Mai 2018 wegen des Essens etwa 25 Bewohner auf den Sicherheitsdienst los. Die Security-Mitarbeiter wurden mit Steinen, Betteilen, Stühlen, Tischbeinen und Messern angegriffen. Drei Wachmänner wurden verletzt und mußten ärztlich versorgt werden. Ein Sicherheitsmann kam mit Stichverletzungen ins Krankenhaus.

Gleichzeitig wird aus Griechenland berichtet, daß sich vor allem in Athen immer mehr Migranten zusammenrotten oder sich bereits bestehenden Banden anschließen und sich Waffen auf dem Schwarzmarkt besorgen. Der Grund dafür sei, daß viele kaum noch Hoffnung auf eine Ausreise in ein anderes EU-Land haben und keine Chance auf ein besseres Leben in Griechenland sehen. Die Polizei sei mit der sich zuspitzenden Lage völlig überfordert.

Die Kriminalität der Zugewanderten hat laufend zugenommen. Die Zahl der "Straftaten gegen das Leben" durch die in den letzten Jahren ca. 1,6 Millionen Zugewanderten hat sich seit 2013 vervierfacht, von 113 auf 447. Die Zugewanderten, die einen Anteil von 2 % an der deutschen

Bevölkerung ausmachen, stellen jetzt 15 % der Mörder und Totschläger, also 7,5 mal mehr als ihrem Anteil entspricht.

Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der "Straftaten gegen die "sexuelle Selbstbestimmung" durch Zuwanderer verneunfacht, von 599 auf 5.258. Allein gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Sexualverbrechen durch Zuwanderer 2017 um 54 % zugenommen, von 3.404 auf 5.258. Dabei werden aber nach Expertenschätzung 90 % der Sexualdelikte nicht angezeigt. Bei den erfaßten Sexualtätern stellten die Zuwanderer 11,9 % der Täter.

Laut einer weiteren aktuellen Statistik des Bundeskriminalamts gab es 2017 knapp 40.000 deutsche Opfer von Straftaten durch vermeintlich "Schutzsuchende" - fast sechsmal mehr als in umgekehrter Konstellation. Das heißt, durchschnittlich werden pro Tag über 100 Bürger Opfer von Verbrechen, die von Zuwanderern begangen werden.

Polizei und Justiz sind heillos überfordert. Wegen dramatischen Personalmangels, der sich noch erheblich verstärken wird, stauen sich die Ermittlungsverfahren, viele werden wegen "Geringfügigkeit" eingestellt, und die Gerichte urteilen vielfach außerordentlich milde mit "Migrantenbonus" - zum Vergnügen der Migranten, das sich mit Geringschätzung mischt.

Wenig beachtet wird das Gewalt- und Bürgerkriegspotential der über die offenen Grenzen einmarschierten islamischen Terroristen, deren genaue Zahl unbekannt ist. Der Verfassungsschutz rechnete laut Focus bereits 2016 mehr als 43.000 Menschen zur "islamistischen Szene" in Deutschland, eine Zahl, die in den vergangenen Jahren stetig gewachsen ist - vor allem durch den starken Zulauf bei der Gruppe der Salafisten, einer besonders fundamentalistischen Strömung innerhalb des Islam, der rund 8.650 Leute zugerechnet wurden.

Etwa 1.100 Menschen in Deutschland ordnete man dem "islamistisch-terroristischen" Spektrum zu, darunter fast 500 sogenannte Gefährder - also Menschen, denen die Polizei grundsätzlich zutraut, daß sie einen Terrorakt begehen könnten. Inzwischen wird die Zahl der Gefährder mit mehr als 720 angegeben.

Zudem wächst aus den Schulen ein riesiges Gewaltpotential nach. Immer mehr total überforderte Lehrer beklagen *"schlimmste soziale Verhältnisse"* und daß vielfach an regulären Unterricht nicht mehr zu denken sei. Insbesondere die meisten muslimischen Familien schotten sich völlig ab. Diese Eltern halten ihre Kinder nicht zum Lernen und zum Respekt vor ihren Lehrern an. Mobbing und Gewalt gegen deutsche Schüler und sogar psychische und physische Gewalt gegen Lehrer nehmen laufend zu.

Was auf uns zukommt, kann in Schweden bereits beobachtet werden.

*"Schwedens Polizeichef hat schon mehrfach betont, daß die Polizei machtlos sei gegen die Überzahl der in Schweden lebenden gewalttätigen Moslems, und schwedische konservative Politiker haben zugegeben, daß der schwedische Staat nicht mehr Herr im eigenen Land ist. ... Der Vorort Rinkeby in Stockholm gilt zusammen mit den Bezirken Husby und Tensta und bestimmten Bereichen Malmös zu den schlimmsten No-Go-Zonen in Schweden. Dort ist inzwischen der Gebrauch von Schußwaffen und Handgranaten alltäglich. Hauptsächlich leben in allen No-Go-Zonen Migranten. Es herrschen Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Armut und Gewalt."*

*"Rinkeby ist wie ein Kriegsgebiet. Wenn die Polizei dort arbeitet, tut sie das, wie die bewaffnete Armee es tun würde", sagte die schwedische Staatsanwältin Lisa Tamm. "Ich habe mir die Frage gestellt, wie haben sie es in Kolumbien geschafft, die FARC Guerilla zu besiegen und in El Salvador, den Krieg zu beenden. Oder in allen anderen Teilen der Welt, in denen sie so große Probleme über viele, viele Jahre hatten. Gibt es da irgendeine Lösung. Man muß über den Tellerrand hinausschauen".*

### **Was bedeuten Bürgerkriegszustände?**

Die Zustände in den "No-go-Areas" und die darüber hinaus sich ausbreitende Radikalisierung und Kriminalisierung haben zur Folge, daß weite Teile des Landes, wie es in der CIA-Studie

heißt, "unregierbar" werden. Das heißt, daß Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte nicht mehr in der Lage sind und - auch aus Überlastungsgründen - immer weniger in der Lage sein werden, alle Straftaten zu verfolgen und zu ahnden. Es entstehen also rechtsfreie Räume, in denen kriminelle Handlungen beliebig und ungestraft möglich sind. Das bedeutet den Verlust der Rechtssicherheit für die in diesen Gebieten lebenden Menschen und praktisch den lokalen Zusammenbruch des Rechtsstaates.

Der Hamburger Philosoph Lars Grünewald malt das wahrscheinliche Szenario wie folgt aus:

*"Wo aber der Rechtsstaat zusammengebrochen ist, da wird es zu wahllosen Plünderungen und Ausschreitungen kommen, und es wird sich die gesamte in den vergangenen Jahrzehnten aufgestaute und durch Armut und Perspektivlosigkeit hervorgerufene Aggression vieler der betroffenen Menschen entladen.*

*Die davon betroffenen Bevölkerungsgruppen hatten sich ja bisher darauf verlassen können, daß der Rechtsstaat solche Straftaten verhindert oder, falls sie begangen worden sind, entsprechend ahnden wird. Und der gesamte Gesellschaftsvertrag beruht ja darauf, daß der einzelne Mensch seine Rechte auf Durchsetzung seiner persönlichen Interessen und auf Ahndung des an ihm begangenen Unrechts an den Staat abtritt, indem er sich darauf verläßt, daß der Staat seine Rechte durchsetzen wird.*

*Wenn der Staat das aber nicht mehr tut, dann fällt die Exekutive an den einzelnen Menschen zurück, er wird sich seiner Haut und seines Besitzes selber erwehren müssen, und dabei wird es zu zahlreichen Fällen von Lynchjustiz, massenhafter Sippenverfolgung und ähnlichen Auseinandersetzungen kommen. Denn die angegriffenen Menschen werden sich nicht wehrlos ausbeuten und abschlachten lassen, sondern sie werden versuchen, sich dagegen so gut und so effizient wie möglich zu wehren. Und dabei wird jedes Differenzierungsvermögen der Betroffenen innerhalb einer solchen Atmosphäre der Aggressivität, eines solchen Bürgerkrieges, verloren gehen.*

*Dabei werden sich die bisher existierenden Fronten durchmischen und aufbrechen und als weitgehend irrelevant herausstellen. Denn es kommt dann bei solchem allgemeinen Chaos und solcher allgemeinen Aggressionsentladung nicht mehr darauf an, ob jemand Deutscher oder Ausländer, oder ob er Ausländerfeind oder Ausländerfreund ist. Der gemeinsame Gegner solcher Unruhen, die massenhaft entstehen werden, wird das deutsche Wohlstandsbürgertum und wird der Staat sein.*

*Denn das Wohlstandsbürgertum steht für Reichtum und Staat steht für Ordnung. Und Menschen, die selber in Armut und Chaos gestürzt sind, werden eine starke Tendenz dazu haben, sich an den Exponenten dessen, was ihnen vorenthalten worden ist, zu rächen und die entsprechenden Strukturen zerstören. Wenn die bürgerkriegsartigen Zustände erst erreicht sein werden, dann wird es in gar keiner Weise mehr um ideologische Differenzen und Auseinandersetzungen gehen, sondern um einen schlichten Aufstand der Armen und der unteren Schichten gegen die Reichen und Etablierten."*

### **Der Staat bereitet sich vor**

Natürlich macht sich der Staat Gedanken über diese Entwicklung. Udo Ulfkotte berichtete, daß die deutschen Sicherheitsbehörden genaue Listen über die potentiellen Unruhegebiete führen würden.

*"Der Autor hat die komplette Liste mit allen Untergliederungen der deutschen Sicherheitsbehörden einsehen dürfen. Es sind explosive Gebiete, auch wenn viele ... derzeit noch völlig ruhig ... erscheinen mögen. ... Im Bundeskanzleramt bezeichnet man die dicken Mappen intern als den 'Atlas der Wut'. In diesen Listen gibt es fettgedruckte Namen. Dort werden 'soziale Unruhen' und wütende Krawalle aus Sicht der Sicherheitsbehörden in absehbarer Zeit für 'wahrscheinlich' gehalten. ... Solche Listen gibt es übrigens in jedem europäischen Land."*

Doch man beläßt es nicht beim Beobachten. Wie die EU-Kommission und alle EU-Staaten

bereitet auch die deutsche Exekutive Polizei- und Bundeswehreinheiten auf innere Unruhen vor. So berichte focus.de: "*Bundeswehr und Polizei üben erstmals gemeinsam Abwehr von Terrorangriff*", was natürlich zugleich auch Vorbereitung auf größere innere Unruhen bedeutet.

Die Bundeswehr läßt seit 2012 in Schnöggersburg, einer ehemalige Dorf- und Forststelle in der Colbitz-Letzlinger Heide, eine Übungsstadt für den Stadt- und Häuserkampf errichten (Wikipedia).

*"In der Übungsstadt Schnöggersburg bereitet sich die Bundeswehr mit schwerem Geschütz nicht nur auf diverse Auslandseinsätze vor, sondern auch auf Häuserkämpfe und Straßenschlachten im Inneren. Offenbar hält man Bürgerkriegsszenarien nicht für unrealistisch"*, berichtete kürzlich RT-Deutsch.

Auch *"die EU rüstet sich gegen innere Unruhen. Im italienischen Vicenza werden paramilitärische Einheiten für Auslandseinsätze ausgebildet. Aber seit der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, dürfen diese Einheiten auch innerhalb der EU eingesetzt werden - und zwar bei "vom Menschen verursachten Katastrophen"*, meldete der Schweizer Rundfunk. ...

*"Was eine von Menschen verursachte Katastrophe denn sei, haben dann die EU-Außenbeauftragte Cathrine Ashton und die EU-Kommission in einem Papier von 2012 folgendermaßen dargelegt: "Jede Situation, die schädliche Auswirkungen auf Menschen, die Umwelt oder Vermögenswerte hat oder haben kann." Bekanntlich haben auch Streiks Auswirkungen auf Vermögenswerte."*

Ist es nicht merkwürdig, daß die Regierung nicht alles tut, um die Ursachen für die Konflikte zu beseitigen, also die unkontrollierte Massenmigration zu stoppen, in den Problemzonen aufzuräumen und die Armut an der kapitalistischen Wurzel zu bekämpfen, sondern daß sie beobachtet und die Konflikte sich entwickeln läßt, um dann mit Gewalt einzugreifen?

Wenn solche Bürgerkriegszustände ausgebrochen sind und die Polizei nicht Herr der Lage werden kann, wird der Einsatz des Militärs erfolgen, und wenn das eigene Militär der einzelnen Staaten nicht ausreicht, das der (US-geführten) Nato. Daraus wird dann vermutlich eine straffe Neuordnung hervorgehen, in der das Risiko zukünftiger Unruhen zwischen den verfeindeten Bevölkerungsgruppen minimiert wird. Dem wird ein starkes Bedürfnis der gebeutelten europäischen Bevölkerung nach Ruhe und Ordnung und nach einem gewissen wirtschaftlichen Wohlstand entgegenkommen.

### **Totalitäre Neuordnung**

Es ist zu erwarten, daß eine versteckt totalitäre Neuordnung errichtet werden wird, die neben Ruhe und Ordnung Brot und Spiele für alle garantiert, damit nicht aufgrund zu großer Langeweile und seelischer Leere wieder neue Unruhen entstehen. Lars Grünwald erwartet:

*"Nach einer Phase der Destruktivität und des allgegenwärtigen Chaos wird es weiten Teilen der Bevölkerung leicht plausibel zu machen sein, daß die Gefahr für politische und gesellschaftliche Stabilität einerseits und wirtschaftlichem Wohlstand andererseits im wesentlichen von der Äußerungsfreiheit und der Betätigungsfreiheit der Menschen ausgeht.*

*Man wird also Sorge dafür tragen müssen, daß diese Äußerungs- und Betätigungsfreiheit so weit eingeschränkt wird, daß von ihr keine Bedrohung mehr für die gesellschaftliche Stabilität ausgeht*

*Das bedeutet aber die nahezu vollständige Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Menschen und damit die Abschaffung einer jeglichen, auf Individualismus gegründeten Kultur. Und das ist auch das überragende strategische Ziel der zentralen Kreise der politischen und wirtschaftlichen Steuerungs-Eliten.*

*In einer weitgehend monopolisierten Wirtschaft wird es dann auch zur Einführung eines Grundeinkommens kommen müssen. Denn wenn eine konkurrenzbasierte Wirtschaft nicht mehr möglich ist, dann muß es eine Zuteilungswirtschaft geben, die durch staatliche Verfü-*

*gung dafür sorgt, daß die einzelnen Menschen nicht verhungern - mit Ausnahme der politischen Gegner.*

*Denn wenn der Staat erst einmal das wirtschaftliche Instrument zur Grundversorgung der gesamten Bevölkerung in seiner Hand hat, dann wird er es gezielt einsetzen, um seinen Systemgegnern die Lebensgrundlage zu entziehen und sie ebenso gezielt verhungern zu lassen. Und auch eine solche Sanktionierung wird bei weiten Teilen der Bevölkerung auf große Zustimmung stoßen."*

Der erste Schritt, diese voraussehbare Entwicklung zu stoppen und möglichst rückgängig zu machen, kann nur darin bestehen, genügend Bürger davon zu überzeugen, daß die systemtragenden Altparteien im Bundestag keine regierungsfähige Mehrheit mehr erhalten, und nach Möglichkeit bereits vor der nächsten Wahl den Bruch der jetzigen Regierungskoalition und Neuwahlen herbeizuführen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 23. Juni 2018 (x1.000/...):  
**>>Zum Weltflüchtlingstag 2018: Flüchtlingskrise oder geplanter Bevölkerungsaustausch?**

Anläßlich des Weltflüchtlingstages vom 20. Juni 2018 veröffentlichte die UN-Organisation "Global Trends" die aktuellen Zahlen zum Thema. Demnach waren Ende 2017 weltweit 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht.

Die Systemmedien erwecken mit dem Begriff "Flüchtlingskrise" den Eindruck, daß unerwartete Krisen Millionen Schutzsuchender nach Europa treiben würden. Doch Journalist Tilman Knechtel legt in der Express-Zeitung dar, daß diese Krisen gezielt herbeigeführt werden und zeigt die sich dahinter verbergenden Verursacher auf.

Am 20. Juni 2018 fand der diesjährige Weltflüchtlingstag statt. Wie an jedem Weltflüchtlingstag wurden die aktuellsten Zahlen rund um Flüchtlinge durch die UN-Organisation "Global Trends" veröffentlicht. Diese Zahlen zeigen einmal mehr, wie aktuell das Thema auch weiterhin ist. Weltweit waren Ende 2017 insgesamt 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Dies sind fast drei Millionen mehr als im Jahr zuvor.

Doch was sind die Ursachen dieser Flüchtlingsmassen? Die Systemmedien sprechen immer wieder von Millionen Schutzsuchender, die aufgrund von Krisen in ihren Ländern nach Europa fliehen. Doch der deutsche Buchautor und freie Journalist Tilman Knechtel schreibt in der Express-Zeitung, daß diese Krisen von hochrangigsten Entscheidungsträgern gezielt gewollt seien. Die Express-Zeitung ist eine Schweizer Zeitschrift, deren Herausgeber sich dem Ziel verschrieben haben, eine unabhängige Alternative zum "medialen Einheitsbrei" der Massenmedien zu bieten.

Aus aktuellem Anlaß, eben dem Weltflüchtlingstag 2018, strahlt Klagemauer.TV nun Auszüge aus der Express-Zeitung aus, worin Knechtel die sich hinter der Flüchtlingskrise verbergenden Ursachen aufzeigt. Wer sich tiefer mit der Thematik auseinandersetzen möchte, dem empfehlen wir die vollständige Ausgabe 14 der Express-Zeitung vom Februar 2018. Tilman Knechtel in der Express-Zeitung: "Das Phänomen der Masseneinwanderung nach Europa, das sich ab 2015 extrem verschärfte, bekam von Politik und Massenmedien das Prädikat "Flüchtlingskrise" verpaßt.

Dies brachte die Meinung hervor, daß unerwartete Krisen Millionen Schutzsuchender nach Europa getrieben hätten. Dieser Erklärungsansatz weckt Zweifel, denn erstens werden seit Jahren diverse geopolitische Hebel in Bewegung gesetzt, um Menschen in vielen Teilen der Erde zum Verlassen ihrer Heimat zu drängen, und zweitens fällt es schwer, von einer "Krise" zu sprechen, wenn die Massenumsiedlung aus der Dritten Welt nach Europa genau die Erwartungen und Ziele erfüllt, die hochrangigste Entscheidungsträger seit Jahren offenherzig vorantreiben.

Allen voran sind es die bereits weitgehend über nationale Interessen hinweg entscheidenden

Eine-Welt-Organisationen wie EU und UN, deren Funktionsträger keinerlei Hehl aus ihren Plänen zur Völkervermischung machen. U.a. wird hier davon gesprochen, "die Homogenität der Völker" zerstören zu wollen, "monokulturelle Staaten" auszuradieren oder eine "Replacement Migration" (Bevölkerungsaustausch durch Migration) herbeizuführen.

Das US-Pentagon zog in seinen Strategiepapieren den Import kulturfremder Bevölkerungsteile in ein gegnerisches Aufnahmeland in Betracht, um dieses zu schwächen und zu destabilisieren. Die US-Professorin Kelly M. Greenhill erklärte bereits 2008, wie Massenmigration als Waffe - möglicherweise heute von den USA gegen den wirtschaftlichen Konkurrenten Europa - eingesetzt werden kann. Fakt ist, daß die USA durch die Zerstörung Libyens und Syriens die Bevölkerungsströme nach Europa erst möglich machten.

Der Milliardär George Soros schuf mit seinen riesigen Geldspenden an NGOs die Infrastruktur, die den Schleppern den Weg nach Europa öffnete. Seine NGOs arbeiten mit den Schleppern zusammen und schleusen illegal hunderttausende Menschen nach Europa. Dafür wurden sie von der europäischen Politik jedoch nicht bestraft, sondern sogar teilweise gelobt."

Diese Aussagen lassen die Flüchtlingskrise mit unzähligen von Toten in einem anderen Licht erscheinen. Es zeigt einmal mehr die weltumspannenden Fäden der Globalstrategen auf. Wie sie alle Hebel bewegen, um ihre Pläne durchzusetzen. Deshalb gedenken wir anlässlich des Weltflüchtlingstags der 68,5 Millionen von Flüchtlingen, die ungewollt Opfer dieses geplanten Bevölkerungsaustausches wurden.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. Juli 2018: >>**Rückzugsgefecht der Gesinnungstaliban**

Die *Zeit*-Redakteurin Mariam Lau erlebt gerade einen Shitstorm übelster Art. Ausgelöst wurde er durch ihre Stellungnahme zu den sogenannten Seenotrettern im Mittelmeer. Auf der dritten Seite der Hamburger Wochenzeitung hielt sie fest, daß die NGO-Aktivisten nichts zur Problemlösung beitragen.

Im Gegenteil, sie seien fest eingeplante Akteure im Geschäftsmodell der Schlepper. Die Schiffbrüchigen hätten zwar Anspruch auf Rettung, aber nicht auf ein Zielland ihrer Wahl. Die NGOs handelten aus angemaßter moralischer Überlegenheit heraus, ohne einen Gedanken an die Folgen ihres Tuns zu verschwenden.

#### **Angebot für eine längst fällige Debatte**

"Stellen wir uns für zwei Minuten vor, wo Europa jetzt stünde, wenn man dem Drängen der Menschenrechtsorganisationen nach Legalisation aller Wanderungsbewegungen, ob Flucht oder Armutsmigration, nachgegeben hätte. Nach einem Europa ohne Grenzen. Eine Million, zwei Millionen, drei Millionen. Wie lange würde es wohl dauern, bis die letzte demokratische Regierung fällt?"

So weit, so bekannt. Der Text ist maßvoll in der Form und in der Sache. Er ist Angebot für eine längst fällige Debatte. Die abschließende Frage müßte man allerdings zuspitzen: Wie lange würde es dauern, bis auch die letzten europäischen Metropolen zu Kalkutta geworden sind, mit allen sozialen, kulturellen, zivilisatorischen Konsequenzen?

In der *Süddeutschen Zeitung* reagierte Heribert Prantl erwartbar aufgebracht wie sachfremd: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dieser Satz muß der sicherste aller sicheren Sätze sein und bleiben." Repräsentativ für die Reaktionen auf Twitter ist der Tweet, den der Chef der Satire-Zeitschrift *Titanic*, Tom Wolff, abgesetzt hat: "Wer bei der *Zeit* arbeitet und nach diesen Sätzen von Mariam Lau ... ihr nicht täglich brühend heißen Kaffee ins Gesicht kippt, ist für mich moralisch gestorben."

#### **Frustration und Desorientierung des Juste milieus**

Bernd Ullrich, Stellvertretender Chefredakteur der *Zeit* und grüneingefärbter Linksausleger, zeigte sich geschockt über die aggressiven Rückmeldungen. "Ich habe heute am eigenen Leib mitbekommen, wie es ist, wenn die flüchtlingsfreundliche Gemeinde ins Gefecht zieht. Arch

offen, Zeit-Redakteure töten? Zivilisationsbruch, die *Zeit* aus dem Diskurs raus, mit Kaffee verbrühen, maßlose Enttäuschung."

In einem zweiten Tweet ergänzte er: "Ich kann besser erspüren, warum Leute aus Trotz weiter nach rechts gehen. Ich bin kein fragiles Gemüt, bei mir wird das nicht passieren. Aber man sollte schon mal überlegen, ob Humanismus mit nichthumanem Sprechen erreicht werden kann. Gute Nacht Freude".

In der enthemmten Sprache entladen sich die Frustration und die Desorientierung des Juste milieus, deren Leitorgan die *Zeit* nach wie vor ist. Dieses Milieu ahnt, daß seine hypermoralische Haltung zu einer suizidalen Gefahr geworden ist, möchte diese Einsicht aber noch von sich schieben, auch weil das Eingeständnis mit einem Prestige-Verlust verbunden wäre.

Okay. Beitrag zur Versachlichung: Ich möchte natürlich NICHT "Zeit-Journalisten" auf offener Straße erschießen - sondern irgendwo im Mittelmeer, auf internationalen Gewässern, wo keiner so genau hinschaut und die rechtliche Lage eine andere ist.

- Tim Wolff (@titatimwo) Juli 12, 2018

### **Bevölkerungsexplosion in Nigeria**

Einige reagieren darüber hinaus mit Verhärtung und der Radikalisierung ihrer Gesinnungsethik. Jede Abweichung von der reinen Prantl-Lehre, Zweifel, Kritik, der Appell an die Verantwortungsethik, gelten ihnen als Verrat. Und Verrätern schüttet man heißen Kaffee ins Gesicht. Mindestens!

Aus der Distanz betrachtet, handelt es sich bei diesem medialen Aufruhr um - kalten Kaffee. Der Gewaltforscher Gunnar Heinsohn hat kürzlich wieder eine Rechnung aufgemacht: Nigerias Bevölkerung ist seit 1950 von 40 auf 200 Millionen Menschen angestiegen, von Platz 14 der bevölkerungsreichsten Nationen auf Platz 3. Deutschland ist in dieser Zeit von Platz 7 auf Platz 24 gefallen.

Die attraktiven Weide- und Ackerflächen im Land sind längst knapp geworden. Außerdem hat Nigeria gegen die überlegene asiatische Konkurrenz 40 Prozent seiner Industrieproduktion eingebüßt. Bis 2050 werden sogar 410 Millionen Einwohner erwartet.

### **Ein Hoffnungsschimmer**

Der Bürgerkrieg um die fruchtbaren Flächen richtet sich momentan gegen die Christen, doch auch innerhalb der Religionsgemeinschaften werden Konfliktlinien aufbrechen, denn: "Durchgehend müssen 4.500 bis 5.000 Jünglinge von 15 bis 19 Jahren um die Positionen und Ländereien von 1.000 Männern zwischen 55 und 59 Jahren kämpfen. Vorwände für Gewalt finden sich dann allemal auch zwischen Verehrern derselben Gottheit."

Allein in Nigeria werden also zig Millionen persönlicher Fluchtgründe generiert, die Europa weder vor Ort beheben noch bei sich befrieden kann. Die gesinnungsethischen Taliban in der Bundesrepublik werden sich durch solche Berechnungen keineswegs beeindruckt lassen. "Die Menschen sprengen sich für Allah in die Luft - weshalb sollen sie dann nicht ihre Gesellschaft für die Menschenrechte zerstören?" fragte Rolf Peter Sieferle in seiner Studie "Das Migrationsproblem". Wenn eine profilierte *Zeit*-Redakteurin dagegen die Stimme der politischen Vernunft erhebt, ist das ein Hoffnungsschimmer.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juli 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/15-17): >>Das Leid unserer Schüler

\_von Rüdiger Lenhoff

Der schleichende Volksaustausch begann in den Kreißsälen und ist längst auch in Kitas und Schulen sichtbar geworden. Vielerorts sind deutsche Kinder bereits deutlich in der Minderheit. Das hat gravierende Auswirkungen auf das ganze Land.

Einige Jahre vor dem durch Angela Merkel ausgelösten Zuwanderungs-Tsunami schrieb der Genozid- und Zivilisationsforscher Gunnar Heinsohn: "Im Jahr 2005 gebären die Migranten



und Ausländer bei einem Bevölkerungsanteil von nur 19 Prozent bereits 35 Prozent der in Deutschland geborenen Babys. Wenn diese Kinder geschlechtsreif werden und ihren überdurchschnittlichen Geburtenanteil von 2005 halten, dann werden schon 2025 von 100 Neugeborenen 65 Migranten und Ausländer sein. Niemand wird diesen Nachwuchs bei seinem Weg durch Kindergärten und Schulen in eine Minderheitenposition drängen können."

Lange wird es nicht mehr dauern, bis die Abstammungsdeutschen zur Minderheit im eigenen Land geworden sind. Laut dem Statistischen Bundesamt stieg die Geburtenzahl im Jahr 2016 auf 792.131 und damit im Vorjahresvergleich um sieben Prozent. Demnach haben Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Schnitt drei Prozent mehr Kinder bekommen, Frauen anderer Nationalitäten aber 25 Prozent mehr.

In absoluten Zahlen wurden 184.660 Kinder mit ausländischen Wurzeln geboren, darunter 21.800 Kinder türkischer und 18.500 syrischer Mütter. Es versteht sich von selbst, daß unter den rund 607.500 Kindern von Müttern deutscher Staatsangehörigkeit wiederum auch viele einen Migrationshintergrund haben. Insgesamt lag die Geburtenrate 2016 bei 1,59 Kindern je Frau. Bei Frauen mit deutschem Paß waren es 1,46, bei ausländischen Frauen jedoch 2,28 Kinder pro Frau.

Im ganzen Land stellten Nicht-Deutsche schon 2015 - also vor der Ankunft der quasi neuen Flüchtlinge - an allgemeinbildenden Schulen 33 Prozent. Da der Osten und ländliche Gebiete im Westen bei diesem Querschnitt mitgerechnet werden, darf man sich nicht wundern, wenn die Situation in den westdeutschen Metropolen bereits gekippt ist:

In Stuttgart hatten in der Altersgruppe der unter 18-Jährigen schon 2011 laut Zensus 50,6 Prozent einen Migrationshintergrund, in Nürnberg 50 und in München 46,8 Prozent. Nach der Grenzöffnung durch die Kanzlerin im September 2015 galoppiert die Verdrängung:

Seit Juni 2017 ist es amtlich, daß in Frankfurt die Deutschen nicht nur unter Jugendlichen (wie laut Zensus 2011), sondern jetzt auch in der Gesamtbevölkerung zu einer Minderheit geworden sind - ihr Anteil liegt nur noch bei 48,8 Prozent.

### **Kalifat NRW**

Optisch sichtbar wurde dieser Bevölkerungsaustausch Mitte Juli 2017 in der Bild-Zeitung unter der zynischen Überschrift "Deutsche Erfolgsgeschichte" - ein Foto des Abiturjahrgangs der Theodor-König-Gesamtschule in Duisburg-Beeck (NRW). Von 25 Mädchen tragen 13 Kopftuch und bodenlange Kaftane. Von den übrigen Teenagern, männlich wie weiblich, dürften gerade einmal zwei bis drei Deutsche sein. Nur eine Blondine ist zu sehen.

In Duisburg sind die Mehrheitsverhältnisse schon gekippt: An 26 der 76 Grundschulen in der Industriemetropole liegt der Schüleranteil mit ausländischen Wurzeln bei über 75 Prozent, bei 13 von ihnen sogar bei 90 bis 100 Prozent. Das geht aus einer Antwort der nordrhein-westfälischen Landesregierung auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion hervor. In 932 der 2.750 öffentlichen Grundschulen an Rhein und Ruhr liegt der Anteil von Schülern mit ausländischer Herkunft bei mindestens 25 Prozent. An drei Vierteln dieser Brennpunktschulen haben sogar 50 bis 75 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund.

**Umvolkung im Kindergarten**  
 Anteil der bis zu 6-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund (ohne Flüchtlinge) in Prozent (Stand 2017).

Offenbach	> 80,00*
Frankfurt/Main	75,61
Augsburg	61,54
München	58,44
Bremen	57,58
Duisburg	57,14
Stuttgart	56,67
Darmstadt	52,76

\* lt. Welt Online, 14.02.2017  
 Quelle: Statistische Ämter Bund/Länder  
 Grafik: COMPACT

Die AfD-Fraktion im NRW-Landtag schlägt deswegen Alarm. Ihr schulpolitischer Sprecher Helmut Seifen warnt: "An vielen Grundschulen in Nordrhein-Westfalen ist der Anteil deutscher Kinder in einer Klasse auf weniger als ein Viertel zurückgegangen." Dort sei ein "sich eklatant ausbreitender Bildungsnotstand" zu beklagen. PISA-Studien hätten ergeben, daß der Lernerfolg aller Schüler einer Klasse dramatisch abnehme, wenn der Einwandereranteil 20 Prozent übersteige. Der ehemalige Gymnasialdirektor fordert verbindliche Grundstandards: "Kinder werden nur in die Schule aufgenommen, wenn sie die Landessprache soweit beherrschen, daß sie ohne weiteres in der Lage sind, dem Unterricht folgen zu können."

Ein geregelter Unterricht ist kaum möglich, wenn kein einheitliches Sprachniveau besteht.

Nicht besser sieht die Lage in Hamburg aus: Im Schuljahr 2016/17 lag der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien bei über 45 Prozent. Das ergab eine Anfrage des AfD-Fraktionschefs in der Hamburgischen Bürgerschaft, Alexander Wolf. An 65 der etwas mehr als 400 Schulen machen Kinder mit ausländischen Wurzeln 70 Prozent aller Schüler aus, an 21 betrug ihr Anteil über 80 Prozent, an einer sogar über 90 Prozent.

Während die Quote fremdstämmiger Schüler an den Hamburger Gymnasien 37,3 Prozent beträgt, stellen diese an staatlichen Grundschulen mit 49,3 Prozent fast die Hälfte. AfD-Politiker Wolf beklagt: "Die Zahlen zeigen, wie rasant und dramatisch sich die Zusammensetzung unserer Stadtgesellschaft verändert. Wie kann an Schulen mit mehr als 70, 80 oder 90 Prozent Migrant Integration noch gelingen, und wer integriert hier wen?"

### **Archaische Stammeskämpfe**

Auch an 158 von 359 Berliner Grundschulen beträgt der Schüleranteil mit ausländischen Wurzeln mehr als 50 Prozent. 27 Grundschulen haben einen Migrantanteil von 90 Prozent und mehr. An weiteren 39 Grundschulen liegt ihr Anteil zwischen 75 und 90 Prozent. Das erfragte der Berliner AfD-Abgeordnete Herbert Mohr bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. "An den betroffenen Schulen kann das Merkel-Motto "Wir schaffen das" nur noch als Hohn empfunden werden. Diese Aufgabe ist nämlich nicht zu schaffen", sagt Mohr. Ein geregelter Unterricht sei kaum noch möglich, wenn Lehrer ihre Schützlinge überhaupt erst auf ein einheitliches Sprachniveau bringen müßten.

Beispiele aus der Praxis liefert das aktuelle Buch *Lehrer am Limit* von Ingrid Freimuth, die seit 1976 insgesamt 40 Jahre an Schulen im Rhein-Main-Gebiet unterrichtete. Besondere Schwierigkeiten bereiteten ihr junge Orientalen mit ihren im "Machotum verkapselten Persönlichkeiten". Die Verkapselung habe einen kulturell-politischen Hintergrund: Diese Kinder und ihre Familien kommen aus archaischen Gesellschaften, in denen es keinerlei Rechtsstaatlichkeit gibt.

Der Einzelne kann nur überleben, wenn er Stärke zeigt und potentielle Rivalen und Gegner unterwirft. So entsteht eine pyramidale Machtstruktur mit Alpha-Typen an der Spitze. Wenn die so Sozialisierten dann auf Lehrer treffen, die ihnen als Schwächlinge erscheinen, die keine Autorität ausstrahlen, geschweige denn durchsetzen können, wissen sie:

Hier herrscht, wie in ihrer Heimat, ein Machtvakuum. Schützen können sie sich nur, wenn sie die ihnen bekannte archaische Ordnungsstruktur aufbauen und sich darin eine möglichst starke Stellung sichern. Also sind sie pausenlos mit Statuskämpfen beschäftigt. Freimuth faßt zusammen:

"Diese Schüler gehören zur Spezies der Machos, dessen rigides Ego für ihn selbst das schlimmste Lernhindernis ist. Seine beträchtliche Energie richtet sich nach außen in dem Bestreben, "Respekt" zu erheischen für seine Vorstellung der eigenen unantastbaren Ehre ... Wer anderen Vorschriften macht, ist ihr Chef. Also strengt sich der Macho fast ausschließlich dafür an, Vorschriften zu machen - und zwar so sehr, daß ihm keine Energie mehr zum Lernen bleibt."

Bei der Rudelbildung spielt übersteigter Nationalismus eine große Rolle - während den deutschen Schülern ständig nationaler Masochismus gepredigt wird: "Die türkischen Schüler trugen die türkische Fahne als Abzeichen auf Jacken. Sie malten immerzu die türkische Fahne auf alles, was sich nicht bewegt. Sie riefen und schrieben bei allen Gelegenheiten: "Ich bin stolz, Türke zu sein." Sie saßen kampfbereit in schwarzen Lederjacken in der Klasse und hielten sehr oft alle Hellhaarigen in Schach - das waren hauptsächlich Deutsche und Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien."

### **Flucht auf Privatschulen**

Wie der Unterricht zum Spießrutenlauf für unsere Kinder verkommt, dokumentierte Der Tagesspiegel im März 2018 anhand eines Hilferufs eines Berliner Schülers: "Ich gehe in die siebte Klasse auf ein Gymnasium in Schöneberg. Dort werde ich ausgegrenzt, weil ich Deutscher bin und Schweinefleisch esse. Es wird auf Türkisch und Arabisch über mich gelästert. Auf Deutsch werde ich als Hurensohn oder gefickte Hure beschimpft. Außerdem werde ich ab und zu geschlagen und getreten. Wenn ich anderen Jungen zu nahe komme, beschimpfen sie mich als schwul und treten mich. Mädchen werden in meiner Klasse als Schlampen bezeichnet, wenn sie schulterfreie Shirts tragen. Ich versuche seit vielen Monaten, die Schule zu wechseln, finde aber keinen freien Schulplatz."

Finanziell bessergestellte Deutsche - darunter bezeichnenderweise auch viele linksliberale Gutmenschentypen - schicken ihre Kinder deshalb lieber auf Privatschulen mit geringeren Migrantenproblemen. Einer Studie im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge besuchten im Schuljahr 2015/16 743.534 Schüler in Deutschland eine von rund 3.600 all-gemeinbildenden privaten Schulen. Das entspricht etwa neun Prozent aller Schüler und einer Verdopplung des Anteils seit 1992.

Die Verfasser resümieren: "Erscheinen öffentliche Schulen ... überfordert, könnte sich der Trend zu privaten Schulen, könnten sich Segregationstendenzen verstärken." Die Vorboten des Staatszerfalls in den Klassenzimmern sind unübersehbar.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 13. Oktober 2018 (x1.000/...): >>>**Globaler Pakt für Migration: Der Weg in die Tyrannei**

*Von Gerhard Wisnewski*

... Meinung ungeschminkt, heute mit Gerhard Wisnewski, deutscher Journalist, Schriftsteller und Filmautor. Im nun folgenden leicht gekürzten Beitrag, der in der ExpressZeitung vom August 2018 erschien, geht es um den "Globalen Pakt für Migration" der Vereinten Nationen (UN).

Dieser soll am 10./11. Dezember 2018 in Marrakesch (Marokko) von fast allen UN-Mitgliedstaaten unterzeichnet und in Kraft gesetzt werden: Globaler Pakt für Migration: Der Weg in

die Tyrannei ... Wenn es nach den globalen Migrationsplanern geht, sollen die Zeiten der freien Berichterstattung und freien Meinungsäußerung über Migration bald vorbei sein. ... Die globalen Pläne zur totalen Umkrempelung der Völker und des Planeten können ja nur funktionieren, wenn die Migrationsstrategen das Denken, die Meinungen und die Medien kontrollieren.

Und das ist nicht etwa eine düstere Prognose eines ewigen Pessimisten. Vielmehr kann man dies bereits einem Bericht des UN-Generalsekretärs António Guterres entnehmen: "Wir müssen leider feststellen, daß fremdenfeindliche politische Narrative über Migration heute zu weit verbreitet sind. ...Wir dürfen nicht zulassen, daß diese unsere Agenda verzerren." ...

Genau diese Gleichschaltung der veröffentlichten Meinung ist auch in den UN-Plänen zur Massenmigration vorgesehen, insbesondere in dem "Global Compact for Migration", sprich: dem "Globalen Pakt für Migration", der nicht irgendwann einmal unterschrieben werden soll, der keine Science Fiction ist, sondern der direkt vor unserer Haustür steht. Bereits im Dezember 2018 soll er von den UN-Mitgliedsstaaten unterzeichnet werden.

Die totale Gleichschaltung erfolgt über die Ächtung und Bekämpfung von "Diskriminierung", "Rassismus", "Rassendiskriminierung", "Fremdenfeindlichkeit", und "Intoleranz" - was vielleicht nicht weiter schlimm erscheint. Denn wer möchte schon Rassist sein und Fremden pauschal feindlich gegenüberstehen. Das Problem ist nur, daß es sich bei diesen Begriffen nicht nur um Gummibegriffe handelt, sondern um regelrechte "Joker", die man je nach Bedarf so oder so auslegen und definieren kann.

Das heißt, daß dieses neue UN-Recht flexibel ist wie Kautschuk und daß das, was "Rassismus" oder "Fremdenfeindlichkeit" ist, nicht wir bestimmen, sondern die UNO und ihre angeschlossenen Regierungen. Und das zweite Problem besteht darin, daß die Flexibilität erbarungslos ausgenutzt werden soll - nämlich in Richtung einer immer weiteren Ausweitung dessen, was "Rassismus", "Diskriminierung" oder "Fremdenfeindlichkeit" sein sollen.

So heißt es im endgültigen Entwurf des Migrationspaktes vom 11. Juli 2018, den im Dezember 190 von 193 Staaten unterzeichnen wollen: "Wir verpflichten uns, alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen sowie Äußerungen, Handlungen und Erscheinungsformen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz gegenüber allen Migranten im Einklang mit den internationalen Menschenrechten zu verurteilen und zu bekämpfen."

Der nächste Schritt ist also, daß man nicht nur mit Gummibegriffen wie "Rassismus" arbeitet, sondern auch Äußerungen, Handlungen und "Formen" oder "Erscheinungsformen" bekämpfen will, was noch mehr Verhaltensweisen einschließen kann. Schon heute kann man nur staunen, was alles eine "Form von Diskriminierung" sein kann.

In Deutschland zum Beispiel beschäftigt sich eine Tarnorganisation der Geheimdienste und der Regierung mit dieser Begriffsverbiegung und -ausweitung, nämlich die migrantenfreundliche Amadeu Antonio Stiftung, geleitet von einer Ex-Stasi-Agentin. "Tarnorganisation" deshalb, weil sie zu großen Teilen von der Regierung finanziert wird, während in ihrem Stiftungsrat der Verfassungsschutz-Präsident eines Bundeslandes sitzt. Und wenn es nach dieser regierungs- und geheimdienstnahen Stiftung geht, muß niemand "Flüchtlinge raus!" oder "Deutschland den Deutschen!" schreien, um als Rassist zu gelten. Nein - sondern wenn es nach dieser Organisation geht, sind wir bereits alle ein Volk von Rassisten.

Denn wer hat nicht schon von "Wirtschaftsflüchtlingen" gesprochen oder sich beklagt, daß uns die Medien im Zusammenhang mit Migranten ohnehin nur belügen. Laut der Amadeu Antonio Stiftung ist das alles bereits "rassistische Hetze". Diese staatlich geförderte Stiftung hat einen ganzen Katalog zusammengestellt, was unter "rassistischer Hetze" zu verstehen sein soll.

Wenn zum Beispiel jemand im Zusammenhang mit Migranten von "wir" und "sie" spricht

oder Migranten für "gesamtgesellschaftliche Probleme wie Sexismus, Kriminalität oder Wohnungsmangel" verantwortlich macht, ist das ... verboten. Demnach ist "rassistische Hetze": - Gegenüberstellung von "Wir" und "Die" - Verallgemeinerungen, wie: "alle Flüchtlinge" ... - angeblicher "Kulturrassismus", wie: "Die passen einfach nicht zu uns ..." - angebliche (nationalistische) Relativierungen, wie: "Was ist mit unseren Kindern, Obdachlosen etc.?" - wenn man sagt: "Bald fühlt man sich fremd im eigenen Land" ...

Das sind also genau die "Formen" von Rassismus, von denen im Migrationspakt die Rede ist. Denn Rassismus ist eigentlich alles, was sich kritisch mit Migranten auseinandersetzt. ... "Der nächste Schritt sind Lager", warnte denn auch der Autor Oliver Janich in einem Video. Die Kriminalisierung von Einwanderungskritikern führe dazu, daß sie irgendwann eingesperrt würden: "Ob im Gefängnis oder im Lager, ist am Ende egal. Aber nach diesen Definitionen hier wird das Tausende betreffen. ... Nach diesen Definitionen ist jeder, der Kritik an der Einwanderung übt, kriminell. Damit sei die rassistische, gegen die ursprünglich einheimische Bevölkerung gerichtete Diktatur Realität. ...<<

## Schlußbemerkungen

Im Jahre 2015 gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel - ohne Zustimmung des Bundestages - das große Willkommenssignal. Daraufhin kamen mindestens 1,1 Million Flüchtlinge und Migranten unkontrolliert und nicht registriert nach Deutschland. Bei diesen angeblich politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsmigranten handelte es sich hauptsächlich um muslimische Männer, vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie den nordafrikanischen Maghrebstaaten und der Sahelzone, wie z.B. Nigeria und Eritrea.

Wer es wagte, diese selbstmörderische "Asylpolitik" bzw. den Anfang einer systematischen Umvolkung zu kritisieren, wurde durch die Meinungsmedien sofort als Nazi beschimpft und ausgegrenzt. Kanzlerin Angela Merkel beschloß am 4. September 2015 praktisch im Alleingang, mindestens 1,1 Million Flüchtlinge und Migranten ins Land zu holen.



Abb. 75 (x322/Titelblatt): Volksaustausch ...

Infolge dieser unentschuldbaren Destabilisierungspolitik der illegalen Masseneinwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten, Afrika und Arabien explodierten nachweislich die "asylbedingten Kosten". Allein für 2016/17 ging das Bundesfinanzministerium von etwa 43 Milliarden Euro aus. Diese enormen "asylbedingten Kosten" sind zukünftig jährlich aufzubringen und werden langfristig das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat vernichten. Im Jahre 2017 stellte Bundeskanzlerin Merkel - "Wir schaffen das ..." - vor der Bundestagswahl nochmals klar, daß es mit ihr weiterhin keine Obergrenze für Flüchtlinge geben wird und ein verstärkter Familiennachzug erfolgen sollte.

In zahlreichen deutschen Städten beträgt der Anteil der islamischen Neugeborenen bereits 50 % bis 80 %. Die große Mehrheit der Muslime hält religiöse Gesetze grundsätzlich für wichtiger als die Gesetze des Landes, in dem sie leben und bestätigen, daß nur eine mögliche Auslegung des Korans existiert. Diese Muslime halten daher den bevorstehenden "heiligen Krieg gegen die Ungläubigen" für unumgänglich.

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.12.2021

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Das NWO-Sonderheft Nr. 13 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x268/79) = Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. München 2004. Seite 79.

x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x322	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Volksaustausch</u> . Geburtensturz und Überfremdung. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 18. Werder (Havel) 2018.
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x355	Barmettler, André (Hg.): <u>Die hybride Kriegsführung</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 31. Februar 2020. Oberwil/Schweiz.

## Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: <a href="http://www.theologisches.net/-index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58">http://www.theologisches.net/-index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58</a> - März 2015.
x854	<a href="https://helmutmueller.wordpress.com/2015/09/14/offener-brief-von-generalmajor-gerd-schultze-rhonhof-an-angela-merkel/">https://helmutmueller.wordpress.com/2015/09/14/offener-brief-von-generalmajor-gerd-schultze-rhonhof-an-angela-merkel/</a> - Oktober 2015.
x856	<a href="http://www.pi-news.net/2015/09/brief-eines-daenen-an-angela-merkel/">http://www.pi-news.net/2015/09/brief-eines-daenen-an-angela-merkel/</a> - Oktober 2015.
x882	<a href="http://horst-koch.de/wertezersetzung-familie/">http://horst-koch.de/wertezersetzung-familie/</a> - Dezember 2016.
x884	<a href="http://horst-koch.de/europa-schafft-sich-ab/">http://horst-koch.de/europa-schafft-sich-ab/</a> - Dezember 2016.
x887	<a href="http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html">http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html</a> - Dezember 2016
x892	<a href="http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id">http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id</a> - Januar 2018
x893	<a href="http://www.katholisches.info">http://www.katholisches.info</a> ... - Februar 2018

x898	<a href="https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-themen/islam/spannungsfelder/-religionsfreiheit/">https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-themen/islam/spannungsfelder/-religionsfreiheit/</a> - April 2018
x963	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/06/21/buergerkriege-voraussehbar/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/06/21/buergerkriege-voraussehbar/</a> – November 2019
x965	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/08/17/gezielte-verharmlosung-des-islam/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/08/17/gezielte-verharmlosung-des-islam/</a> – November 2019
x1.000	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> – März 2021
x1.011	<a href="https://www.stmichael-online.de/opium.htm">https://www.stmichael-online.de/opium.htm</a> – April 2021
x1.014	<a href="https://kenfm.de">https://kenfm.de</a> - Juni 2021